

PROCESSING COPY

OCR

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

SECRET
NOFORN

COUNTRY East Germany

REPORT

25X1

SUBJECT Definitions of Statistic Indices
and Designations

DATE DISTR.

2 MAY 1951

NO. PAGES

1

REQUIREMENT
NO.

RD

REFERENCES

DATE OF
INFO.

25X1

PLACE &
DATE ACQ.

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFENSIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

25X1

list defining certain stock
terms used in East German official documents, such as planning reports,
financial reports, etc. The document was issued by the State Central
Administration of Statistics for the guidance of East German officialdom.
The meaning of some 104 terms is explained in the document.
(71 pages in German)

25X1

SECRET
NOFORN

STATE	<input checked="" type="checkbox"/> ARMY	<input checked="" type="checkbox"/> NAVY	<input checked="" type="checkbox"/> AIR	<input checked="" type="checkbox"/> FBI	AEC						
-------	--	--	---	---	-----	--	--	--	--	--	--

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

Annex to EG

REGIERUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Staatliche Zentralverwaltung für Statistik

DEFINITIONEN

wichtiger statistischer Kennziffern und Begriffe

Als Manuskript gedruckt

— Februar 1956 —

DEFINITIONEN

**wichtiger statistischer Kennziffern
und Begriffe**

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
A. Allgemeine Begriffe der Volkswirtschaft	
1. Struktur und Organisation der Volkswirtschaft	5
2. Produktion	7
3. Investitionen	9
4. Material	10
5. Arbeitskräfte	12
6. Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen	18
Kulturwesen	18
Gesundheitswesen	26
Sozialwesen	30
7. Finanzen	32
8. Bevölkerung	34
9. Lebensstandard	38
B. Typische Begriffe für die einzelnen Wirtschaftsbereiche	
1. Industrie (einschließlich Handwerk)	41
2. Bauwirtschaft	45
3. Land- und Forstwirtschaft	46
4. Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	53
Eisenbahn	53
Schifffahrt	57
Kraftverkehr	59
Straßenwesen	61
Post- und Fernmeldewesen	61
5. Handel	63
Außenhandel	63
Binnenhandel	67
6. Sonstige volkswirtschaftliche Bereiche	72

Vorwort

Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik macht in der vorliegenden Broschüre erstmalig den Versuch, die Definitionen der wichtigsten statistischen Kennziffern und Begriffe zusammenzustellen und sie ihren Mitarbeitern sowie den planenden Organen als Arbeitsmittel zur Verfügung zu stellen.

Dieser Schritt erschien dringend notwendig, da die statistische Arbeit bisher besonders unter der fehlenden Einheitlichkeit der Begriffsbestimmung litt, was sich vor allem in unterschiedlichen Erhebungsmethoden und falschen Schlussfolgerungen bei Auswertungsarbeiten schädlich für die gesamte statistische Arbeit bemerkbar machte. Hinzu kam, daß der Inhalt von Kennziffern in den einzelnen Jahren wechselte. Das führte dazu, daß über eine größere Zahl von statistischen Kennziffern und Begriffen bei den Benutzern Unklarheiten bestehen. Dieser Mangel läßt sich nur begegnen, wenn die Begriffe und Kennziffern in ihrem Inhalt eindeutig und unveränderlich festgelegt sind. Bei einem Wechsel des Inhalts von Kennziffern sollte immer ein neuer Begriff geprägt werden, um Mißverständnisse auszuschließen.

Dieser eindeutigen Festlegung von statistischen Kennziffern und Begriffen soll das vorliegende Heft dienen. Die Kennziffern und Begriffe wurden entsprechend ihrer Zweckbestimmung definiert, d. h., die Definitionen sollen keine allumfassende Auskunft über einen Begriff im Sinne eines Lexikons geben, sondern sind streng auf den Gebrauch in der statistischen Arbeit zugeschnitten.

Die Sammlung enthält nicht alle statistischen Kennziffern, sondern beschränkt sich weitgehend auf diejenigen, über deren Inhalt unterschiedliche oder unklare Vorstellungen vorhanden sind oder vorhanden sein könnten. Es wurde in erheblichem Maße auf die Aufnahme von Kennziffern und Begriffen verzichtet, die auf Grund gesetzlicher Bestimmungen, Richtlinien des volkseigenen Rechnungswesens u. ä. festgelegt sind.

Über diesen Hauptzweck hinaus soll diese Sammlung der erste Schritt zur Schaffung für ein vollständiges, einheitliches und wissenschaftlich begründetes Kennziffernsystem sein, das für die Erforschung und Darstellung der gesellschaftlichen Erscheinungen und ihrer Wechselwirkungen unentbehrlich ist.

Wir danken allen Mitarbeitern, insbesondere den Instituten an den Universitäten und Hochschulen, für ihre Unterstützung, die sie der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik bei der Schaffung dieser Broschüre gegeben haben.

Bei der Arbeit mit diesen Definitionen werden sich zwangsläufig noch eine Reihe von Mängeln herausstellen. Daher ist es erforderlich, daß die Diskussionen hierüber in noch größerem Kreise geführt werden. Wir bitten daher alle Benutzer dieser Sammlung, durch ihre Kritik und Vorschläge mit zu ihrer Vervollkommenung beizutragen. Entsprechende Zuschriften sind an die HA Koordinierung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin C 2, Klosterstraße 80 85, zu richten.

Berlin, im Februar 1956

Staatliche Zentralverwaltung für Statistik
HA Koordinierung

A 1 Struktur und Organisation der Volkswirtschaft

1. **Volkswirtschaft**
Gesamtheit aller Bereiche der materiellen Produktion und des Austausches sowie der nicht materiellen Sphäre. Unter den Bedingungen des Aufbaus des Sozialismus ist die Planung aller Bereiche der Volkswirtschaft die Grundlage für die Tätigkeit der Gesellschaft zur Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung.
2. **Volkswirtschaftliche Grundsystematik**
Zweistellige Systematik der Volkswirtschaft vom 1. Januar 1947, auf der (außer der Schlüsseliste für Industrie, Landwirtschaft, Materialversorgung und Außenhandel) die wichtigsten volkswirtschaftlichen Systematiken, wie Allgemeines Warenverzeichnis, Arbeitsstätten-systematik u. ä. aufgebaut wurden. Entspricht nicht mehr den politökonomischen Erfordernissen der Planung und wurde daher 1955 durch die Volkswirtschaftliche Planungssystematik ersetzt.
3. **Volkswirtschaftliche Planungssystematik**
Zweistellige Systematik der Volkswirtschaft, auf die ab 1955 noch und nach die wichtigsten volkswirtschaftlichen Systematiken umgestellt werden sollen.
(Beginn mit der Schlüsseliste für Produktion, Materialversorgung und Außenhandel 1954.)
Ihr voraus ging die Volkswirtschaftliche Grundsystematik von 1947.
4. **Wirtschaftsbereich**
Zusammenfassung (Betriebe und Einrichtungen) von Wirtschaftszweigen. Er wird in der volkswirtschaftlichen Planungssystematik von 1955 durch die erste Stelle der dort angegebenen Dezimalzahlen ausgewiesen.
5. **Wirtschaftszweig**
Zusammenfassung (Betriebe und Einrichtungen) von Wirtschaftszweigen. Er wird in der volkswirtschaftlichen Planungssystematik von 1955 durch die ersten zwei Stellen der dort angegebenen Dezimalzahlen ausgewiesen. Während die Erzeugnishauptgruppe bzw. Warenhauptgruppe eine Zusammenfassung von gleichartigen Erzeugnissen (technische Einheiten) darstellt, werden im Wirtschaftszweig gleichartige Betriebe (örtliche Einheiten) zusammengefaßt.
6. **Wirtschaftsgruppe**
Zusammenfassung von Betrieben und Einrichtungen, die eine gleichartige volkswirtschaftliche Tätigkeit durchführen. Sie wird in der Betriebssystematik 1954, die auf der volkswirtschaftlichen Planungssystematik 1955 aufgebaut ist, durch die ersten drei Stellen der dort angegebenen Dezimalzahlen ausgewiesen. Während die Erzeugnisgruppe bzw. Warengruppe eine Zusammenfassung von gleichartigen Erzeugnissen (technische Einheiten) darstellt, werden in der Wirtschaftsgruppe gleichartige Betriebe (örtliche Einheiten) zusammengefaßt.
7. **Betrieb**
Als selbständige juristische Person anerkannte Betriebseinheit, deren Zweck die Erzeugung von Produktions- und Konsumtionsmitteln oder die Durchführung von Dienstleistungen ist.
8. **Sozialistischer Betrieb**
Der sozialistische Betrieb ist die unterste Einheit der sozialistischen Wirtschaft mit folgenden Merkmalen:
a) Er stellt eine Form der sozialistischen Organisation des Zusammenschlusses von Menschen zur Verwirklichung der durch den Volkswirtschaftsplan festgelegten Aufgaben dar.
b) Er besitzt auf der Grundlage des Prinzips der wirtschaftlichen Rechenschaftsführung die wirtschaftliche und juristische Selbständigkeit.
c) Er wendet Produktionsmittel an, die allgemeines Volkseigentum, genossenschaftliches Eigentum oder Eigentum von Parteien und Massenorganisationen darstellen oder unter Verwaltung bzw. Treuhandschaft der sozialistischen Wirtschaft stehen.
9. **Kontrollziffer**
Wichtige Plankennziffern für die Aufstellung und Bestätigung des Volkswirtschaftsplanes, die auf Grund volkswirtschaftlicher Gesamtdaten und wirtschaftspolitischer Direktiven erarbeitet werden.
10. **Sozialistische Wirtschaft**
Wichtigster Teil der Volkswirtschaft. Umfaßt
a) die volkseigenen zentral- und örtlich geleiteten Betriebe, Einrichtungen und Institutionen
b) die genossenschaftlichen Betriebe und Einrichtungen (handwerkliche und landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, Konsumgenos-

- enschaften, VdG (BHG) u. C, Molkerei- und See- und Küstenfischereigenossenschaften). Nicht dazu gehören Genossenschaften mit kapitalistischem Charakter
- c) die Betriebe und Einrichtungen der Parteien und Massenorganisationen sowie
- d) die Betriebe in Verwaltung oder unter Treuhandschaft, soweit sie einen Produktionsplan haben.
- 11. Volkswirtschaft** Wichtigster Teil der sozialistischen Wirtschaft. Umfaßt die zentralisierten (den Ministerien usw. unterstellten) und die volkswirtschaftlich geleiteten (den Räten der Bezirke, Kreise und Gemeinden unterstellten) Betriebe, Einrichtungen und Institutionen.
- 12. Sozialistische Genossenschaften** Teil der sozialistischen Wirtschaft. Umfaßt Genossenschaften, bei denen je nach der Entwicklungsstufe die Mitglieder oder die Genossenschaft Besitzer der Produktionsmittel sind und keine fremden Lohnarbeiter beschäftigt werden.
- 13. Private Wirtschaft** Teil der Volkswirtschaft; umfaßt die kapitalistische Wirtschaft, die Wirtschaft der einfachen Warenproduzenten sowie die Betriebe in Verwaltung oder Treuhandschaft, soweit sie keinen Produktionsplan haben.
- 14. Wirtschaft der einfachen Warenproduzenten** Teil der privaten Wirtschaft. Umfaßt Betriebe von Eigentümern bzw. Besitzern an Produktionsmitteln, die den Produktions- bzw. Reproduktionsprozeß im wesentlichen ohne Lohnarbeit durchführen, wobei sie ihren Lebensunterhalt überwiegend aus eigener Arbeit bestreiten. In der Regel beschäftigen sie nicht mehr als 10 Arbeitskräfte.
- 15. Kapitalistische Wirtschaft** Teil der privaten Wirtschaft. Umfaßt solche Betriebe und Einrichtungen, unabhängig von ihrer juristischen Form, deren Unternehmer Privateigentümer oder Besitzer an den Produktionsmitteln sind und eine größere Anzahl von fremden Arbeitskräften beschäftigen.
- 16. Kapitalistische Genossenschaften** Teil der kapitalistischen Wirtschaft. Genossenschaft, bei der die Mitglieder private Besitzer der Produktionsmittel bleiben und fremde Lohnarbeiter beschäftigen werden. (Hierzu gehören die Produktionsgenossenschaften, Ein- und Vertriebsgenossenschaften des privaten Handels u. d.)
- 17. Eigentum unter Treuhandschaft** Betriebe, auf die die Verordnung zur Sicherung von Vermögenswerten vom 17. Juli 1952 (GBl. S. 615/52) anzuwenden ist.
- 18. Eigentum in Verwaltung** Betriebe, auf die die Verordnung über die Verwaltung und den Schutz ausländischen Eigentums in der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. September 1951 (GBl. S. 525/51) anzuwenden ist.
- 19. Stadt** Größere Gemeinde, der das Stadtrecht verliehen ist.
- 20. Gemeinde** Kleinste politische Einheit der Selbstverwaltung.
- 21. Ortsteil** Ortsteil, in sich abgeschlossener Teil einer Gemeinde. Meistens eine früher selbständige Gemeinde, die in eine andere eingegangen wurde.
- 22. Weilerplatz** Einzelne, in Streuung enthaltene Gebäude außerhalb der geschlossenen Bebauung einer Gemeinde.
- 23. Einheitsrat** Die vom staatlichen Verwaltungssystem festgelegte Gemeindeform (Landr. Rat, Wasserrat usw.) der Gemeinden und größeren Verwaltungseinheiten.

A 2 Produktion**1. Erzeugnishauptgruppe**

Zusammenfassung (Erzeugnisse) von Erzeugnisgruppen gemäß dem auf der Volkswirtschaftlichen Planungssystematik aufbauenden Zweisteller der Schlüsselliste für Produktion, Materialversorgung und Außenhandel (Gegensatz zum Wirtschaftszweig und zur Warenhauptgruppe).

2. Erzeugnisgruppe

Zusammenfassung von Erzeugnissen gemäß dem Dreisteller der Schlüsselliste für Produktion, Materialversorgung und Außenhandel (Gegensatz zur Wirtschaftsgruppe und Warengruppe).

3. Technisch-wirtschaftliche Kennziffern

Normen von volkswirtschaftlicher bzw. betrieblicher Bedeutung über die Ausnutzung der Arbeitsmittel, Arbeitsgegenstände sowie über den Wirkungsgrad der lebendigen Arbeit. Sie bringen eine bestimmte Entwicklung der Betriebstätigkeit zum Ausdruck.

4. Produktionskapazität

Das Höchstmaß qualitätsgerechter Fertigerzeugnisse, die bei maximaler zeitlicher Ausnutzung aller nutzbaren Arbeitsmittel und unter Zugrundelegung der fortschrittlichen Leistungen der besten Arbeiter in einer bestimmten Zeit hergestellt werden können. Dabei ist von dem wichtigsten Betriebsabschnitt, den günstigsten arbeitsorganisatorischen Bedingungen und von der fortschrittlichsten Technologie auszugehen, die sich mit den gegebenen betrieblichen Produktionsausrüstungen anwenden läßt. Bei der Bestimmung der Kapazität ist ein Produktionssortiment zugrunde zu legen, das der Eigenart des Betriebes am besten entspricht.

5. Mögliche Ausnutzung der Produktionskapazität

Sie bringt das Höchstmaß qualitätsgerechter Fertigerzeugnisse zum Ausdruck, die sich unter den im betreffenden Zeitraum erreichbaren günstigsten Bedingungen herstellen lassen. Diese mögliche Ausbringung wird zur Produktionskapazität in Beziehung gesetzt.

6. Wachstumstempo

Das in einer Verhältniszahl ausgedrückte Wachstum der Produktion des Vergleichsjahres zum Basisjahr.

7. Mechanisierung

Die Mechanisierung ist die durchgängige Ablösung der manuellen Arbeit, vor allem der einen schweren und hohen Arbeitsaufwand erforderlichen Tätigkeit, durch die Anwendung von Maschinen und Mechanismen im Produktionsprozeß. Die Mechanisierung ist durch den Übergang vom Einsatz einzelner Teilmaschinen zu einem nach den verschiedenen Phasen des Fertigungsanges gegliederten Maschinensystem gekennzeichnet und hat eine bedeutende Steigerung der Arbeitsproduktivität und hohe Kontinuität des Produktionsprozesses zur Folge.

Die menschliche Arbeitskraft beschränkt sich auf die Bedienung der Maschinen und Mechanismen.

8. Komplexe Mechanisierung

Die komplexe Mechanisierung oder Vollmechanisierung ist die Mechanisierung aller miteinander verbundenen Stadien des Produktionsprozesses, der Haupt- wie der Hilfsprozesse. Sie beruht auf einem System sich gegenseitig ergänzender Maschinen und beseitigt die Lücken in der Mechanisierung der Produktion. Die Vollmechanisierung schafft ein in sich geschlossenes System von Maschinen, das den gesamten Produktionsprozeß umfaßt.

9. Mechanisierungsgrad des Produktionsprozesses

Um den Mechanisierungsgrad des Produktionsprozesses zu bestimmen, ist einerseits der Aufwand an Arbeitszeit für mechanisierte Arbeiten zu ermitteln, andererseits ist die Gesamtarbeitszeit festzustellen. Die Zeit für mechanisierte Arbeiten wird zur Gesamtzeit in Beziehung gesetzt.

10. Automatisierung

Höchste Stufe der Mechanisierung.
Hierbei wird unterschieden:

- a) die Automatisierung einzelner Maschinen und Aggregate (Werkzeugautomaten)
- b) die Automatisierung ganzer Maschinensysteme (Automatenstrecken)
- c) die Schaffung ganzautomatischer Betriebe

11. Elektrifizierung

Steigerung der Stromerzeugung und breiteste Anwendung von Elektroenergie in allen Wirtschaftsbereichen. Ersatz körperlicher Arbeit durch die Arbeit elektrischer Maschinen, Anlagen und Aggregate und Austausch der verschiedensten Energiearten durch die vollkommenste Energieart: Elektroenergie.

12. Chemisierung

Erweiterung der Rohstoffbasis durch Entwicklung neuer synthetischer Werkstoffe sowie Einführung chemischer Verfahren in der Technologie anderer Industriezweige zur Beschleunigung der Produktionsprozesse, Erhöhung der Ausbeute und Schaffung qualitativ neuer Erzeugnisse.

13. Neue Technik

Vervollkommen der Technik durch Ersatz der alten und überholten Technik durch eine neue und der neuen Technik durch die neueste. Die neue Technik wird erreicht durch Modernisierung, Mechanisierung und Automatisierung der Produktion. Hierbei sind die schnelle Entwicklung der Energie-Wirtschaft, die Hebung des technischen Niveaus der Kohleförderung, die Verbesserung und Einführung komplizierter technologischer Verfahren der chemischen Großindustrie und eine wissenschaftliche Standardisierung und Normung der Produktion die Schwerpunkte.

A 3 Investitionen

- 1. Investitionen** Die Gesamtheit der Mittel, die innerhalb eines bestimmten Zeitraumes zur Schaffung neuer Kapazitäten und Rekonstruktion bereits vorhandener Grundmittel in allen Bereichen der Volkswirtschaft aufgewendet werden. Soweit sie nicht als Ersatz für verbrauchte Grundmittel dienen, sind sie als Neuinvestitionen Bestandteil der erweiterten Reproduktion.
- 2. Ersatzinvestitionen** Teilweiser oder vollständiger Austausch von verbrauchten Grundmitteln (Maschinenanlagen, Gebäude usw.). Die Ersatzinvestitionen sind Bestandteil der einfachen Reproduktion.
- 3. Generalreparaturen** Umfassende Instandsetzungsarbeiten an Grundmitteln, deren Kapazität durch Verschleiß abgesunken ist. Sie haben das Ziel, die normale Lebensdauer der Grundmittel zu verlängern, die ursprüngliche Leistungs- und Nutzungsfähigkeit wiederherzustellen bzw. zu erhöhen und eine Wertsteigerung des Anlagevermögens zu erreichen.
- 4. Nutzeffekt der Investitionen** Zusammenfassender Ausdruck für ein System von Kennziffern, das zum Ausdruck bringt, in welchem Umfang die geplanten oder ausgeführten Investitionen zur Durchsetzung des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus, zur Senkung des gesellschaftlichen Aufwandes pro Erzeugniseinheit und zur Festigung der Verteidigungsbereitschaft beitragen.
- 5. Hauptanlagen** Anlagen, die zur Durchführung der typischen Aufgaben des Investitionsträgers erforderlich sind.
- 6. Nebenanlagen** Anlagen des betrieblichen Kultur-, Gesundheits- und Sozialwesens und der nachwuchsfördernden Einrichtungen.
- 7. Planträger** Zentrale oder örtliche Staatsorgane, die für die Durchführung von Investitionen in ihrem Arbeitsbereich verantwortlich sind.
- 8. Investitionsträger** Betriebe und Einrichtungen der volkseigenen Wirtschaft, die Maßnahmen im Rahmen des Investitionsplanes durchführen.
- 9. Generalreparaturträger** Betriebe und Einrichtungen der volkseigenen Wirtschaft, die Maßnahmen im Rahmen des Generalreparaturplanes durchführen.
- 10. Lizenznehmer** Private und genossenschaftliche Betriebe, Institutionen und Organisationen, die Investitionsvorhaben durchführen.
- 11. Unterlimitvorhaben** Als Unterlimitvorhaben gelten z. Z. alle Vorhaben bis zu einem Wert von ~~20.000,—DM~~. Diese Vorhaben können unter vereinfachten Bedingungen für die Projektierung, Genehmigung und Abrechnung ausgeführt werden.
- 12. Überlimitvorhaben** Als Überlimitvorhaben gelten z. Z. alle Vorhaben mit einem Wert über ~~20.000,—DM~~.
- 13. Sonderkonten bei der DIB und DN (Investitionsberichterstattung)** Alle Konten, die bei der DIB bzw. DN zur Finanzierung der planmäßigen Investitionen geführt werden müssen.

A 4 Material

1. **Materialplanung**
Sie ermöglicht, die Produktion und den Import von Material entsprechend dem Bedarf zu regeln und so die vollständige termin- und sortimentsgerechte Versorgung der Wirtschaft sicherzustellen. Die Hauptmethode der Planung ist die Bilanzierung; Grundlagen hierfür sind die Materialverbrauchsnormen.
2. **Materialtechnische Versorgung**
Die planmäßige, vollständige termin- und bedarfsgerechte Versorgung der Wirtschaft mit Rohstoffen, Brennstoffen und Materialien.
3. **Kontingenträger**
Staatliche Organe, die besondere Bedeutung in der Materialwirtschaft haben, in ihrem Bereich auf Grund der von der Staatlichen Plankommission festgelegten Methodik die Planung durchführen und bei kontingentierten Materialien die Verteilung an die ihnen nachgeordneten Stellen (Hauptbedarfstägergruppen bzw. Bedarfsträgergruppen) vornehmen.
Der Kontingenträger ist im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen für die Kontrolle und Sicherung der Versorgung verantwortlich.
4. **Hauptbedarfs- bzw. Bedarfsträgergruppen**
Verwaltungsmäßige Zusammenfassung der Bedarfsträgergruppen bzw. Bedarfsträger zum Zweck der Materialplanung und der Verteilung von Materialzuweisungen an die nachgeordneten Stellen.
5. **Bedarfsträger**
Unterste Einheit der Volkswirtschaft, die im Rahmen des Materialplanes bzw. der erhaltenen Kontingente berechtigt ist, Material zur Durchführung der planmäßigen Aufgaben anzufordern, zu bestellen, zu beziehen und zu verbrauchen.
6. **Materialverbrauchsnormen**
Mengen- und wertmäßige Planziffern, die mit dem Ziel des rationellsten Verbrauchs die Materialmenge festlegt, die zur Herstellung einer Erzeugniseinheit bzw. zur Erfüllung einer Leistungseinheit notwendig ist. Die Materialverbrauchsnormen haben progressiven Charakter. Sie liegen zwischen dem durchschnittlichen Materialverbrauch und den Bestwerten mit dem geringsten Verbrauch bzw. bei Ausbeutenormen zwischen der durchschnittlichen Ausbeute und den Bestwerten mit der größten Ausbeute.
Entsprechend dem Entwicklungsstand sind die Materialverbrauchsnormen in drei Gruppen eingeteilt: A-, B- und C-Normen.
7. **Technisch begründete Materialverbrauchsnormen: A-Normen**
Die technisch begründete Materialverbrauchsnorm wird nach technisch-wissenschaftlichen Grundsätzen ermittelt. Die technische Begründung schließt die Untersuchung der Verluste und ihrer Ursachen ein. Dazu sind Materialverbrauchstudien und entsprechende Kontrollen des tatsächlichen Materialverbrauches vorzunehmen. (GBI. I, Nr. 66/1965)
8. **Erfahrungs-statistische Materialverbrauchsnormen: B-Normen**
Die erfahrungs-statistische Materialverbrauchsnorm wird festgelegt an Hand der Erfahrungen und statistischen Unterlagen sowie sonstiger Materialabrechnungen. (GBI. I, Nr. 65/1965)
9. **Errechnete Materialverbrauchsnormen: C-Normen**
Die errechnete Materialverbrauchsnorm beruht ausschließlich auf theoretischer Ermittlung. Sie wird in denjenigen Fällen ausgearbeitet und angewendet, in denen A- und B-Normen nicht ermittelt werden können, u. a. bei erstmaliger Produktion. (GBI. I, Nr. 65/1965)
10. **Materialvorratsnormen**
Zeitliche, mengen- und wertmäßige Planziffern der technisch und ökonomisch begründeten Vorräte an einzelnen Materialarten, -Abmessungen und -Gütern bzw. Materialgruppen (höchstens eine Planposition der Schlüsseliste zum Volkswirtschaftsplan). Sie werden aus dem Höchst- und Mindestvorrat ermittelt und drücken die durchschnittliche Bevorratung aus. (GBI. I, Nr. 65/1965)
11. **Richttage für Material**
Im Richtsatzplan enthaltenes gewogenes Mittel der zu einer Position des Richtsatzplanes gehörenden Vorratsnormen in Tagen, unter Beachtung der im Volkswirtschaftsplan festgelegten Umschlagzahl. Hierbei ist auch das berechnete aber noch nicht eingegangene sowie das eingegangene aber noch nicht berechnete Material zu berücksichtigen.
12. **Materialabgang**
In das eigene Betriebslager bzw. beauftragte Lager körperlich eingegangenes geprüftes und ungeprüftes Material, das für den Verbrauch zur Verfügung steht, ohne Rücksicht auf den Rechnungseingang bzw. die Rechnungsbegleichung.

13. Materialbestand

Gepprüftes und ungeprüftes Material, über das der Bedarfsträger verfügberechtigt ist, einschließlich der Mengen, die in fremden Lagern untergebracht sind bzw. anderen Betrieben für Lohnarbeiten übergeben wurden (Empfangsbestände). Der Materialbestand umfaßt gesamtwirtschaftlich ferner die Lieferbestände beim Handel und bei den Produktionsbetrieben.

14. Planbestände an Material

Die tatsächlichen Bestände an einzelnen Materialien bzw. Materialgruppen (im Umfange von höchstens einer Planposition der Schlüsseliste zum Volkswirtschaftsplan) in einer juristisch und wirtschaftlich selbständigen Einheit, soweit sie sich ständig zwischen Mindest- und Höchstvorrat bewegen, bzw. in einer Industriezweigleitung, Hauptverwaltung und in einem Ministerium die dem gewogenen Mittel der Vorratsnorm der zugeordneten Betriebe entsprechenden tatsächlichen Bestände.

15. Überplanbestände an Material

Tatsächliche Bestände an Grundmaterial, Hilfsmaterial, Brenn- und Treibstoffen sowie geringwertigen und schnellverschleißenden Arbeitsmitteln, bezogen auf einzelne Materialien bzw. Materialgruppen (höchstens eine Planposition der Schlüsseliste zum Volkswirtschaftsplan), die im Betrieb den Höchstvorrat bzw. bei den übergeordneten Stellen (IZL, HV, Ministerium) die Vorratsnorm überschreiten. Es wird dabei vorausgesetzt, daß die Bestände in den Betrieben ständig zwischen Mindest- und Höchstvorrat schwanken, denn das wertmäßige Überschreiten der für eine Position des Richtsatzplanes festgelegten Umlaufmittel ist ebenfalls ein Überplanbestand.

16. Betriebsverbrauch

Als Grund- oder Hilfsmaterial im Betrieb verbrauchtes Material einschließlich der Mengen, die fremden Auftragnehmern für die Durchführung von Lohnaufträgen zur Verfügung gestellt und von diesen verbraucht wurden.

17. Materialeinsatzkoeffizient

Er gibt das Verhältnis der im Fertigprodukt enthaltenen Menge eines bestimmten im Betrieb verarbeiteten Materials zur Menge des Einsatzmaterials wieder. Bei vielen chemischen Produkten lassen sich auf Grund stöchiometrischer Berechnungen die Gewichtsanteile im Fertigerzeugnis der Einsatzmenge gegenüberstellen.

18. Materialeinsatzkoeffizient

Der reziproke Wert des Materialeinsatzkoeffizienten. Er ergibt sich, wenn man den Materialeinsatz der im Fertiggewicht enthaltenen Menge gegenüberstellt.

19. Materialbilanz

Dient der Herstellung der Proportionen zwischen Aufkommen und Verteilung bzw. zwischen Bedarf und Bedarfsdeckung bei Erzeugnissen und Erzeugnisgruppen.

20. Persönliches Konto

Ein von dem Werktätigen selbst geführtes Konto, das ihn materiell an der Materialeinsparung interessiert und beteiligt

a) an den Einsparungen von Grundmaterial, Hilfsmaterial, flüssigen und festen Brennstoffen, Kraftstoffen, Elektroenergie, Gas und schnellverschleißenden Werkzeugen, wenn sie auf der Grundlage von Materialverbrauchsnormen vorgegeben werden.

b) an der Gewinnung von Produktionsmaterialresten und Abfällen zur Weiterverwendung in der Produktion, die bisher weder im eigenen noch in anderen Betrieben mit Ausnahme der Altstoffverwertungsbetriebe und Stahlwerke Verwendung fanden.

Persönliche Konten sind für jeden einzelnen Werktätigen auf seinen Antrag von der Abteilung Arbeit einzurichten und abzurechnen. Ist infolge der Art des Produktionsprozesses die Einrichtung von Einzelkonten nicht möglich, können Brigadkonten eingerichtet werden. (GBI I, Nr. 65 1955)

A 5 Arbeitskräfte

- | | |
|--|---|
| 1. Sämtliche Beschäftigte | Alle im Arbeitsprozeß stehenden Personen, unabhängig von ihrer sozial-ökonomischen Stellung im Arbeitsprozeß, von der Dauer ihrer Beschäftigung und der Länge ihrer Arbeitszeit. |
| 2. Ständig Beschäftigte | Alle Arbeitskräfte, die im gesamten Kalenderjahr während des vollen Arbeitstages (in der Regel 8 Stunden) im Arbeitsprozeß stehen. |
| 3. Gesamtbeschäftigte Plan | Werkstätige, die im Arbeitskräfteplan geplant und entsprechend abgerechnet werden. |
| 4. Nicht ständig Beschäftigte | Arbeitskräfte, die nicht während des gesamten Kalenderjahres im Arbeitsprozeß stehen. |
| 5. Verkürzt Arbeitende | Arbeitskräfte, die lt. Arbeitsvertrag oder Schutzbestimmungen keinen vollen Arbeitstag bzw. Arbeitswoche tätig sind. (vgl. „Kurzarbeit“ A 8 Nr. 60) |
| 6. Arbeitsuchende | Arbeitskräfte, die nicht im Arbeitsprozeß stehen, jedoch zur Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses einer bestimmten Art an einem bestimmten Ort bereit sind. |
| 7. Arbeiter und Angestellte | Arbeitskräfte, die durch einen Arbeitsvertrag im Lohnverhältnis zu einem Betrieb, einer Dienststelle, zu freiberuflich Tätigen usw. stehen. |
| 8. Selbständige | Inhaber, Mitinhaber oder Pächter von Betrieben aller Zweige der Volkswirtschaft sowie Einzelpersonen, die in keinem arbeitsrechtlichen Verhältnis zu einem Betrieb stehen und für eigene Rechnung arbeiten. |
| 9. Mithelfende Familienangehörige | Familienmitglieder eines Inhabers, Pächters oder Mitinhabers eines Betriebes, die im Betrieb mitarbeiten und mit denen weder ein mündlicher noch ein schriftlicher Arbeitsvertrag abgeschlossen wurde. Familienangehörige, deren Arbeitsverhältnis im Arbeitsbuch eingetragen ist, und für die Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge abgeführt werden, zählen als Arbeiter oder Angestellte. |
| 10. Industrielles Personal, in der Land- und Forstwirtschaft und in der Wasserwirtschaft Beschäftigte, Verkehrspersonal und Personal im Handel | Arbeitskräfte, die an der Hauptleistung des Betriebes beteiligt bzw. für diese notwendig sind.
Hierzu gehören folgende Beschäftigtengruppen:
Produktionsarbeiter, Lager-, Transport- und Verkaufspersonal, technisches Personal, Wirtschaftler und Verwaltungspersonal, Hilfspersonal, Betriebsschutz (ohne Betriebsschutz A), Lehrlinge, Betreuungspersonal. |
| 11. Produktionsarbeiter | Beschäftigte, die in den produzierenden Einheiten der Betriebe für die Durchführung des Produktionsprozesses eingesetzt sind bzw. diesen durch Hilfsleistungen, Reparaturen, innerbetriebliche Transporte usw. unterstützen sowie Beschäftigte in Verkehrsbetrieben, die für die Durchführung der eigentlichen Betriebsleistung eingesetzt sind. |
| 12. Lager- und Transportpersonal im Handel sowie Verkaufspersonal | Beschäftigte, die im Groß- und Einzelhandel unmittelbar die Handels-tätigkeit ausüben. |
| 13. Technisches Personal | Beschäftigte, deren Tätigkeit eine Qualifikation als Meister, Techniker, Ingenieur, Architekt, Agronom usw. voraussetzt und die für die Vorbereitung, Leitung und Kontrolle des Produktionsprozesses bzw. der Verkehrsleistung verantwortlich sind. Entscheidend ist die Tätigkeit, nicht die Qualifikation. |
| 14. Wirtschaftler und Verwaltungspersonal | Beschäftigte, die mit der Planung, Versorgung, Abrechnung und Kontrolle der Produktion, der Verkehrs- und Handelsleistung sowie mit den damit in Zusammenhang stehenden reinen Verwaltungsaufgaben betraut sind. |
| 15. Hilfspersonal | Beschäftigte, die dem Betrieb für Hilfsarbeiten zur Verfügung stehen, z. B. Boten, Heizer für Gebäudeheizung, Garderoben- und Waschrumpfen usw. |

16. Betriebschutz (ohne Betriebschutz A)	Arbeitskräfte, die für die Sicherung des Betriebes und den Brandschutz zur Verfügung stehen (auch Pfortner) mit Ausnahme des Betriebsschutzes A (Deutsche Volkspolizei).
17. Lehrlinge	Beschäftigte, mit denen ein Ausbildungsvertrag für Lehrberufe (gemäß Systematik der Ausbildungsberufe) abgeschlossen wurde.
18. Anlernlinge	Beschäftigte, mit denen Ausbildungsverträge für Anlernberufe abgeschlossen wurden (lt. Anordnung über die Ausbildung von Jugendlichen für Anlernberufe vom 16. November 1954 — GBl. S. 934 — und Ergänzungsbestimmungen).
19. Betreuungspersonal	Beschäftigte, die in kulturellen und sozialen Einrichtungen des Betriebes mit Ausnahme der Einrichtungen der Arbeiterversorgung tätig sind. Zum Betreuungspersonal gehören z. B. Bibliothekare freigestellte Funktionäre der Massenorganisationen Sachbearbeiter in sozialen und kulturellen Einrichtungen Nicht hierzu gehören: Beschäftigte in Betriebspolikliniken, Kindergärten usw., die aus Mitteln des Rates des Kreises entlohnt werden.
20. Nichtindustrielles Personal bzw. sonstiges Personal der Land- und Forstwirtschaft, der Wasserwirtschaft, des Verkehrs und des Handels	Beschäftigte, die an der Hauptleistung eines Betriebes nicht beteiligt sind. Hierzu gehören für alle Wirtschaftsbereiche: 1. Beschäftigte für Bauleistungen (bei Industriebetrieben) bzw. für industrielle Leistungen (bei Baubetrieben). 2. Beschäftigte in Industriebetrieben. 3. Beschäftigte in Einrichtungen der Arbeiterversorgung (Küche, Kantine, Schuhmacherei, Nähwerkstatt usw.). 4. Beschäftigte für Forschungs-, Entwicklungs- und Projektierungsarbeiten soweit deren Leistung nicht in der Bruttoproduktion ausgewiesen wird, sie keine Arbeiten für den eigenen Betrieb durchführen und ihre Tätigkeit vom Zentralen Amt für Forschung und Technik vergütet wird. 5. Sonstiges nichtindustrielles Personal.
21. Heimarbeiter	Beschäftigte, die auf Grund eines arbeitsvertraglichen Verhältnisses in eigenen Räumen und in der Regel mit eigenen Arbeitsmitteln (Werkzeuge) für die Rechnung eines Betriebes oder Unternehmens produzieren.
22. Facharbeiter	Arbeiter, die im betreffenden Beruf eine ordnungsmäßige Lehrzeit mit der Facharbeiterprüfung abgeschlossen haben. Sie befinden sich in der Regel in den Lohngruppen V bis VIII.
23. Angelernte Arbeiter	Arbeiter, die im betreffenden Beruf in keiner Lehrausbildung gestanden haben, aber durch inner- oder außerbetriebliche Qualifizierung die Qualifikationsmerkmale der Lohngruppen III und IV erworben haben.
24. Ungelernte Arbeiter	Arbeiter, die in der Regel in keiner Lehrausbildung gestanden haben und deren Qualifikationsmerkmale den Lohngruppen I und II entsprechen.
25. Umschüler	Arbeitskräfte, mit denen kein Lehr- bzw. Ausbildungsvertrag abgeschlossen wird, sondern die innerbetrieblich ausgebildet und qualifiziert werden, da sie bisher entweder noch nicht im Arbeitsprozeß standen oder aber in anderen Berufen tätig waren.
26. Durchschnittliche Beschäftigtenzahl	Durchschnittszahl der Beschäftigten in den einzelnen Beschäftigtenkategorien und insgesamt. Sie wird aus den täglichen listenmäßigen Aufzeichnungen als arithmetisches Mittel bestimmt.
27. Belegschaftswechsel	Veränderung der Belegschaft durch Zugänge und Abgänge infolge von Einstellungen, Entlassungen, Tod, Invalidität, Erreichung der Altersgrenze und sonstigen Abgängen. Zum Belegschaftswechsel gehören nicht innerbetriebliche Umsetzungen von Arbeitskräften.
28. Kennziffern des Belegschaftswechsels	Einstellungen oder Entlassungen bezogen auf die durchschnittliche Beschäftigtenzahl.

13.

- 29. Fluktuation** Abgang von Beschäftigten infolge eigenwilligen Ausscheidens, Entlassungen auf Grund einer Verwaltungsanordnung, Entlassung wegen Verstoß gegen die Betriebsordnung, wegen unbegründeter Abwesenheit (Arbeitsbummelei usw.).
Häufige Ursachen für eigenwilliges Ausscheiden sind ungünstige Arbeitsbedingungen, schlechte Verkehrsverbindungen, mangelnde soziale und kulturelle Betreuung, unterschiedliche Lohnverhältnisse für gleiche Arbeiten in verschiedenen Betrieben, schlechte Arbeitsmoral.
- 30. Ersatzbedarf** Bedarf an Arbeitskräften zum Ausgleich der Abgänge durch Heirat, Berufswechsel, Erreichen der Altersgrenze, Invalidität, Tod usw.
- 31. Erweiterungsbedarf** Zusätzlicher Bedarf an Arbeitskräften auf Grund veränderter Planaufgaben.
- 32. Arbeitskräfte reserven** Nicht im Produktionsprozeß stehende arbeitsfähige Personen, z. B. Hausfrauen, in der Hauswirtschaft Tätige, z. T. Teilinvaliden, im Arbeitsprozeß stehende aber volkswirtschaftlich nicht richtig eingesetzte Arbeitskräfte, z. B. Arbeitskräfte in der Verwaltung bei aufgeblähtem Verwaltungsapparat, ferner Männer, die Arbeitsplätze einnehmen, die auch Frauen ausfüllen können usw.
- 33. Bruttolohnsumme** Die Bruttolohnsumme setzt sich zusammen aus:
dem tariflichen Grundlohn
dem Mehrleistungslohn für Arbeitsnormenübererfüllung
den Mehrleistungsprämien und
dem Zusatzlohn (Krankengeldzuschüsse gehören ab 1. Januar 1966 nicht mehr zum Zusatzlohn, sondern zu den Sozialbeiträgen)
den Zuschlägen und Prämien für die Planerfüllung.
Sie enthält die tatsächlich gezahlten, nicht aber die abgegrenzten Beträge eines bestimmten Berichtszeitraumes.
Nicht in die Bruttolohnsumme einbezogen sind:
Krankengeldzuschüsse
Entschädigung für Benutzung eigener Werkzeuge
Prämien für Materialeinsparung
Fahr- und Wegegelder
Trennungsentchädigungen
Tage- und Übernachtungsgelder
Auslösungen
Personaleinstellungskosten
Umsatzkosten
Mietbeihilfen
Notfallunterstützungen
vom Betrieb zu leistende Sozialversicherungsbeiträge
Unfallumlagen
Beiträge zur zusätzlichen Altersversorgung
Prämien aus dem Direktorfonds oder aus Haushaltsmitteln
Nachweislohn in der Bauindustrie
Heimarbeiterzuschläge
- 34. Bruttolohnsumme der Heimarbeiter** Lohn für Heimarbeiter ohne Zuschläge für Benutzung eigener Werkzeuge und Räume.
- 35. Lohnfonds** Gesamtsumme der Gehaltsmittel, die der Staat planmäßig für die Entlohnung der Werktätigen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes in der gesamten Volkswirtschaft, den einzelnen Zweigen und den Betrieben festlegt.
- 36. Grundlohn** Lohn, der den Werktätigen in den produzierenden Einheiten (Brigaden, Abteilungen) auf Grund tariflicher Bestimmungen für die geleistete Arbeit je Stunde (Zeitlohn) oder je Fertigungseinheit (Stück, m³, kg, Leistungslohn) gezahlt wird (ohne Mehrleistungslohn und Mehrleistungsprämien).
- 37. Mehrleistungslohn für Normenübererfüllung** Der Teil des Leistungslohnes, der für die eingesparte Arbeitszeit bei Normenübererfüllung gezahlt wird. Er ist die Differenz zwischen dem für die Leistung geplanten Lohnbetrag und dem auf Grund der tatsächlich benötigten Zeit errechneten Leistungsgrundlohn.

30. Mehrleistungsprämien im Prämienystem

Prämien für Produktionsarbeiten, die nicht nach Arbeitsnormen ausgeführt werden, für die aber ein vertraglich turnusmäßig festgelegter Mehrbetrag als Prämienzuschlag gewährt wird, der sich nach der Qualität der Leistungen, der erfolgreichen Maschinenwartung usw. richtet. Prämien für Materialeinsparung, die nach den Bestimmungen über die Einführung von „Persönlichen Konten“ gezahlt werden, sind hierin nicht enthalten.

31. Hilfslohn

Tariflohn aller Beschäftigungsgruppen, soweit er in die Gemeinkosten des Betriebes eingeht. Er bezieht sich auf folgende Leistungen:

- a) innerhalb der produzierenden Einheiten zur Leitung und Abrechnung des Produktionsprozesses
- b) in den Abteilungen zur Lenkung des Betriebes
- c) in den sonstigen produktionsbedingten Abteilungen oder
- d) in den Abteilungen für den Absatz

Der Hilfslohn kann nicht in die Grundkosten eingehen, weil er nicht direkt für die Durchführung des technologischen Prozesses aufgewendet wird.

32. Zusatzlohn

Entgelt, dem kein Arbeitsaufwand für den Betrieb gegenübersteht. Es wird unabhängig von der Arbeitszeit und von der Anwesenheit am Arbeitsplatz auf Grund gesetzlicher Vereinbarungen gezahlt, z. B. für: Urlaub, Feiertage, Haushaltstage, Schulung, Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte bzw. gesellschaftlicher Verpflichtungen. Hierzu gehören ferner produktionsunabhängige Prämien (z. B. Treuprämien für lange Betriebszugehörigkeit, Prämien für Lehrausbilder), zusätzliche Belohnungen, Bezahlung von Arzt- und Stillzeiten, Zuschläge für Arbeit in Betrieben der Sperrzone und Lohn für Stilllegungszelten.

33. Zuschläge

Entgelte, die für Abweichungen von den normalen Arbeitsbedingungen zusätzlich zum Grund- oder Hilfslohn gezahlt werden.

- a) geplante nicht vermeidbare Zuschläge:
Arbeitserschweris (Schmutz, Hitze, Gefahr)
planmäßige Schichtarbeit (Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit)
Prämien für Planerfüllung;
- b) nicht geplante vermeidbare Zuschläge:

Überstundenzuschlag	Leistungslohnaugleich
Lohngruppenugleich	Lohn für Wartezeiten
Materialerschweris	Nicht geplante Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit,
- c) Prämien für Planübererfüllung

34. Prämien für Planerfüllung

Prämien entsprechend den Bestimmungen der Prämienverordnung für das Ingenieur-technische Personal einschließlich der Meister sowie der Wirtschaftler und des Verwaltungspersonals. Sie sind Bestandteil der geplanten Bruttolohnsumme.

35. Prämien für Planübererfüllung

Prämien entsprechend den Bestimmungen der Prämienverordnung für das Ingenieur-technische Personal einschließlich der Meister sowie der Wirtschaftler und des Verwaltungspersonals. Sie sind jedoch kein Bestandteil der geplanten Bruttolohnsumme.

36. Nicht aus dem Lohnfonds gezahlte Beträge

Lohnbeträge der Beschäftigten, die nicht Bestandteile der Bruttolohnsumme sind:

- Krankengeldzuschüsse,
- Prämien aus dem Direktorfonds oder Haushaltsmitteln,
- Prämien für Materialeinsparung auf Grund Persönlicher Konten,
- Fahr- und Wegegelder,
- Trennungsschadigungen,
- Nachweiskosten in der Bauindustrie,
- Entschädigungen für die Benutzung eigener Werkzeuge,
- Heimarbeiterzuschläge,
- Tage- und Übernachtungskelder
- Auslosungen,
- Vertreterkosten,
- Umzugskosten,
- Wohn- und Mietbeihilfen
- Notfallunterstützungen

37. Prämien aus dem D-Fonds

Alle aus dem Direktorfonds und der Belegschaft ausbezahlten Geldprämien (keine Sachprämien).

46. **Nachweislosten** Leistungen im Anlagenbau und in der Bauindustrie, die der bauausführende Betrieb dem Bauauftraggeber in Rechnung stellt:
z. B. Lohnzahlungen bei Schlechtwetter (90 Prozent des Grundlohns), Überstundengelder, Erschwerniszuschläge usw.
47. **Lohnarten** In der sozialistischen Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik wird die Entlohnung der Produktionsarbeiter bzw. des Handels- und Verkaufspersonals nach dem Leistungsprinzip in verschiedenen Lohnarten vorgenommen, und zwar im einfachen Leistungslohn, progressiven Leistungslohn, Prämienlohn, Zeitlohn; in den Betrieben der kapitalistischen Warenproduzenten erfolgt die Entlohnung im Akkord-, Prämien- bzw. Zeitlohn.
48. **Zeitlohn** Zeitlohn (Stunden-, Wochen- oder Monatslohn) ist die Entlohnung nach der für den Betrieb aufgewendeten Menge an Arbeitszeit entsprechend der festgelegten Lohngruppe.
49. **Prämienzeitlohn** Zeitlohn mit vertraglich festgelegten regelmäßigen Prämienzuschlägen, deren Zahlung und Höhe vom Erreichen bestimmter qualitativer und quantitativer Kennziffern abhängig ist. Prämien können gezahlt werden z. B. für Einsparungen von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, für Verringerung der Ausschussquote, für Erfüllung bzw. Übererfüllung der Warenumsatzpläne usw.
Prämien, die auf der Grundlage der Bestimmungen über die Einführung Persönlicher Konten gezahlt werden, sind hierin nicht enthalten.
50. **Einfacher Leistungslohn** Lohnart, bei der für jedes gefertigte Stück der gleiche Lohnbetrag gezahlt wird.
Die Höhe des Lohnes ist abhängig von der durch Lohngruppen festgelegten erforderlichen Qualifikation des Arbeiters und von der nach Normen ermittelten Menge und Güte der geleisteten Arbeit.
51. **Progressiver Leistungslohn** Er unterscheidet sich vom einfachen Leistungslohn dadurch, daß bei Normübererfüllung ein Progressionszuschlag gezahlt wird.
52. **Akkordlohn** Lohnart in den Betrieben der kapitalistischen Warenproduzenten in der Deutschen Demokratischen Republik, bei der die Arbeit nach Menge und Qualität gewertet wird.
53. **Kalenderarbeitsstunden** Zahl der in einem bestimmten Kalenderzeitraum möglichen Normalarbeitsstunden eines Betriebes. Sie werden ermittelt, indem die Zahl der Kalendertage abzüglich der Sonn- und Feiertage bzw. in durchgängig produzierenden Betrieben abzüglich der als Ersatz für Sonn- und Feiertage gewährten Wochenruhetage mit acht Stunden (Durchschnittlicher täglicher Arbeitszeit) und mit der Zahl der durchschnittlichen Produktionsarbeiter (bzw. des Handelspersonals, des Verkaufspersonals usw.) multipliziert wird.
Sie sind die Bezugsgröße für die Feststellung der Auslastung der Arbeitszeit.
54. **Tatsächlich geleistete Arbeitsstunden** Alle Arbeitsstunden der Produktionsarbeiter bzw. des Handels-, Verkaufspersonals usw. einschließlich Überstunden, ohne Ausfallstunden.
55. **Bemahlte Stunden** Tatsächlich geleistete Arbeitsstunden der Produktionsarbeiter einschließlich Überstunden. Ferner zählen hierzu alle auf Grund gesetzlicher Bestimmungen vergüteten Ausfallstunden (Urlaub, Wahrnehmung staatsbürgerlicher Verpflichtungen, Stillstandzeiten usw.).
Nicht einbezogen sind die Ausfallstunden durch Krankheit (da hierfür vom Betrieb nur der Krankengeldanspruch bezahlt wird) sowie in der Bauindustrie die Ausfallstunden auf Nachweislosten.
56. **Wahrnehmung staatsbürgerlicher Verpflichtungen** Arbeitszeitausfall durch:
Ausübung staatspolitischer Funktionen;
Betriebsversammlungen, betriebliche bzw. außerbetriebliche Kundgebungen;
Produktionsberatungen und Sitzungen aller Art, soweit diese noch ausnahmsweise während der Arbeitszeit durchgeführt werden;

Lehrgänge, Schulungen und Tagungen der Demokratischen Organisationen, volkseigenen Betriebe und Verwaltungen;
Berufsschulunterricht der Lehrlinge, Anlernlinge und übrigen Jugendlichen.

57. Bezahlter Urlaub

Urlaub auf gesetzlicher Grundlage:

z. B. Jahresurlaub;

Sonderurlaub zur Wahrnehmung persönlicher Interessen

(z. B. Hochzeit, Umzug, Todesfall);

Haushaltstage;

Schwangerschafts- und Wochenurlaub;

Trennungsurlaub und Heimfahrtstage

Nicht einbezogen ist der unbezahlte Urlaub

58. Ausfallstunden

Die auf Grund gesetzlicher Bestimmungen bzw. arbeitsvertraglicher Vereinbarungen sowie durch betriebliche Störungen und durch Fehlzeiten ohne gesetzliche Grundlage dem Betrieb entstehenden Ausfallzeiten der Gesamtbeschäftigten oder der Produktionsarbeiter bzw. des Handelspersonals, des Verkaufspersonals usw.

59. Stillstands- und Wartezeiten

Arbeitszeitausfälle infolge Stockung im Produktionsablauf, Unterbrechung des Produktionsprozesses oder Störungen des gesamten Betriebsgeschehens

a) Arbeitszeitausfälle der Produktionsarbeiter, die durch diese nicht direkt beeinflussbar sind oder auf der Betriebsebene bei entsprechender Verbesserung der Arbeitsweise der Werkleitung, ihrer leitenden Organe und Mitarbeiter vermieden werden können;

z. B. Arbeitszeitverluste durch Fehlen von Werkzeugen, Warten auf Arbeitsanweisungen usw.

b) Arbeitszeitausfälle, die bei allen Beschäftigtengruppen (einschließlich der Produktionsarbeiter) auftreten und auf der Betriebsebene nicht verhindert werden können;

z. B. Arbeitszeitverluste infolge Stromabschaltungen, Hochwasser, Brand, Zugverspätungen usw.

60. Kurzarbeit

Arbeitszeitbeschränkung durch Schutzbestimmungen für Jugendliche, auf Grund besonders schwerer bzw. gesundheitsschädlicher Arbeiten, für stillende Mütter sowie auf Grund arbeitsvertraglicher Vereinbarungen

61. Tatsächliche Dauer des Arbeitstages

Quotient aus den tatsächlich geleisteten Stunden einschließlich Überstunden und der Zahl der geleisteten Arbeitstage multipliziert mit der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl

A 6 Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen

Kulturwesen

1. Kulturwesen

Das Kulturwesen in der Deutschen Demokratischen Republik dient der Entwicklung einer fortschrittlichen deutschen Kultur, die eng mit dem Volke verbunden ist und dem Frieden und Fortschritt dient.

Die Hauptaufgaben des Kulturwesens bestehen in der Hebung des Bildungsniveaus des gesamten Volkes, der Heranbildung einer neuen fortschrittlichen Intelligenz, der allseitigen Entwicklung der Wissenschaft und der Entfaltung eines realistischen Kunstschaffens, der Pflege des nationalen Kulturerbes und der fortschrittlichen internationalen Gegenwartskunst.

Zum Kulturwesen zählen einmal die Einrichtungen, die der Erziehung, Bildung sowie Unterhaltung und Entspannung der Bevölkerung dienen, und zum anderen die Tätigkeit, die in diesen Institutionen ausgeübt wird.

Hoch- und Fachschulen

2. Universitäten, Hochschulen

Universitäten und Hochschulen sind Stätten für Lehre und Forschung, die der Heranbildung von Kadern für verantwortliche Stellen in der staatlichen Verwaltung, der Wirtschaft, den kulturellen Institutionen und Einrichtungen der Volksbildung (Ausbildung von Ober- und Mittelstufenlehrern) dienen.

Sie ermöglichen als Abschluß das Staatsexamen (Diplomprüfung). Als Universitäten werden hierbei entsprechend den Traditionen des deutschen Hochschulwesens die größten und ältesten Einrichtungen (mit mehreren Fakultäten) bezeichnet.

Einige Hochschulen führen aus Gründen der Tradition oder ihres speziellen Charakters die Bezeichnung „Akademie“, z. B. die Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften „Walter Ulbricht“, Potsdam-Babelsberg, die Bergakademie Freiberg und die Medizinischen Akademien Erfurt, Dresden und Magdeburg. Diese Akademien haben im wesentlichen die gleichen Aufgaben wie die übrigen Hochschulen.

3. Hochschulen gleichgestellte Institute

Einrichtungen der Lehre und Forschung, die die gleichen Aufgaben haben wie die Hochschulen, jedoch infolge ihrer geringen Zahl von Fakultäten nicht als Hochschulen bezeichnet werden. Hierzu gehören auch Institute, die neben der eigentlichen Hochschultätigkeit Aufgaben der Spezialisierung und Weiterbildung von Werktätigen mit Staatsexamen und in Ausnahmefällen von bereits in verantwortlichen Funktionen arbeitenden Werktätigen ohne Staatsexamen haben.

4. Institute mit Hochschulcharakter

Einrichtungen, die in Ausbildungsform, Struktur und Arbeitsweise mehr den Hochschulen als den Fachschulen entsprechen. Sie ermöglichen jedoch im Gegensatz zu den Hochschulen und den ihnen gleichgestellten Instituten nicht den Abschluß durch Staatsexamen (Diplomprüfung). Die Abschlußprüfung weist die Qualifikation für bestimmte mittlere verantwortliche Stellen der staatlichen Verwaltung, der Wirtschaft und vor allem der kulturellen Institutionen nach.

Die pädagogischen Institute des Ministeriums für Volksbildung, die ebenfalls hierzu gehören, bilden Mittelstufenlehrer aus. Der Abschluß erfolgt jedoch hier durch Staatsexamen.

5. Fachschulen

Ausbildungsstätten für mittlere Kader der Wirtschaft, Verwaltung und Volksbildung sowie für künstlerischen Nachwuchs. Ihre Aufgabe besteht in der Ausbildung qualifizierter Meister, Techniker, Ingenieure, Agronomen, Kulturschaffender sowie Unterstufenlehrer, Holmerzieher, Pionierleiter und Kindergärtnerinnen. Die gute Absolvierung des 2. Studienjahres einer Fachschule, mit Ausnahme der medizinischen Fachschulen, berechtigt zum weiteren Studium der eingeschlagenen Fachrichtung an einer Universität oder Hochschule.

6. Einrichtungen der Fachschulen

- a) Lektionssäle:
Räume mit mehr als 50 Plätzen
- b) Klassenräume:
Räume mit 21 bis 50 Plätzen
- c) Seminarräume:
Räume mit höchstens 20 Plätzen

- d) Fachunterrichtsräume:
Chemieräume, Physikräume, Maschinenräume, Zeichenstille, Demon-
strationsräume usw.
- e) Gemeinschaftsräume:
Klubräume, Leseräume (ohne FDJ-Zimmer).

Volkshochschule

1. Einrichtungen der Vorschulerziehung

Hierzu gehören:

- a) Kindergärten,
- b) Kindergärten mit angeschlossenem Wochenheim,
- c) Wochenheime.

In diesen Einrichtungen werden Kinder aufgenommen, die keine wesent-
lichen Erziehungsschwierigkeiten bereiten.
Bevorzugt finden Kinder berufstätiger Mütter, in Wochenheimen nur
Kinder berufstätiger Mütter Aufnahme

2. Kindergärten

Einrichtung der Vorschulerziehung für Kinder von 3 bis 6 Jahren.

3. Kindergärten mit angeschlossenem Wochenheim

Er besitzt außer Tagesplätzen auch Wochenheim- bzw. Übernachtungs-
plätze. Aufnahme finden im Kindergartenkind Kinder von 3 bis 6 Jahren,
im Wochenheimkind Kinder von 3 bis 14 Jahren.

10. Wochenheim

Erziehungstätte für Kinder im Alter von 3 bis 14 Jahren mit Wohn- und
Schlafplatz.

11. Erntekindergarten

Kurzfristige Einrichtung, die in Gemeinden ohne Dauerkindergarten
während der Erntezeit Kinder von 3 bis 14 Jahren aufnimmt; in der
Regel in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober.

12. Vorschulhelfer

Kindergärtnerinnen, Erziehungshelferinnen und Erziehungshelfkräfte.

13. Kindergärtnerinnen

Pädagogische Fachkräfte, die das Fachschulzeugnis der staatlich geprüften
Kindergärtnerin besitzen.

14. Erziehungshelferinnen

Pädagogische Fachkräfte, die eine Grundausbildung von mindestens sechs
Monaten an einer pädagogischen Schule und die Prüfung als Erziehungs-
helferin nachweisen können. Die in den Jahren bis 1945 ausgebildeten
Kinderpflegerinnen werden als Erziehungshelferinnen anerkannt.

15. Erziehungshelfkräfte

Kräfte ohne pädagogische Ausbildung.

16. Normalkinderheim

Heim für Kinder von 3 bis 14 Jahren, in dem anhanglose und milieugefährdete
Kinder ohne wesentliche Erziehungsschwierigkeiten sowie
Kinder, deren Beaufsichtigung und Erziehung durch berufliche Tätigkeit,
Weiterbildung, Krankheit und persönliche Gründe der Erziehungspflich-
tigen nicht gewährleistet sind, Aufnahme finden.

17. Spezialheim für Kinder

- a) Heim für erziehungsschwierige Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren,
- b) Heim für erziehungsschwierige, schwachsinnige, jedoch bildungsfähige
Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren.

In diese Heime werden die Kinder eingewiesen, bei denen öffentliche
Erziehung II Beschluß angeordnet oder vom Erziehungspflichtigen bean-
tragt wurde.

18. Hilfschulheim für Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren

Heim für anhanglose, milieugefährdete Hilfschul Kinder ohne wesentliche
Erziehungsschwierigkeiten sowie Hilfschüler, deren Beaufsichtigung und
Erziehung durch berufliche Tätigkeit, Weiterbildung, Krankheit oder
andere Gründe der Erziehungspflichtigen nicht gewährleistet ist. In
diesen Heimen sind Schulen eingerichtet, in denen Hilfschulunterricht
erteilt wird.

19. Durchgangsheim und Durch- gangsstation

In Durchgangsheimen und Durchgangsstationen finden aufgesessene Kinder
und Jugendliche kurzfristige Aufnahme (im Regelfalle 14 Tage) zur Ver-
hütung der Gefährdung der eigenen Person sowie der Öffentlichkeit.
Durchgangsstationen sind den Kinder- und Jugendheimen angeschlossen.

20. Jugendwohnheim für Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren

Heim für anhanglose, familiengelöste, milieugefährdete Jugendliche ohne erhebliche Erziehungsschwierigkeiten sowie für anhanglose Jugendliche, die aus Jugendwerkhöfen entlassen worden sind, soweit nicht die Möglichkeit besteht, sie in Lehrlingswohnheimen der volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe unterzubringen.

21. Spezialheime für Jugendliche (Jugendwerkhöfe)

a) Heime für erziehungsschwierige Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren.

In diese Heime werden Jugendliche eingewiesen, bei denen öffentliche Erziehung lt. Beschluß angeordnet oder vom Erziehungspflichtigen beantragt wurde.

b) Heime für erziehungsschwierige, schwachsinnige, jedoch bildungsfähige Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren.

In diese Heime werden erziehungsschwierige Hilfschüler eingewiesen, bei denen öffentliche Erziehung lt. Beschluß angeordnet oder vom Erziehungspflichtigen beantragt wurde.

22. Kindererholungsheim

Heim, in dem Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren zur Erholung und Verbesserung ihres Gesundheitszustandes Aufenthalt finden. Die Dauer des Aufenthaltes richtet sich nach der ärztlichen Verordnung (im Regelfall etwa 6 Wochen).

23. Heimerzieher

- a) Voll ausgebildete Erzieher sind Kräfte, die nach den Richtlinien des Ministeriums für Volksbildung die Lehrerprüfung abgelegt haben.
- b) Erzieherkräfte mit Grundausbildung sind Kräfte mit mindestens zweijähriger Ausbildung als Fürsorger, Jugendleiter oder Kindergärtnerin.
- c) Erzieher mit Kurzausbildung sind Kräfte, die mindestens eine dreimonatige Kurzausbildung nach den Bestimmungen des Ministeriums für Volksbildung mit Prüfung abgeschlossen haben.
- d) Erzieherkräfte ohne pädagogische Ausbildung.

24. Allgemeinbildende Schulen

Hierzu gehören die Grundschulen, Mittelschulen, Oberschulen und Sonderschulen.

25. Grundschule

- a) **Vollausgebildete Grundschule:**
Allgemeinbildende Schule mit 8 aufsteigenden Klassen.
- b) **Vollausgebildete Grundschule auf dem Lande**
Zentralschule, die geschlossene Jahrgänge aus anderen politischen Gemeinden aufnimmt.
- c) **Elbklassige Schule**
Der Unterricht erfolgt in einer Mehrstußenklasse 1 bis 8. Diese Schulen stellen in der Deutschen Demokratischen Republik nur nach Ausnahmen dar, die im Zuge der Entwicklung beseitigt werden.

26. Mittelschule

Die Mittelschule ist eine weiterführende allgemeinbildende Schule mit zwei aufsteigenden Klassen 9 und 10, die Grundschüler unmittelbar nach Erreichen des Zieles der 8. Klasse aufnimmt. Den Abschluß bildet die Prüfung der Mittleren Reife. Nach erfolgreich abgelegter Prüfung der Mittleren Reife ist die Zulassung zu Fachschulen möglich.

27. Oberschule

Weiterführende allgemeinbildende Schule mit 4 aufsteigenden Klassen (9. bis 12. Klasse), in die Grundschüler unmittelbar nach Erreichung des Grundschulzieles übernommen werden können. Den Abschluß bildet die Reifeprüfung. Nach erfolgreich abgelegter Reifeprüfung ist die Zulassung zur Hochschule möglich.

28. Sonderschulen

- a) Sonderschulen für blinde Kinder und Jugendliche,
- b) Sonderschulen für gehörlose Kinder und Jugendliche,
- c) Sonderschulen für taubstummblinde Kinder und Jugendliche,
- d) Sonderschulen für schwachwache Kinder und Jugendliche,
- e) Sonderschulen für schwerhörige Kinder und Jugendliche,
- f) Sonderschulen für sprachgestörte Kinder und Jugendliche,
- g) Sonderschuleinrichtungen für Kinder und Jugendliche in Krankenanstalten und Heilstätten,
- h) Sonderschulen für körperbehinderte Kinder und Jugendliche,
- i) Sonderschulen für schwachsinnige, jedoch bildungsfähige Kinder und Jugendliche.

- 29. Heimschule** Grund- bzw. Sonderschule, die dem entsprechenden Heim unmittelbar angeschlossen ist.
- 30. Kindersportschule** Grundschule mit qualitativ und quantitativ verstärktem Unterricht im Fach Körpererziehung in den Klassen 5 bis 8.
- 31. Abendberufsschule** Schulliche Einrichtung, in der Werktätige neben ihrer beruflichen Tätigkeit zum Abschluß der Oberschule geführt werden.
- 32. Hauptamtliche Lehrer** Hauptamtliche Lehrer sind solche, die ihre Planstelle in Höhe der festgesetzten Pflichtstundenzahl oder mit mindestens 13 Unterrichtsstunden ausfüllen.
- 33. Nebenberufliche Lehrer** Nebenberufliche Lehrer sind solche, die nicht hauptamtlich eingestellt sind und einen Hauptberuf bei irgendeiner anderen Dienststelle ausüben (z. B. Volkshochschullehrer; Musiker, die ein paar Stunden Musikunterricht geben; Maler und Graphiker, die stundenweise Zeichenunterricht erteilen usw.). Bei solchen nebenberuflichen Lehrern richten sich die wesentlichen sozialen und kulturellen Ansprüche nach dem Hauptberuf (z. B. bei Erteilung des Erholungsurlaubs).
- 34. Nebenamtliche Lehrer** Nebenamtliche Lehrer sind solche, die ebenfalls nicht hauptamtlich mit der erforderlichen Stundenzahl tätig sind, im übrigen aber sonst keinen Beruf ausüben.
- 35. Pionierleiter** Alle verantwortlichen Leiter der Pionierfreundschaften. Man unterscheidet Freundschaftspionierleiter und Gruppenpionierleiter. Erstere sind verantwortliche Leiter der Pionierfreundschaften an Schulen. Sie müssen über die nötigen pädagogischen und organisatorischen Fähigkeiten zur Leitung der Massenorganisation der Kinder verfügen. Ihre Qualifikation ist in der Ausbildung der Unterstufenlehrer bzw. im Sonderstudium für Pionierleiter zu erwerben. Die Funktion der Gruppenpionierleiter wird ehrenamtlich ausgeübt und verlangt keine gesonderte Ausbildung.
- 36. Schulklassen** Gemeinschaft von Schülern, die in der Regel zur gleichen Zeit vom gleichen Lehrer und nach dem gleichen Stundenplan unterrichtet wird.
- 37. Mehrstufigklassen** Gemeinschaft von Schülern mindestens zweier Stufen. Dabei sind die verschiedensten Kombinationen möglich; z. B. Stufe 1 und 2 oder 3, 4, 5 oder 5 bis 8 und dergleichen. (Siehe auch „Grundschulen“ A 6 Nr. 25c)
- 38. Klassenräume** Unterrichtsräume, in denen die Schüler unterrichtet werden, ohne daß diese Räume für ein Spezialfach besonders eingerichtet sind.
- 39. Fachunterrichtsräume** Unterrichtsräume, die vorwiegend dem Fachunterricht dienen und hierfür besonders eingerichtet sind (Fachunterrichtsräume für Physik, Zeichen, Musik usw.).
- 40. Kinderhort** Einrichtung zur Betreuung grundschulpflichtiger Kinder werktätiger Eltern während der schulfreien Zeit am Tage (sinnvolle Freizeitgestaltung und saubere Anfertigung der Schulaufgaben)

Kunst und kulturelle Massenarbeit

- 41. Theaterhaus** Ein den darstellenden Künsten dienender Zweckbau oder ein umgebauter Saal mit Bühne und Zuschauerraum.
- 42. Politisch genehmigte Sitzplätze** Plätze, die laut Sitzplatzordnung durch VP (F) bestätigt sind. Zu ihnen zählen auch diejenigen Plätze, die infolge schlechter Sicht selten oder überhaupt nicht verkauft werden.
- 43. Freilichtbühnen** Stätten für ständige Freilichtveranstaltungen, die eigens dafür errichtet sind.
- 44. Ensemble** Künstlerensemble eines Schülers für eine bestimmte Kunstgattung.

- | | |
|---|---|
| 45. Solisten | Künstler ohne künstlerische Vorstände und ohne künstlerisches Hilfspersonal. |
| 46. Künstlerische Vorstände | Intendanten, Dramaturgen, Oberspielleiter, Spielleiter, Generalmusikdirektoren, Chordirektoren, Ballettmeister, Ausstattungsleiter, Bühnenbildner, Kostümbildner, Leiter des künstlerischen Betriebsbüros, Leiter der Anrechtsabteilung (nicht Assistenten). |
| 47. Künstlerisches Hilfspersonal | Assistenten (auch Regie- und Produktionsassistenten), Bibliothekare, Chorasistenten, Inspizienten, Komparserinspektoren, Maskenbildner, Mitarbeiter der Anrechtsabteilungen, Mitarbeiter des künstlerischen Personals, soweit sie vorwiegend für die künstlerisch-wissenschaftlichen Mitarbeiter tätig sind, Orchesterinspektoren, Repetitionen, Sekretärinnen und Schreibkräfte, soweit sie überwiegend für die künstlerisch-wissenschaftlichen Mitarbeiter tätig sind, sowie Souffleuren. |
| 48. Theaterchor | Kollektiv von Chorsängerinnen und -sängern an Theatern mit musikalischem Ensemble, ohne ständige Aushilfen und ohne künstlerische Vorstände und künstlerisches Hilfspersonal. |
| 49. Theaterballett | Kollektiv von Tänzerinnen und Tänzern an Theatern mit musikalischem Ensemble einschließlich Tanzsolisten, ohne künstlerische Vorstände. |
| 50. Kulturorchester | Staatliches Orchester, dessen Mitglieder aus Mitteln des Staates nach dem Lohn- und Gehaltsabkommen für Theater- und Kulturorchester bezahlt werden. |
| 51. Gemeinschaftsorchester | Freiwillige Gemeinschaft von Berufsmusikern, die keine staatlichen Zuwendungen erhält. |
| 52. Berufschor | Chor mit hohen künstlerischen Leistungen, der aus staatlichen Mitteln bezahlt wird (ohne Theaterchor). |
| 53. Staatliches Gesangs- und Tanzensemble | Ein ständig gemeinsam arbeitendes Kollektiv. Das schließt nicht aus, daß einzelne Gruppen des Ensembles gelegentlich selbständig auftreten. Das Programm eines Staatlichen Gesangs- und Tanzensembles soll alle Gebiete der Volkakunst, mit Ausnahme des Dramatischen Zirkels sowie der Zirkel für bildende und angewandte Kunst, umfassen. Das Staatliche Gesangs- und Tanzensemble muß von der Fachabteilung des zuständigen Kreises anerkannt sein. |
| 54. Ürtliche (nicht betriebliche) Ensembles | Gruppen, die weder einem Betrieb noch einer LPG angeschlossen sind, z. B. Gruppen der Kulturkommission, eines kommunalen Kulturhauses, eines Volkakunstkabinetts usw. |
| 55. Volkakunstensemble | Freiwillige Gemeinschaft von Laienkünstlern, die eine Chor-, Tanz- und Musikgruppe umfaßt und von der Fachabteilung des zuständigen Kreises anerkannt sein muß. |
| 56. Volkakunstgruppe | Freiwillige Gemeinschaft von Laienkünstlern für eine bestimmte Kunstgattung, z. B. Musik, Chor, Tanz, Schauspiel usw. |
| 57. Straßenveranstaltung | Kulturveranstaltung volkstümlichen Charakters in Nummernfolge mit Darbietungen von Berufs- und Laienkünstlern auf den Gebieten der Musik, des Tanzes, des Chorgesanges, der darstellenden Kunst, der Kabarettistik und der Artistik. |
| 58. Volkemusikschule | Staatliche Schule, die den Schülern gründliche instrumentale, vokale und musiktheoretische Kenntnisse vermittelt. Sie ist für Jugendliche bzw. Kinder ab 3. Grundschuljahr zugänglich. |
| 59. Lehrereinheit an der Volkemusikschule | Entspricht 20 Wochenstunden zu je 45 Minuten, die entweder von einer hauptberuflichen Lehrkraft mit 20 Wochenstunden oder von einer beliebigen Anzahl nebenberuflicher Lehrkräfte mit zusammen 20 Wochenstunden gegeben werden können. |
| 60. Kulturhaus | Gebäude, das mindestens einen Saal mit Bühne, Zirkelraum, Musik- und Spielzimmer und Bibliothek mit Leserraum besitzen muß. |

- | | |
|---|---|
| 61. Klubhaus | Gebäude, das keinen Saal mit Bühne, sonst aber die gleichen Merkmale wie das Kulturhaus besitzt. |
| 62. Kulturraum | Saal mit Bühne, der eigens für kulturelle Zwecke errichtet oder eingerichtet wurde. |
| 63. Klubraum | Kulturraum ohne Bühne |
| 64. Kunstsammlung | Ständige Einrichtung, die ausschließlich Werke der bildenden Kunst, Plastik, Malerei, Grafik sowie Kunsthandwerk enthält, soweit der kunsthandwerkliche Inhalt nicht überwiegt. |
| 65. Kunstausstellung | Ausstellung, die ausschließlich Gegenstände der bildenden Kunst — Malerei (auch Reproduktionen), Grafik und Plastik sowie kunsthandwerkliche Gegenstände — zeigt. |
| 66. Wanderausstellung | Ausstellung, die an verschiedenen Orten in der gleichen Zusammenstellung gezeigt wird. |
| 67. Nationale Kulturstätte | Gedenkstätte und Ehrenmal (ohne Schausammlungen) der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung sowie der deutschen Geschichte (z. B. Freiheitskriege, antifaschistische Widerstandsbewegung usw.) ferner Stätte der Erinnerung an hervorragende Persönlichkeiten. |
| 68. Heimatmuseum | Einrichtung, in der insbesondere Gegenstände gesammelt werden, die über die Entwicklung und Eigenart der Heimat Aufschluß geben.
(Über die Aufgaben im einzelnen: GBl. II Nr. 41/1953)
Die Heimatmuseen sind Einrichtungen der örtlichen Staatsorgane (Räte der Kreise oder Gemeinden). |
| 69. Heimatstube | Einrichtung in ländlichen Gemeinden, in der Gegenstände gesammelt werden, die über die Entwicklung der Gemeinde Aufschluß geben. Sie ist einem größeren Heimatmuseum angegliedert. |
| 70. Memorialmuseum | Einrichtung mit der Aufgabe, die Erinnerung an berühmte Persönlichkeiten, die in diesem Gebiete gelebt haben, in ihrer nationalen und internationalen Bedeutung zu pflegen. |
| 71. Technisches Denkmal mit Schausammlung | Zeigt die historischen Produktionsinstrumente und ihre Rolle bei der Entwicklung der Produktivkräfte einer bestimmten Epoche. |
| 72. Werkmuseum | Museum, in dem verschiedenartige Produkte und Produktionsgänge eines bestimmten Produktionszweiges in ihrer historischen Entwicklung bis zur Gegenwart gezeigt werden. |
| 73. Zoologischer Garten | Einrichtung, in der einheimische und exotische Tiere in Freigehegen, Warmhäusern und in ihrer natürlichen Umgebung gezeigt werden. |
| 74. Tiergarten | Einrichtung, in der lebende einheimische Tiere gezeigt werden. |
| 75. Aquarium und Terrarium | Einrichtungen, in denen einheimische und exotische Fische und Reptilien gezeigt werden. |
| 76. Botanischer Garten | Einrichtung, in der einheimische und fremde Pflanzen gezüchtet und zu Anschauungszwecken gezeigt werden (kein Schulgarten). |
| 77. Filmtheater | Lichtspieltheater, in dem ständig Filme jeglicher Art gegen Entrichtung von Eintrittsgeld zu den genehmigten Sätzen vorgeführt werden. Ein Lichtspieltheater ist ein eigens für die Zwecke der Filmvorführung eingerichteter Bau. |
| 78. Tagesshine | Lichtspieltheater, das mit seinem Programm vor 12 Uhr beginnt. |
| 79. Zeithine | Lichtspieltheater, das den Besuchern jederzeit Einlaß gewährt und in dessen Programmen vorwiegend Kurzfilme zur Aufführung gelangen. |

- 50. Transportable Filmanlage**
In der Regel zwei Kinowiedergabeapparate, die man in entsprechenden Räumen zur Vorführung von Tonfilmen kurzfristig aufstellen kann mit einem Lautsprecher und einer transportablen Leinwand.
- 51. Betriebsfilmanlagen**
a) Stationäre Betriebsfilmanlagen:
Baupolizeilichen Bestimmungen entsprechende Vorführräume in Kultur- und Klubhäusern, Kulturräumen und selbständigen Betriebsfilmtheatern. Eine Filmanlage besitzt in der Regel zwei in den Vorführräumen feststehende Kinowiedergabeapparate.
b) Transportable Betriebsfilmanlagen:
Kurzfristig in Kultur- und Klubhäusern, sowie Kulturräumen aufstellbare Kinowiedergabeapparate mit Lautsprecher und transportabler Leinwand.
- 52. Volkshochschule**
Einrichtung, die durch Lehrgänge das allgemeine Bildungswissen der Werktätigen hebt und ihnen Kenntnisse auf allen Gebieten der Wissenschaft, Technik, Kunst und Literatur in allgemeinverständlicher Weise vermittelt.
- 53. Normallehrgang der Volkshochschule**
Erstreckt sich über 15 Wochen und umfaßt wöchentlich eine Doppelstunde.
- 54. Hauptbibliothek**
Eine Bibliothek, die Einzleinrichtung im Ort ist und hauptberuflich geleitet wird. Besteht ein Bibliothekszweig im Ort, so gilt diejenige Bibliothek als Hauptbibliothek, in der die Leitung des Netzes ihren Sitz hat.
- 55. Zweigbibliothek**
Alle außer der Hauptbibliothek in einer Stadt bzw. Gemeinde vorhandenen allgemeinen öffentlichen Bibliothekseinrichtungen sind Zweigbibliotheken.
- 56. Nebenberuflich geleitete Bibliothek**
Alle allgemeinen öffentlichen Bibliotheken (auch Ortsbibliotheken), die von nebenberuflich oder nur halbtags tätigen Kräften geleitet werden und die nicht in einem hauptberuflich geleiteten Bibliothekszweig einer Stadt bzw. Gemeinde liegen.
- 57. Spezialbibliothek**
a) Kinderbibliothek:
räumlich, wirtschaftlich und personell selbständige Bibliothek mit angeschlossenem Kinderleseraum. Sie enthält einen Buchbestand von mindestens 1000 Bänden für Kinder im Alter von 8 bis 14 Jahren.
b) Musikbibliothek:
selbständige, allgemein-öffentliche Bibliothek, die in der Hauptsache Notenbestände, Partituren sowie alle einschlägigen Werke der Musikliteratur besitzt.
- 58. Betriebsbibliothek**
Wird von einem Bibliothekar geleitet; sie muß mindestens 200 Bände umfassen und einen eigenen Ausgaberaum besitzen. Betriebs-, Jugend- und Kinderbibliotheken, die diesen Begriffsbestimmungen entsprechen, gelten als selbständige Bibliotheken.
- 59. Lesesaal**
Hat mindestens 25 Arbeitsplätze (je Platz 2,5 qm), eine Handbibliothek sowie Zeitschriften.
- 60. Leserraum**
Hat weniger als 25 Arbeitsplätze, eine Handbibliothek sowie Zeitschriften.
- 61. Zentrale Schule für kulturelle Aufklärung**
Schule zur Aus- und Weiterbildung von Bibliothekaren, Mitarbeitern an allgemeinbildenden Bibliotheken, von Klub- und Kulturhausleitern sowie Direktoren und Dozenten der Volkshochschulen.
- Jugend**
- 62. Bezirksklubhäuser**
Bezirksklubhäuser sind Jugendeinrichtungen mit mindestens 10 Zimmern und einem Saal für die kulturpolitische Arbeit der Jugend. Es muß die Möglichkeit zur Arbeit von Interessengemeinschaften vorhanden sein. Das Bezirksklubhaus muß durch seine Arbeit beispielgebend und anleitend für die Kulturarbeit der Jugend im Bezirksmaßstab wirken.

- 92. Kreisklubhäuser**
Kreisklubhäuser sind Jugendeinrichtungen mit Räumen und einem Saal für die kultur-politische Arbeit der Jugend. Es muß die Möglichkeit zur Arbeit von Interessengemeinschaften vorhanden sein. Das Kreisklubhaus muß anleitend für die kultur-politische Tätigkeit der Jugend sowohl für die eigenen Jugendeinrichtungen, als auch für die anderen Möglichkeiten, die von der Jugend mit benutzt werden, wirken.
- 93. Jugendheime**
Räumlichkeiten mit mindestens vier zusammenhängenden Zimmern, die der politischen und kulturellen Jugendarbeit dienen. Darunter fallen nicht Verwaltungsräume der FDJ.
- 94. Jugendkammer**
Räume, die ständig für die Durchführung der örtlichen und betrieblichen Jugendarbeit zur Verfügung stehen (Heimabend, Zirkelstudium, Versammlungen usw.). Darunter fallen nicht Geschäftsräume der FDJ-Leitungen.
- 95. Jugendschule**
Gebäude zur Schulung von Mitgliedern und Funktionären der Jugendbewegung, in dem die Schüler und Lehrer internatmäßig untergebracht sind, und das die für den Unterricht notwendigen Lektions-, Seminar-, Aufenthalts- und Klübräume sowie Sportanlagen besitzt.
- 96. Jugendherberge**
Gebäude für Übernachtungswecke von Jugendgruppen und Einzelwanderern mit einem ständigen Herbergseiter. Es müssen sanitäre Anlagen, Aufenthaltsräume und Einrichtungen für die kulturelle Arbeit vorhanden sein. Zu Jugendherbergen werden auch Gebirgs- und Skihütten gezählt, wenn sie obengenannten Bedingungen entsprechen.
- 97. Ständige Wanderquartiere**
Provisorisch eingerichtete Räume, die ständig zur Übernachtung für Jugendgruppen und Schulklassen zur Verfügung stehen. Ausgenommen sind Wanderquartiere, die nur während der Zeit der Sommerferien-gestaltung eingerichtet werden.
- 98. Betriebskinder-Ferienlager**
Einrichtung für den Ferienaufenthalt der Kinder, die aus Mitteln des Betriebes, der Gewerkschaften und durch freiwillige Leistungen der Werktätigen aufgebaut und finanziert wird.
- 99. Pioniersommerlager**
Pioniersommerlager ist eine Einrichtung für den Ferienaufenthalt der Kinder, die aus Mitteln des Staatshaushaltsplanes und aus den Mitteln der zentralen volkseigenen Betriebe finanziert wird. Über den Ferienaufenthalt der Kinder hinaus stehen die Pioniersommerlager für andere Zwecke, wie für Übernachtungswecke für Wandergruppen, für die Durchführung von Schulungen usw. zur Verfügung.

Körperskultur und Sport

- 101. Sportstadion**
Sportanlage mit Leichtathletikanlagen, Umkleideräumen, Waschanlagen und einem Fassungsvermögen von mindestens 10 000 Zuschauern.
- 102. Sportplatz**
Sportanlage mit Rasen- oder Hartplatz und 400 m Aschenbahn. Größe max. 70 x 100 m, min. 50 x 80 m mit Leichtathletikanlagen, wobei nicht unbedingt Umkleideräume vorhanden sein müssen.
- 103. Turn-, Spiel- und Übungsplatz**
Einrichtung für vielseitigen sportlichen Spiel- und Übungsbetrieb; darunter fallen auch Gymnastikplätze und Faustballplätze. Die Plätze müssen ständig und ausschließlich diesen Zwecken dienen.
- 104. Volleyball- und Basketballplatz**
Planierter Hartplatz mit den Maßen 9 x 18 m für Volleyball und 14 x 26 m für Basketball.
- 105. Rodelbahn**
Rundbahn mit dem Mindestmaß von 333', m.
- 106. Rodelbahnen**
- | | |
|-----------------------|---|
| Asphaltbahnen | Länge 19,50 m, Breite 1,50 m |
| Bohlenbahnen | Länge 25,00 m, Breite 1,50 m |
| Scherenbahnen | Länge 18,00 m, Breite 0,35 m am Anfang
1,50 m am Ende |
| Internationale Bahnen | Länge 18,00 m, Breite 0,35 m am Anfang
1,10 m am Ende. |
- 107. Schwimmstadion**
Offene Anlage mit Schwimmbecken, Sprungturm, Duscheinrichtungen, Umkleidekabinen und Tribünen für mindestens 1000 Zuschauer.

108. Schwimmkampfanlage Anlage in Frei- bzw. Strandbädern mit Schwimmkampfbahnen, Sprungturm und Umkledekabinen.
109. Hallenschwimmbad Geschlossene Anlage mit Schwimmbecken, Sprungturm, Duscheinrichtungen und Umkledekabinen.
110. Bootshaus Gebäude oder Baracke mit Aufenthalts- und Klubräumen für Wassersportler, sowie mit Unterstellräumen für Boote und andere Wassersportgeräte.
111. Bootschuppen Unterstellmöglichkeit für Boote und andere Wassersportgeräte.
112. Sprungschanze Natürliche oder künstliche Schanze für das Skispringen mit kritischen Weiten von mindestens 20 m.
113. Rodelbahn Für den Rodelsport hergerichtete Anlage, auf der Rodelmanöverausfahrten ausgetragen werden können. Mindestlänge 1200 m, 6 bis 8 Prozent Gefälle.
114. Sportschule Gebäude zur Schulung von Mitgliedern und Funktionären der demokratischen Sportorganisationen, in denen die Schüler und Lehrer regelmäßig untergebracht sind, und die die für den Unterricht notwendigen Lektions-, Aufenthalts-, Kabinett- und Klubräume sowie Sportanlagen besitzen.
115. Sportsheim Gebäude, die nur den demokratischen Sportorganisationen zur Durchführung von Versammlungen, theoretischem Unterricht, geselligen Veranstaltungen (jedoch kein Training) zur Verfügung stehen. Dazu zählen nicht Gebäude, die Verwaltungszwecken dienen.
- Gesundheitswesen**
116. Gesundheitswesen In der Deutschen Demokratischen Republik ist die Sorge um den Menschen oberstes Gebot. Dem Gesundheitswesen obliegt die Sorge für die Gesundheit der Bevölkerung. Sein Tätigkeitsbereich erstreckt sich auf Maßnahmen zur Verbesserung der Hygiene, des vorbeugenden Gesundheitsschutzes sowie der Heilbehandlung aller Kranken bis zur vollen Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft. Die Einrichtungen des Gesundheitswesens sind staatlich. Daneben gibt es noch nichtstaatliche Einrichtungen. Zum Gesundheitswesen gehört außerdem das Deutsche Rote Kreuz (DRK), dem der Krankentransport und die Erste Hilfe (Wasser- und Bergrettungsdienst) obliegt.
117. Krankenhaus Medizinische Einrichtung, die der ärztlichen stationären Beobachtung bzw. Behandlung von Kranken dient. Beobachtungs- und Behandlungsstationen in poliklinischen Einrichtungen werden nicht als Krankenhäuser gerechnet.
118. Heil- und Pflegeanstalt Einrichtung, in der pflegebedürftige Kranke je nach ihrem Erkrankungsgrad zeitweilig oder dauernd Aufnahme und Behandlung finden.
119. Sanatorium Geschlossene fachärztlich geleitete Einrichtung zur ärztlichen Behandlung und zweckentsprechenden Pflege von Kranken, die nicht oder nicht mehr das Aufthalten in Krankenhäusern bedürfen.
120. Genesungsheim Einrichtung, die turnusmäßig mit Genesenden besetzt wird, die lediglich einer ärztlichen Überwachung bedürfen.
121. Poliklinik Die zweckmäßigste Form der ambulanten Behandlungseinrichtungen. Sie ist im allgemeinen eine Abteilung des Krankenhauses. Um als Poliklinik anerkannt zu werden, müssen fünf Fachabteilungen vorhanden sein, und zwar:
- eine innere Abteilung,
 - eine chirurgische Abteilung,
 - eine gynäkologische Abteilung,
 - eine Abteilung für Zahnheilkunde und
 - eine beliebige sonstige Abteilung.
- Es müssen solche räumlichen Voraussetzungen gegeben sein, die eine gleichzeitige Sprechstundentätigkeit dieser Fachabteilungen ermöglichen.

Annex

- Voraussetzung ist weiterhin das Vorhandensein eines klinisch-diagnostischen Laboratoriums, einer Röntgeneinrichtung, einer elektrophysikalischen Abteilung.
- 123. Kinderpoliklinik**
Einrichtung, in der Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr fachärztlich ambulant behandelt werden. Neben der inneren Abteilung sind Spezialfachabteilungen für Kinderchirurgie, Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten und den örtlichen Verhältnissen entsprechend, andere Spezialabteilungen für Kinder, wie z. B. Bäder, elektrophysikalische Therapie, Orthopädie, Augen- und Zahnheilkunde vorhanden.
Räumlich getrennt ist eine Beratungsstelle für Säuglinge und Kleinkinder angeschlossen.
- 124. Polikliniken in organisatorischer Verbindung (PK)**
Eine organisatorisch und verwaltungsmäßig an ein Krankenhaus angeschlossene Poliklinik. Die räumliche Verbindung ist nicht Voraussetzung, aber erwünscht.
- 125. Selbständige Poliklinik (PS)**
Eine organisatorisch und verwaltungsmäßig nicht an ein Krankenhaus angeschlossene Poliklinik.
- 126. Ambulatorium bei Krankenhaus (AK)**
Ambulante Behandlungsstelle, die als Allgemein- oder Fachabteilung an das Krankenhaus organisatorisch und verwaltungsmäßig angeschlossen ist. Sie unterscheidet sich von einer angeschlossenen Poliklinik dadurch, daß sie den Mindestforderungen für Polikliniken nicht entspricht.
- 127. Selbständiges Ambulatorium (AS)**
Behandlungsstelle, die organisatorisch und verwaltungsmäßig nicht an ein Krankenhaus angeschlossen ist und den Mindestforderungen einer selbständigen Poliklinik nicht entspricht.
- 128. Landambulanz (LA)**
Poliklinische Behandlungsstelle, vorwiegend für die ambulante Versorgung der Bevölkerung auf dem Lande.
Mindestforderung:
Vorhandensein von zwei ärztlichen Arbeitsplätzen und einem zahnärztlichen Arbeitsplatz.
Diese Arbeitsplätze müssen sich in der Einrichtung befinden und dürfen nicht in Außenstellen untergebracht sein. Die räumlichen Bedingungen müssen es gestatten, daß diese Ärzte gleichzeitig Sprechstunden abhalten können.
- 129. Außenstelle von poliklinischen Einrichtungen**
Organisatorisch einer ambulanten Behandlungsstelle angeschlossene, jedoch räumlich getrennte Einrichtung.
- 130. Ambulatorium für Haut- und Geschlechtskrankheiten — selbständiges**
Staatliche Sonderbehandlungsstelle, der die vorbeugende, behandelnde und fürsorgliche Arbeit zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten obliegt.
- 131. Gemeindegesundheitsstation**
Eine der Abteilung Gesundheitswesen beim Rat des Kreises unterstehende Station der vom Kreis bzw. der Gemeinde angestellten Gemeindegewesener. Sie soll in räumlicher Verbindung zur Wohnung der Gemeindegewesener stehen und mindestens zwei Diensträume enthalten, die aus staatlichen Mitteln unterhalten werden.
- 132. Beratungsstelle für Geschwulstkranken**
Einrichtung, in der in enger organisatorischer Verbindung mit stationären und ambulanten Behandlungseinrichtungen vorbeugende Untersuchungen bei gesunden Personen durchgeführt werden und die Diagnose bei Verdachtsfällen geklärt wird. Hier werden die untersuchten Personen beraten und einer geeigneten Behandlung zugeführt.
- 133. Betreuung- (Hilfs-) Stellen für Geschwulstkranken**
Einrichtung des staatlichen Gesundheitswesens, der die fürsorgliche Tätigkeit zur Behandlung der Geschwulstkranken und die Lenkung vorbeugender Untersuchungen gesunder und geschwulstverdächtiger Personen obliegt. Außerdem ist es ihre Aufgabe, die auf Grund der Verordnung über die Meldung von Geschwulsterkrankungen vom 24. Juli 1952 eingehenden Meldungen zu sammeln und zu bearbeiten.
- 134. Tbc-Beratungshaupt- bzw. Tbc-Beratungsstellen**
Sonderberatungsstelle für Tbc-Kranke, der die fürsorgliche, die vorbeugende und behandelnde Tätigkeit obliegt.
In jedem Kreis gibt es nur eine Tbc-Beratungshauptstelle, in der die zusammenfassende Berichterstattung aller Tbc-Beratungsstellen des Kreises aufgestellt wird.

134. Tagesliegestühle für Tbc-Kranke Halbstationäre Einrichtung des Gesundheitswesens, die der Tbc-Beratungsstelle untersteht. Die Kranken übernachten in eigener Wohnung und kommen nur am Tage zu den angeordneten Liegezeiten zur Tagesliegestätte. Dort befinden sich auch Tuberkulose-Rekonvalensanten, die einer stationären Behandlung nicht mehr, jedoch noch einer ganztägigen Liegezeit bedürfen. Ferner befinden sich dort solche Kranke, die in Halbtagsbeschäftigung wieder einem Beruf nachgehen und bei denen eine ärztlich angeordnete Liegezeit durchgeführt wird.
135. Rettungsstelle Einrichtung des staatlichen Gesundheitswesens, die Tag und Nacht ärztlich besetzt ist. Der Arzt muß jederzeit, auch außerhalb der Einrichtung, Hilfe leisten.
136. Unfallhilfsstelle Einrichtung, die ständig mit mittlerem medizinischem bzw. Hebammenpersonal besetzt ist. Der Arzt muß jederzeit erreichbar sein.
137. Unfallmeldestelle Einrichtung, die Unfallmeldungen an Rettungsstellen und Krankenhäuser weitergibt. Sie hat keine ständige Besetzung mit Hebammenpersonal und ist nur mit Material für eine Erste-Hilfe-Leistung durch Laienpersonal ausgerüstet.
138. Schwangerschaftsheim Heim, in dem schwangere Frauen mit schwacher Gesundheit für die Dauer von vier Wochen Erholung finden. Einweisung erfolgt bis zum 7. Schwangerschaftsmonat.
139. Mütter- und Säuglingsheim Ärztlich überwachtes Heim, das der Aufnahme von schwangeren Frauen einige Wochen vor der Geburt dient, und in dem die Mütter bis sechs Wochen nach der Entbindung verbleiben können. Der Aufenthalt der Säuglinge in dem Heim kann mehr als sechs Wochen betragen. Es gibt derartige Heime mit Entbindungsmöglichkeiten und ohne Entbindungsmöglichkeiten.
140. Frühgeburtstation Einrichtung eines Krankenhauses mit mindestens fünf und mehr Betten für frühgeborene Kinder.
141. Kinderkrche (Tages- und Wochenbetreuung) Einrichtung für Kinder bis zum vollendeten 1. Lebensjahr. Sie übernimmt die pflegerische und erzieherische Betreuung der Kinder von tätigen Müttern während der Arbeitszeit sowie die Betreuung von Kindern, die aus wirtschaftlichen Gründen oder wegen Mangel an Wohnraum vorübergehend in der Familie während bestimmter Tageszeiten untergebracht sind.
142. Heide- und Säuglingskrche Einrichtung in ländlichen Gebieten zur Aufnahme von Säuglingen und Kleinkindern bis zum 1. Lebensjahr von weiblichen Hausfrauen, Hausarbeitenden und berufstätigen Frauen in der Landwirtschaft oder in der Industrie. Die Krche ist Bestandteil der Landwirtschaft oder der Industrie und steht unter der Aufsicht der Frühgeburtstation bis zum Abbruch der Krchebetriebszeit. Derzeitige der Saisonarbeiten in Betrieb.
143. Heidekrche für Säuglinge und Kleinkinder Ärztlich überwachte Einrichtung, in der gesunde Säuglinge und Kleinkinder bis zum vollendeten 1. Lebensjahr ständig untergebracht sind.
144. Frauenärztlich-Krankheitskrche Ärztlich kontrollierte Einrichtung, die dem ärztlichen Überwachungsausschuss der stillenden Frauen untersteht und auf ärztliche Überwachung der Stillzeit oder Stillzeit von Krankheiten abzielt. Diese Krche ist von einem Heidekrche nicht oder nicht ausschließlich getrennt. Diese Krche ist Gesundheitsüberwachungsstelle für die Stillzeit. Diese Krche darf nur aus einer oder mehreren Frauenärztinnen bestehen.
145. Heidekrche Ärztlich überwachte staatliche Einrichtung zur Überwachung der Stillzeit. Sie gibt auf ärztliche Überwachung der Stillzeit der Mütter ab und steht auf Wunsch und Anforderung der ärztlichen Krche der Stillzeit für Säuglinge in Krche und Heidekrche. Krche, in denen Stillzeitüberwachung nur für den Stillzeitüberwachungsbereich bereit wird, sollen nicht bestehen.
146. Heideüberwachungsstelle Einrichtung, in der Säuglinge und Kleinkinder bis zu 3 Jahren unter ärztlicher Aufsicht und ihre gesundheitliche Entwicklung überwacht wird.

- 147. Schwangerschaftsberatungsstelle** Einrichtung, in der ärztlich der Verlauf der Schwangerschaft überwacht und für eine Entbindung unter günstigen Voraussetzungen gesorgt wird.
- 148. Beratungsstelle für den Jugendgesundheitschutz** Einrichtung, in der die gesundheitliche Entwicklung aller 3- bis 18-jährigen Jugendlichen in Verbindung mit dem Jugendarzt, der Fürsorgerin und der Schule überwacht wird.
- 149. Körperbehinderten-Beratungsstelle** Einrichtung, deren Aufgabe es ist, Körperbehinderte und von Körperbehinderung Bedrohte gesundheitlich und sozial zu beraten.
- 150. Seuchehygiene-Institut** Einrichtung, die als Organ der Hygieneinspektion operativ in Ortshygiene und Seuchenbekämpfung tätig ist. Es bestehen drei Abteilungen für Hygiene und Epidemiologie, Bakteriologie und Serologie, sowie Lebensmittelchemie und Chemie mit den entsprechenden Laboratorien.
- 151. Hygienekontrollpunkt** Organ der Hygieneinspektion des Kreises, das bei der Seuchenbekämpfung, bei der Überwachung der Ortshygiene, der Lebensmittelhygiene und Schädlingsbekämpfung mitwirkt.
- 152. Betriebsgesundheitswesen** Medizinische Einrichtungen, die auf Grund der gesetzlichen Vorschriften und unter Anleitung des Staatlichen Gesundheitswesens von den Betrieben geschaffen werden. Von hier aus wird in erster Linie der Gesundheitsschutz der Werktätigen des Betriebes und gegebenenfalls darüber hinaus die medizinische Versorgung weiterer Bevölkerungskreise durchgeführt.
- 153. Betriebspoliklinik** Die zu einem Betrieb gehörende medizinische Einrichtung, der die arbeitsmedizinische und gesundheitsfürsorgliche Betreuung des Betriebes sowie therapeutische Tätigkeit obliegt. Es gibt folgende zwei Typen:
- a) **Betriebspoliklinik, Typ 1**
für Betriebe der Gruppe A mit 4000 bis 6000 Beschäftigten. Als Fachabteilungen müssen vorhanden sein:
- | | |
|--------------------------|----------------------------|
| Innere Abteilung | Röntgenabteilung |
| Chirurgische Abteilung | Medizinisches Laboratorium |
| Gynäkologische Abteilung | Elektro- und Hydrotherapie |
| Zahnärztliche Abteilung | |
- b) **Betriebspoliklinik, Typ 2**
für Betriebe der Gruppe A mit über 6000 Beschäftigten.
Es sind folgende Fachabteilungen erforderlich:
- | | |
|----------------------------------|----------------------------|
| Innere Abteilung | Chefarzt |
| Chirurgische Abteilung | Röntgendiagnostik |
| Gynäkologische Abteilung | Medizinisches Laboratorium |
| Dermatologische Abteilung | Elektrotherapie |
| Hals-, Nasen- und Ohrenabteilung | Hydrotherapie |
| Augenärztliche Abteilung | Zweigapotheke |
| Zahnärztliche Abteilung | |
- Betriebe der Gruppe A sind laut 1. DB zur VO über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften vom 15. März 1954 Betriebe der Industrie, Landwirtschaft und des Verkehrs.
- 154. Betriebsambulatorium** Medizinische Einrichtung in Betrieben, die den Mindestanforderungen, die an eine Betriebspoliklinik zu stellen sind, nicht entsprechen. Es gibt folgende zwei Typen:
- a) **Betriebsambulatorium, Typ 1:** Für Betriebe der Gruppe A mit 2000 bis 3000 Beschäftigten und der Gruppe B mit über 3000 Beschäftigten
Erforderliche Räume:
Räume für medizinische Behandlung
Sanitäre Räume
- b) **Betriebsambulatorium, Typ 2:** Ist vorgesehen für Betriebe der Gruppe A mit 3000 bis 4000 Beschäftigten. Erforderliche Fachabteilungen:
- | | |
|-------------------------|----------------------------|
| Innere Abteilung | Medizinisches Laboratorium |
| Chirurgische Abteilung | Elektro- und Hydrotherapie |
| Zahnärztliche Abteilung | |
- Betriebe der Gruppe A sind laut 1. DB zur VO über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der

- Rechte der Gewerkschaften vom 15. März 1954 Betriebe der Industrie, Landwirtschaft und des Verkehrs.
Betriebe der Gruppe B sind alle übrigen Betriebe, Verwaltungen sowie Schulen und Hochschulen.
- 153. Arztsanitätsstelle**
Einrichtung des Betriebsgesundheitschutzes, in der auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen ein Betriebsarzt tätig ist.
Sie enthält mindestens:
1 Warteraum
1 Sprech- und Untersuchungszimmer
1 Behandlungszimmer
- 154. Schwesternsanitätsstelle**
Medizinische Einrichtung in Betrieben, die raum- und ausstattungs-mäßig die erste Versorgung Unfallverletzter und Kranker und die Durchführung von ärztlich angeordneten Behandlungsmaßnahmen gewährleistet.
Sie muß umfassen:
1 Warteraum
1 Behandlungsraum
- 155. Sanitätsstation auf dem Lande**
Sanitätsstelle in den MTS oder VEG, die raum- und ausstattungs-mäßig die erste Versorgung Unfallverletzter und Kranker und die Durchführung von ärztlich angeordneten Behandlungsmaßnahmen gewährleistet. Sie muß ihrer Lage nach geeignet sein, die ländliche Bevölkerung medizinisch zu betreuen. Zu festgesetzten Zeiten muß außer der Schwester auch ein Arzt Sprechstunde halten können. Ferner müssen die räumlichen und technischen Voraussetzungen vorhanden sein, um zeitweise im Jahr eine transportable zahnärztliche Einrichtung sowie ein transportables Schirm-bildgerät durch die Abteilung Gesundheitswesen aufstellen zu lassen.
- 156. Gesundheitsstelle**
Medizinische Einrichtung in Betrieben mit mindestens 50 Beschäftigten, die keine Sanitätsstellen besitzen. Sie besteht aus einem verschließbaren heizbaren Raum, der ausschließlich für Zwecke der ersten Hilfeleistung durch DRK-Gesundheitshelfer verwendet wird.
- 157. Nachtsanatorium**
Halbstationäre Einrichtung unter ärztlicher Leitung. In ihr werden Werk-tätige nach ärztlicher Auswahl aufgenommen und nach der Arbeitszeit ärztlich und pflegerisch betreut, ohne daß die Betroffenen in ihrer beruflichen Arbeit eine Einschränkung erfahren. Die Betten in den Nachtsanatorien werden statistisch nicht unter Krankenhaus- oder Sana-toriumsbetten gezählt.
- 158. Sozialfürsorge, Sozialversicherung.**
Betriebliches Sozialwesen
- 159. Sozialfürsorge**
Die Sozialfürsorge wird durch die Organe des Staates ausgeübt.
Sie umfaßt:
die Allgemeine Sozialfürsorge,
die Fürsorge in den Ferialabend- und Pflegeheimen,
die soziale Betreuung der Schwerbeschädigten,
die soziale Betreuung der VdN.
Die Allgemeine Sozialfürsorge („Sozialfürsorgeunterstützung“) erstreckt sich auf hilfbedürftige Personen, die den notwendigen Lebensunterhalt für sich und ihre hilfbedürftigen unterhaltberechtigten Angehörigen nicht verdienen können, über kein verwertbares Vermögen verfügen und keine ausreichenden Mittel von anderer Seite erhalten oder erhalten können.
Sie besteht in Barleistungen und sonstigen Unterstützungen des Staates für Hilfbedürftige sowie in Maßnahmen zur Beseitigung der Hilfs-bedürftigkeit.
Die Sozialfürsorge übernimmt die Versorgung und Betreuung der arbeits-unfähigen körperbehinderten und pflegebedürftigen Personen im Alter von über 18 Jahren in Ferialabend- und Pflegeheimen sowie ohne diese Altersbegrenzung in Schwerstbeschädigtenheimen, sofern sie nicht mehr eine Grund- oder Sonderschule besuchen.
- 160. Ferialabendheim**
Soziale Einrichtung für die Versorgung und Betreuung von Frauen und Männern im Alter von über 60 bzw. 65 Jahren. Es werden vorwiegend solche Personen untergebracht, die infolge ihres Alters und ihres körper-lichen Zustandes nicht mehr in der Lage sind, einen eigenen Haushalt zu führen, diesen auch nicht unterhalten können und keine Angehörigen für ihre Betreuung haben.

103. Pflegeheim	<p>Soziale Einrichtung für die Versorgung und Betreuung der Personen, die</p> <p>a) einer dauernden pflegerischen Betreuung, aber keiner ständigen ärztlichen Behandlung bedürfen;</p> <p>b) psychisch oder geistig behindert sind, aber keiner psychiatrischen Behandlung und Überwachung bedürfen, nach Vollendung des 18. Lebensjahres;</p> <p>c) mit voraussichtlich unheilbaren Körperschäden Schwerkranken gleichen und dauernd fest bettlägerig sind, bei denen aber eine ständige ärztliche Behandlung nicht erforderlich ist (Schwerpflegefälle).</p>
102. Schwerbeschädigtenheim	<p>Soziale Einrichtung für die Versorgung und Betreuung von Personen, die einen so schweren Körperschaden haben, daß sie nicht außerhalb eines Heimes versorgt werden können, soweit sie nicht mehr eine Grund- oder Sonderschule besuchen.</p> <p>Hierzu gehören auch Blindenanstalten mit Ausbildungs- und Umschulungs-Werkstätten, in denen Blinde und stark Sehbehinderte beruflich ausgebildet und umgeschult werden.</p>
104. Heim für Soziale Betreuung	<p>Staatliche Einrichtung, in die Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, durch ein gerichtliches Urteil eingewiesen werden. Die Heimbewohner werden in diesen Einrichtungen durch produktive Arbeit, soziale und kulturelle Betreuung sowie durch Heranführen an die gesellschaftlichen Probleme in der Deutschen Demokratischen Republik zu selbständig denkenden und verantwortungsbewußt handelnden Staatsbürgern erzogen.</p>
105. Sozialversicherung	<p>Pflichtversicherung der Arbeiter und Angestellten. Steht unter der Leitung und Kontrolle der Gewerkschaften. Die Beteiligung der Arbeiter und Angestellten bei der Verwaltung erfolgt außerdem durch die Räte und Bevollmächtigten für Sozialversicherung.</p> <p>Die Sozialversicherung dient der gesundheitlichen Betreuung der Arbeiter und Angestellten und ihrer Familienangehörigen. Sie gewährt soziale Sicherheit durch Sach- und Barleistungen bei Mutterschaft, Krankheit, Betriebsunfall, Invalidität, Alter und im Sterbefall.</p> <p>In die Sozialversicherung einbezogen sind auch die Mitglieder der sozialistischen Produktionsgenossenschaften.</p>
106. Heilkur	<p>Kur unter ständiger ärztlicher Überwachung bei Verwendung natürlicher Heilmittel bzw. physikalisch-diätischer Therapie. Sie dient zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit bzw. zur Verhinderung vorzeitiger Invalidität.</p>
107. Genesungskur	<p>Kur unter zeitweiliger ärztlicher Überwachung. Die wichtigsten Heilfaktoren sind Klima- und Milieuwechsel, diätische Maßnahmen und begrenzte physikalische Therapie. Sie wird gewährt für Rekonvaleszenten bzw. nach Krankenhausaufenthalt.</p>
108. Erholungskur	<p>Kur, die nicht unter ärztlicher Überwachung steht. Heilfaktoren sind lediglich Ruhe, Klima- und Milieuwechsel. Sie dient zur Vorbeugung von Krankheiten und zur allgemeinen Kräftigung des Gesundheitszustandes.</p>
109. Betriebliches Sozialwesen	<p>Es umfaßt die in den Betrieben geschaffenen mannigfaltigen Einrichtungen und Erleichterungen für die Werktätigen, z. B.</p> <ul style="list-style-type: none"> Werkküchen (Werkessen), Speiseräume, Betriebsverkaufsstellen des Konsums und der HO, Werkfursorgenerinnen, Betriebsberholungsheime <p>Darüber hinaus aber insbesondere die Einrichtungen, die der Fürsorge und Entlastung der berufstätigen Frauen dienen, wie:</p> <ul style="list-style-type: none"> Frauenruheräume, Betriebswaschereien Nah- und Flickstuben

31

A 7 Finanzen

1. Gesamtkosten

Sie setzen sich in der sozialistischen Gesellschaft aus dem Wert der verbrauchten Produktionsmittel und aus dem Wert der Produktion, der durch die Arbeit für sich geschaffen worden ist, zusammen.

In der Praxis sind als Gesamtkosten sämtliche Kosten der Kostenklasse des Kontenrahmens zusammenzufassen.

Industrie: } Kosten zur Aufrechterhaltung des Produktions-
Bauindustrie: } prozesses und Geldausgaben für die Zwecke der Ver-
Landwirtschaft: } waltung der Produktionsbetriebe.

Verkehr: } Kosten für die Durchführung der Verkehrsleistungen
und Geldausgaben für Zwecke der Verwaltung der
Verkehrsbetriebe.

Handel: } Kosten für die Realisierung von Erzeugnissen und
Geldausgaben für die Zwecke der Verwaltung der
Handelsbetriebe.

2. Organische Zusammensetzung der Kosten

Zusammensetzung der Kosten nach den einzelnen Kostenelementen (z. B. Löhne, Abschreibungen und Material). Dabei interessiert vor allem der Anteil der einzelnen Kostenelemente an den Gesamtselbstkosten.

2. Kostenmaße

a) Industrie:

Selbstkosten der Warenproduktion

Wert der Warenproduktion zu Werkabgabepreisen

b) Landwirtschaft (VEG und Staatliche Forstwirtschaftsbetriebe):

Kosten der Produktion

Erträge der Produktion bzw. des Umsatzes

c) Handel:

Gesamtkosten

Handelsertrag

d) Verkehr:

Gesamtkosten

Leistungen

4. Index der Selbstkostensenkung

Meßzahl, die die Entwicklung der Selbstkosten zum Ausdruck bringt. Dabei werden die Selbstkosten der vergleichbaren Warenproduktion des Berichtszeitraumes zu derjenigen Selbstkostensumme in Beziehung gesetzt, die für dieselbe Produktion entstanden wäre, wenn für die Erzeugniseinheit noch die Kosten des Basiszeitraumes hätten aufgewendet werden müssen.

5. Unveränderliche Planpreise

An Stelle der bis 1953 gültigen Meßwerte zur Bewertung der industriellen Bruttoproduktion festgelegte Planpreise, die während der Periode des 2. Fünfjahresplanes auch bei Einführung neuer Industrie- oder Herstellerabgabepreise nicht verändert werden dürfen.

Sie bestehen aus

a) den bis zum 1. Juli 1953 verbindlich erklärten Festpreisen

b) für bestimmte Erzeugnisse besonders festgelegten einheitlichen Planpreisen

c) für die übrigen Erzeugnisse aus den Betriebsabgabepreisen (Industrieabgabepreis bzw. Herstellerabgabepreis) vom 1. Januar 1953.

Sämtliche neuen unveränderlichen Planpreise werden gerechnet ohne Produktionsabgabe bzw. ohne Verbrauchssteuern, Verbrauchsabgaben, Umsatzsteuer und Gewerbesteuer (GBl. I/1953, Nr. 60).

6. Industrieabgabepreis (VE-Betrieb)

Der jeweils zum Zeitpunkt der Beendigung der Produktion gültige Abgabepreis für Erzeugnisse der volkseigenen Produktionsbetriebe, d. h. Betriebspreis zuzüglich Produktionsabgabe und evtl. neben der Produktionsabgabe zu zahlender Verbrauchsabgabe.

Die Produktionsabgabe (einschl. der evtl. Verbrauchsabgabe) stellt den überwiegenden Teil des zentralisierten Reineinkommens des Staates dar.

7. Betriebspreis (VE-Betrieb)

Bisher bezeichnet als Werkabgabepreis. Entspricht den planmäßig festgelegten Selbstkosten des volkseigenen Produktionsbetriebes einschl. des Reineinkommens des Betriebes.

Produktionsabgaben und evtl. Verbrauchsabgaben sind nicht Bestandteile des Betriebspreises.

8. Herstellerabgabepreis (privater und genossenschaftlicher Betrieb)

Der jeweils zum Zeitpunkt der Beendigung der Produktion gültige Abgabepreis für Erzeugnisse privater oder genossenschaftlicher Produktionsbetriebe, d. h. Herstellerpreis zuzüglich Verbrauchsabgabe, die den überwiegenden Teil des zentralisierten Reineinkommens des Staates darstellt.

9. Herstellerpreis (privater und genossenschaftlicher Betrieb)

Bisher bezeichnet als Werkabgabepreis. Entspricht den Selbstkosten einschl. des Gewinnes des Betriebes und eines Teils des zentralisierten Reineinkommens des Staates in Form der Umsatz-, Gewerbe-, Verkehrs- und Gewinnsteuern (Einkommens- oder Körperschaftsteuer). Verbrauchsabgaben sind nicht Bestandteile des Herstellerpreises.

Zur Bewertung der Warenproduktion in der Industrieberichterstattung sind vom Herstellerpreis auch die Umsatz- und Gewerbesteuern abzusetzen, um gegenüber dem Betriebspreis für Erzeugnisse der volkseigenen Industrie eine vergleichbare Größe zu erhalten.

10. Masshandelspreisindex

Maßzahl, die die Entwicklung des durchschnittlichen Preisniveaus aller der Bevölkerung zum Verbrauch zur Verfügung stehenden Waren, bezogen auf ein Basisjahr (mittels einer repräsentativen Auswahl) darstellt.

11. Nettogewinnabführung

Der zur Umverteilung an den Staatshaushalt abzuführende Teil des aus dem Betriebsergebnis stammenden Gewinnes.

12. Betriebsergebnisse

Rentabilität des Betriebes bedeutet, daß die Mittel, die der Betrieb durch die Realisierung seiner Produktion erzielt, die Selbstkosten decken und darüber hinaus einen Gewinn gewährleisten. Die Rentabilität charakterisiert den wirtschaftlichen Nutzeffekt der Arbeit des Betriebes während einer bestimmten Zeitspanne.

a) Industrie:

$$\frac{\text{Ergebnis aus Absatz}}{\text{Selbstkosten der abgesetzten Leistungen}}$$

b) Landwirtschaft, Handel und Verkehr:

$$\frac{\text{Ergebnis aus Absatz}}{\text{Gesamtkosten}}$$

13. Umlaufmittel

Setzen sich aus den Produktionsumlaufmitteln und den Zirkulationsfonds der Betriebe zusammen.

Zu den Produktionsumlaufmitteln gehören Rohstoffe, Material, Brennstoffe, Halbfabrikate und andere Arbeitsgegenstände.

Zu den Zirkulationsfonds gehören die Mittel, die sich in der Sphäre der Zirkulation befinden (Fertigerzeugnisse, Forderungen).

14. Nutzeffekt der Umlaufmittel

Er zeigt an, wieviel Umlaufmittel der Betrieb für jede DM abgesetzte Produktion benötigt:

$$\frac{\text{Durchschnittlicher Bestand an Umlaufmitteln}}{\text{Selbstkosten der Warenproduktion des Planjahres}}$$

15. Verschleißkoeffizient

Er gibt Aufschluß, wie weit die Grundmittel bereits wertmäßig abgenutzt sind, und wird durch folgende Relation gebildet:

$$\frac{\text{Gesamte bisherige Abschreibungen}}{\text{Bruttowert der Grundmittel}}$$

A 8 Bevölkerung

- | | |
|--|--|
| 1. Bevölkerung | Gesamtheit der Personen, die in einem bestimmten Gebiet wohnen. |
| 2. Bevölkerungsstand | Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung an einem bestimmten Stichtag. |
| 3. Bevölkerungsbewegung | Veränderung des Bevölkerungsstandes in quantitativer Beziehung durch Geburten, Sterbefälle, Zuzug und Wegzug sowie in qualitativer Beziehung durch Eheschließungen und Ehescheidungen. |
| 4. Natürliche Bevölkerungsbewegung | Veränderung des Bevölkerungsstandes durch Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen und Ehescheidungen. |
| 5. Räumliche Bevölkerungsbewegung (Wanderung) | Veränderung des Bevölkerungsstandes durch Zuzug und Wegzug. |
| 6. Bevölkerungszu- bzw. -abnahme | Zunahme bzw. Abnahme der Bevölkerungszahl in einem bestimmten Zeitabschnitt bei Berücksichtigung aller Faktoren der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegung. Diese absoluten Zahlen werden bezogen auf 1000 der mittleren Bevölkerung des Berichtszeitraumes und umgerechnet auf ein Jahr. |
| 7. Geburten- bzw. Sterbefallüberschuß | Überschuß der Zahl der Lebendgeborenen über d. Zahl d. Gestorbenen (+) bzw. der Zahl der Gestorbenen über die Zahl der Lebendgeborenen (-). Diese absoluten Zahlen werden bezogen auf 1000 der mittleren Bevölkerung des Berichtszeitraumes und umgerechnet auf ein Jahr. |
| 8. Wanderungsgewinn bzw. -verlust | Überschuß der Zahl der Zuzüge über die Zahl der Wegzüge bzw. der Zahl der Wegzüge über die Zahl der Zuzüge. Diese absoluten Zahlen werden bezogen auf 1000 der mittleren Bevölkerung des Berichtszeitraumes und umgerechnet auf ein Jahr. |
| 9. Volkszählung | Bestandsaufnahme der Bevölkerung an einem bestimmten Stichtag nach verschiedenen Merkmalen. |
| 10. Haushaltung | <p>a) Familienhaushaltung:
Die zu einer Wohngemeinschaft (eigene Wohnung oder Untermiete) und einer hauswirtschaftlichen Gemeinschaft vereinigten Personen.</p> <p>b) Einzelhaushaltung:
Person, die eigenen Wohnraum (Wohnung oder Untermiete) besitzt und eigene Hauswirtschaft führt.</p> <p>c) Anstaltsaushaltung:
Personengesamtheiten, die unter besonderer Oberleitung eine vorübergehende oder dauernde Wohn- und Verpflegungsgemeinschaft bilden.</p> |
| 11. Wohnbevölkerung | Zahl der Personen, die an einem bestimmten Ort ihren ständigen Wohnsitz haben. |
| 12. Ortsanwesende Bevölkerung | Am Stichtag einer Volkszählung am Zählungsort anwesende Bevölkerung. |
| 13. Fortschreibung der Bevölkerung | Ist die Errechnung der Bevölkerungszahl eines Gebietes (Gemeinde, Kreis, Land usw.) für bestimmte Stichtage, unter laufender Berücksichtigung der durch Geburten, Sterbefälle und Wanderungen eingetretenen Veränderungen der Bevölkerungszahl seit der letzten Volkszählung. |
| 14. Bevölkerungsvorausberechnung | Berechnung des Altersaufbaues der Bevölkerung künftiger Jahre auf Grund einer Schätzung der künftigen Entwicklung der Fruchtbarkeit und Sterblichkeit der betreffenden Bevölkerung, ausgehend von den Verhältnissen der letzten Jahre. |
| 15. Mittlere Bevölkerung | Durchschnittliche Bevölkerungszahl für einen bestimmten Zeitraum (z. B. Monat, Quartal, Jahr), berechnet als arithmetisches Mittel aus Anfangs- und Endbestand oder aus dem Durchschnitt der mittleren Monats- bzw. Quartalsergebnisse. |

16. Bevölkerungsdichte	Zahl der Einwohner eines bestimmten Gebietes auf 1 qkm seiner Katasterfläche bezogen.
17. Umzug	Wechsel des Wohnsitzes innerhalb derselben Gemeinde.
18. Zuzug	Verlegung des Wohnsitzes in eine Gemeinde.
19. Wegzug	Verlegung des Wohnsitzes aus einer Gemeinde.
20. Binnenwanderung	Ab- und Zuwanderung von und nach Gemeinden innerhalb eines bestimmten Staates.
21. Aus- und Einwanderung	Wanderung von einem Staat zum anderen (für die Deutsche Demokratische Republik einschließlich demokratischen Sektor von Groß-Berlin während der Dauer der Spaltung Deutschlands auch die Zu- und Abwanderung von und nach Westdeutschland und Westberlin).
22. Pendelwanderung	Der meist tägliche Wechsel zwischen Wohnsitz und Arbeitsstätte, die in verschiedenen politischen Gemeinden liegen.
23. Wanderungsdiffer	a) Zahl der Zuzüge, bezogen auf 1000 der mittleren Bevölkerung des Berichtszeitraumes und umgerechnet auf ein Jahr. b) Zahl der Wegzüge, bezogen auf 1000 der mittleren Bevölkerung des Berichtszeitraumes und umgerechnet auf ein Jahr.
24. Säuglinge oder Kleinkinder	Kinder im Alter von unter einem Jahr.
25. Kleinkinder	Kinder im Alter von 1 bis unter 3 Jahren.
26. Kinder im verschoolpflichtigen Alter	Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren.
27. Kinder im grundschulpflichtigen Alter	Kinder im Alter von 6 bis unter 15 Jahren.
28. Personen im arbeitsfähigen Alter	Männliche Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren und weibliche Personen im Alter von 15 bis unter 60 Jahren.
29. Personen im Rentenalter	Männer im Alter von 65 Jahren und darüber sowie Frauen im Alter von 60 Jahren und darüber.
30. Personen im wahlberechtigten Alter	Personen im Alter von 18 Jahren und darüber.
31. Alterspyramide bzw. Lebensbaum	Graphische Darstellung des Alteraufbaus der Bevölkerung eines Gebietes zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Form eines Säulendiagramms, das je nach Alterszusammensetzung die Form einer Pyramide, eines Baumes, einer Glocke, Zwiebel oder einer Urne annehmen kann. Auf einer senkrechten Mittelachse werden die Alters- bzw. Geburtsjahrgänge aufgetragen, wobei der jüngste Jahrgang die Basis bildet. Für die Besetzung jedes einzelnen Alters- bzw. Geburtsjahrganges wird in der Waagerechten nach links die Zahl der darin enthaltenen männlichen, nach rechts die Zahl der weiblichen Personen eingezeichnet.
32. Geschlechterverhältnis	Zahl der weiblichen Personen, bezogen auf 1000 männliche Personen.
33. Geburt	Vorgang der Geburt an sich ohne Berücksichtigung der Zahl der im jeweiligen Falle lebend oder tot geborenen Kinder. Darüber hinaus unterscheidet man Lebend- und Totgeburten.
34. Geborene	Lebend oder tot zur Welt gebrachte Kinder.
35. Frühgeburt	Jedes Kind, das bei der Geburt 2500 g und weniger wiegt.
36. Reifgeburt	Jedes Kind, das bei der Geburt mehr als 2500 g wiegt.

37. Geburtenfolge	Besagt, das wievielte Kind einer Mutter geboren wurde (möglich mit oder ohne Einbeziehung totgeborener Kinder).
38. Geburtenziffer	Zahl der Lebendgeborenen, bezogen auf 1000 der mittleren Bevölkerung des Berichtszeitraumes und umgerechnet auf ein Jahr.
39. Totgeburtensziffer	Zahl der Totgeborenen, bezogen auf 1000 der mittleren Bevölkerung und umgerechnet auf ein Jahr oder auf 100 Lebendgeborene des Berichtszeitraumes (Monat, Quartal, Jahr).
40. Sexualproportion	Zahl der neugeborenen Knaben, auf 100 neugeborene Mädchen, berechnet für Lebend-, Tot- oder Gesamtgeborene.
41. Eheschließungsziffer oder Heiratsziffer	Zahl der Eheschließungen, bezogen auf 1000 der mittleren Bevölkerung des Berichtszeitraumes und umgerechnet auf ein Jahr.
42. Ehescheidungsziffer	Zahl der Ehescheidungen, bezogen auf 1000 der mittleren Bevölkerung des Berichtszeitraumes und umgerechnet auf ein Jahr oder auf 1000 durchschnittlich bestehende Ehen des Berichtszeitraumes und umgerechnet auf ein Jahr.
43. Eheiche Geburtenfolge	Besagt, das wievielte Kind einer Ehe einschließlich der totgeborenen und legitimierten Kinder geboren wurde.
44. Allgemeine Fruchtbarkeitsziffer	Zahl der Geborenen insgesamt, bezogen auf 1000 Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis unter 45 Jahre) zu Beginn des Berichtsjahres.
45. Spezielle Fruchtbarkeitsziffer	Zahl der in einem bestimmten Altersjahrgang der Mütter Geborenen, bezogen auf den Bestand an Frauen dieses Altersjahrganges zu Beginn des Berichtsjahres.
46. Bruttoreproduktionsziffer oder rohe Reproduktionsziffer	Gibt an, wieviel lebendgeborene Mädchen von 1000 Frauen während der Dauer ihrer Gebärfähigkeit (15 bis unter 45 Jahre) geboren werden, ohne ihre Sterblichkeit in diesem Zeitraum zu berücksichtigen.
47. Nettoreproduktionsziffer oder reine Reproduktionsziffer	Gibt an, wieviel lebendgeborene Mädchen von 1000 Frauen während der Dauer ihrer Gebärfähigkeit geboren werden, wobei die weibliche Sterblichkeit von 0 bis unter 45 Jahren berücksichtigt wird.
48. Sterbeziffer (Sterblichkeitsziffer)	Zahl der Sterbefälle, bezogen auf 1000 der mittleren Bevölkerung des Berichtszeitraumes und umgerechnet auf ein Jahr.
49. Besondere Sterbeziffer nach Altersstufen	Zahl der Gestorbenen eines Jahres, bezogen auf 1000 Personen des mittleren Bestandes der gleichen Altersstufe und des gleichen Geschlechtes.
50. Säuglingssterbeziffer	Zahl der gestorbenen Säuglinge, bezogen auf 100 des mittleren Bestandes an Säuglingen des Berichtszeitraumes, umgerechnet auf ein Jahr.
51. Säuglingssterblichkeit	Zahl der Sterbefälle an Säuglingen, bezogen auf 100 Lebendgeborene. Es werden verschiedene Berechnungsmethoden angewandt. Bei der sogenannten „rohen“ Säuglingssterblichkeit wird die Masse der gestorbenen Säuglinge bezogen auf die Masse der Lebendgeborenen im gleichen Berichtszeitraum. Bei verfeinerten Verfahren (unter anderem Stillgehalt, Rasse) wird die Masse der gestorbenen Säuglinge auf die Masse der Lebendgeborenen, aus der sie zeitlich stammt, bezogen, d. h. die Geburtenentwicklung wird berücksichtigt.
52. Morbiditätsziffer	Zahl der Erkrankungen, bezogen auf 10000 der mittleren Bevölkerung des Berichtszeitraumes und umgerechnet auf ein Jahr.
53. Letalitätsziffer	Zahl der Sterbefälle, bezogen auf 100 Erkrankungen.
54. Sterbeziffer der Todesursachen	Spezielle Sterbeziffer für jede einzelne Todesursache, bezogen auf 10000 der mittleren Bevölkerung des Berichtszeitraumes und umgerechnet auf ein Jahr.

55. Sterbetafel	Eine aus den errechneten Sterbens- und Erlebenswahrscheinlichkeiten einer oder mehrerer Jahre aufgestellte Übersicht, die für alle Altersjahre nach dem Geschlecht neben den Sterbewahrscheinlichkeiten die Überlebenden und die Gestorbenen einer Absterbeordnung, die von den Überlebenden noch zu durchlebenden Jahre sowie die mittlere Lebenserwartung enthält.
56. Absterbeordnung	Eine mittels der Sterbewahrscheinlichkeiten einer Sterbetafel berechnete Tabelle, die angibt, wieviel von 100 000 gleichzeitig Geborenen die einzelnen Altersjahre erreichen.
57. Sterbewahrscheinlichkeit	Wahrscheinlichkeit für einen x-jährigen, im Laufe des nächsten Altersjahres zu sterben. Die Kennziffer wird ermittelt als Quotient aus der Zahl der in einem Alter von x Jahren Gestorbenen zur Zahl der in das x-te Jahr eintretenden Personen.
58. Erlebenswahrscheinlichkeit	Wahrscheinlichkeit für einen x-jährigen, ein Jahr älter zu werden. Die Kennziffer wird ermittelt als Quotient aus der Zahl der in das (x + 1) Lebensjahr eintretenden Personen zur Zahl der in das x-te Lebensjahr eingetretenen Personen.
59. Wahrscheinliche Lebensdauer	Alter, bei dem nach einer vorliegenden Absterbeordnung nur noch die Hälfte aller gleichzeitig Geborenen lebt.
60. Mittlere Lebenserwartung	Zahl der Jahre, die die Personen eines bestimmten Altersjahres gemäß einer Absterbeordnung im Durchschnitt noch erleben. Sie ergibt sich aus der Zahl der von den Überlebenden noch zu durchlebenden Jahre, dividiert durch die Zahl der Überlebenden dieses Altersjahres.
61. Stationäre (stillstehende) Bevölkerung	Ein mittels der Absterbeordnung einer Sterbetafel berechneter Altersaufbau einer abstrakten (ideellen) Bevölkerung, bei der Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit gleich sind.
62. Bereinigte Sterbeziffer	Sterbeziffer der stationären (stillstehenden) Bevölkerung 1000 dividiert durch die mittlere Lebenserwartung der Neugeborenen.
63. Standardbevölkerung	Abstrakte (ideelle) Bevölkerung, die einen als Norm betrachteten Altersaufbau aufweist.
64. Standardisierte Sterbeziffer	Sterbeziffer einer Standardbevölkerung, die die gleiche Sterblichkeit wie eine reale zu untersuchende Bevölkerung besitzt.
65. Erwartete Sterbeziffer	Sterbeziffer einer abstrakten (ideellen) Bevölkerung, die den gleichen Altersaufbau wie eine reale zu untersuchende Bevölkerung, aber die Sterblichkeit einer Standardbevölkerung besitzt.
66. Stabile Bevölkerung	Eine mittels der Sterbewahrscheinlichkeiten und der Fruchtbarkeitsziffern eines bestimmten Jahres errechnete Alterszusammensetzung, zu der sich die stationäre Bevölkerung der entsprechenden Sterbetafel entwickelt.

A 9 Lebensstandard**1. Lebensstandard**

Der Lebensstandard kennzeichnet den Umfang der Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft.

Der Lebensstandard ist abhängig von den Produktionsverhältnissen der jeweiligen Gesellschaftsordnung. Er ist umfassender als der Reallohn, denn er bezieht außer diesem noch solche wesentlichen Faktoren, wie Länge des Arbeitstages, die Arbeitsintensität, den Arbeits- und Gesundheitsschutz, die Leistungen der Kranken- und Sozialversicherung, die Erholungsmöglichkeiten, die Wohnverhältnisse, die Schul- und Bildungsverhältnisse, die Möglichkeiten der sportlichen und kulturellen Betätigung, die Größe des persönlichen Eigentums, den Einfluß imperialistischer Kriege und Krisen ein.

Auf Grund der Vielzahl von Faktoren, die den Lebensstandard bestimmen, ist es kaum möglich, ihn statistisch in einer Größe auszudrücken. Es können nur eine Reihe von Faktoren zahlenmäßig charakterisiert und miteinander verbunden werden.

2. Einnahmen (Geldbilanz)

Alle Geldeinnahmen der Bevölkerung, ohne Berücksichtigung etwa bei der Auszahlung sofort vorgenommener Abzüge (z. B. Lohnsteuer, SV-Beiträge).

3. Kaufkraft der Bevölkerung

Diejenige Geldmenge, die die Bevölkerung in einem bestimmten Zeitschnitt zum Kauf von Gebrauchswerten zur Verfügung hat. Sie ergibt sich aus der Summe der Geldeinnahmen der Bevölkerung, vermindert um die bezahlten Dienstleistungen, die Abgaben an den Staatshaushalt und an sonstige Institutionen (siehe auch „Kauffonds“ B 5).

4. Lebenshaltungskosten

Geldaufwendungen für den Lebensunterhalt, die sowohl die Kosten für die Konsumgüter als auch die Ausgaben für Dienstleistungen umfassen.

5. Index der Lebenshaltungskosten

Meßzahlen, die die Kostenhöhe eines bestimmten Umfanges an Waren und Dienstleistungen, zur Bestreitung des Lebensunterhalts für bestimmte sozial-ökonomische Kategorien der Bevölkerung, bezogen auf ein Basisjahr, darstellen.

6. Mengenschema (Lebenshaltungskostenindex)

Auswahl von Waren zur Berechnung von Lebenshaltungskostenindices, die dem tatsächlichen Verbrauch einer bestimmten sozial-ökonomischen Kategorie entspricht.

7. Dienstleistungsindex

Meßzahlen, die die Entwicklung der Preise, bezogen auf ein Basisjahr für die wichtigsten Dienstleistungen, die von der Bevölkerung in Anspruch genommen werden, darstellen.

8. Reallohnindex

Index aus Nominallohn- und Preisentwicklung für eine bestimmte sozial-ökonomische Kategorie der Bevölkerung.

Nettolohnindex**Lebenshaltungskostenindex**

Dieser Reallohnindex ist nicht umfassend, da er die erheblichen Aufwendungen des sozialistischen Staates für Bildung, Erholung, Sport usw. nur zum Bruchteil berücksichtigt.

9. Verbrauchsstruktur

Repräsentative Warenauswahl, die den Umfang und die Struktur des Verbrauchs von Waren durch die gesamte Bevölkerung darstellt.

10. Pro-Kopf-Verbrauch

Der „Pro-Kopf-Verbrauch“ zeigt für die Gesamtbevölkerung bzw. einzelne sozial-ökonomische Gruppen den Durchschnittsverbrauch von Konsumgütern an. Der Durchschnittsverbrauch spiegelt das Verbrauchsniveau wider. Er ist bei laufender Ermittlung die Grundlage für internationale Vergleiche, wobei er gleichzeitig Strukturwandlungen in der Bedarfsdeckung erkennen läßt.

Zum „Verbrauch“ der Gesamtbevölkerung werden folgende Mengen gerechnet:

Des Planes der Warenbereitstellung für den Einzelhandel,
des Planes der Großverbraucher,

der Kontingenträger, soweit sie Bevölkerungsbedarf realisieren,
des Verkaufs auf Bauernmärkten (vgl. jedoch B 5 Nr. 88),
Handelsreserve B,
Industrieverarbeitung,
Landwirtschaftlicher Eigenverbrauch (Selbstversorger)

Der Quotient aus diesem zusammengesetzten Verbrauch und der Gesamtbevölkerungszahl ergibt den „Pro-Kopf-Verbrauch“. Etwaige Bestandsveränderungen sind hierbei selbstverständlich zu berücksichtigen

11. Kostenvolumen

Darstellung der entsprechend dem Verbrauch einer bestimmten sozial-ökonomischen Kategorie der Bevölkerung entstehenden absoluten Kosten für eine bestimmte Auswahl von Waren.

12. Vollpersonenrechnung

Methodische Verfeinerung der Berechnung des Familien- bzw. Pro-Kopf-Verbrauchs auf repräsentativer Grundlage, indem neben dem Wechsel der Größe der Bevölkerung die sich ständig ändernde Alterszusammensetzung berücksichtigt wird, und zwar im Hinblick darauf, daß der menschliche Verbrauch je nach Alter verschieden groß ist. Bei der Umrechnung auf Vollpersonen werden zwei Hauptausgabegruppen unterschieden

Gruppe I

Nahrungsmittel, Bekleidung, Körper- und Gesundheitspflege

Alter	Vollperson
bis unter 9 Jahren	0,50
von 9 bis unter 16 Jahren	0,75
16 Jahre und darüber	1,00

Gruppe II

alle übrigen Gruppen

Alter	Vollperson
bis unter 9 Jahren	0,00
von 9 bis unter 12 Jahren	0,25
von 12 bis unter 16 Jahren	0,50
16 Jahre und darüber	1,00

B 1 Industrie/Handwerk**1. Industrie**

Ist der führende und größte Bereich der materiellen Produktion der Gesellschaft, der durch höchstentwickelte Anwendung von Maschinensystemen charakterisiert ist.

Sie umfaßt die Gewinnung materieller Güter, die in der Natur vorkommen, und die Verarbeitung sowohl der in der Industrie gewonnenen als auch der von der Landwirtschaft erzeugten Rohstoffe.

2. Schwerindustrie

Die Schwerindustrie ist die Grundlage der sozialistischen Industrialisierung. Sie schafft die Voraussetzung für die weitere Entwicklung der technischen Basis und umfaßt die Grundstoffindustrie, den Schwermaschinenbau, den Fahrzeugbau, Schiffbau, die Gießereien und Großschmieden.

3. Grundstoffindustrie

Umfaßt die Wirtschaftszweige, welche die Ausgangsbasis für die weiterverarbeitende Industrie, die Rohstoffe schaffen. Ein geringer Teil der Erzeugnisse wird bis zum Endprodukt verarbeitet und geht direkt in den individuellen Verbrauch ein. In bestimmten Zweigen der Grundstoffindustrie werden landwirtschaftlich erzeugte Rohstoffe weiterverarbeitet. Zur Grundstoffindustrie werden gerechnet die Wirtschaftszweige Energie, Bergbau, Metallurgie, Chemie und Baumaterialien.

4. Metallverarbeitende Industrie

Im Rahmen der metallverarbeitenden Industrie sind vor allem der Schwermaschinenbau und der Allgemeine Maschinenbau von besonderer Bedeutung, da diese die wichtigsten Produktionsmittel für alle Wirtschaftszweige herstellen. Der Stand der Technik in der gesamten Wirtschaft wird entscheidend durch die Leistungsfähigkeit dieser zwei Wirtschaftszweige beeinflußt.

Zur metallverarbeitenden Industrie rechnen:

Schwermaschinenbau
Allgemeiner Maschinenbau
Schiffbau
Fahrzeugbau
Guß- und Schmiedestücke
Elektrotechnik
Feinmechanik und Optik.

5. Schwermaschinenbau

Umfaßt die Betriebe, die vorwiegend große Werkzeugmaschinen, Stahlkonstruktionen, Transportausrüstungen sowie Ausrüstungen der Energiewirtschaft und des Schwermaschinenbaus selbst herstellen.

6. Allgemeiner Maschinenbau

Umfaßt die Betriebe, die überwiegend Ausrüstungen für die Herstellung von Konsumgütern, Maschinen und Apparate für die Bau- und Landwirtschaft, sonstige kleinere Maschinen sowie Erzeugnisse wie z. B. Armaturen, Maschinenelemente usw. produzieren.

7. Leichtindustrie

Zur Leichtindustrie gehören die Betriebe, die vorwiegend eine Produktion in den Wirtschaftszweigen

Holzbearbeitung	Textil
Zellstoff und Papier	Konfektion
Polygraphie	Leder, Schuhe, Rauchwaren

haben. Bis einschließlich Planjahr 1964 wurde auch die Rohholz-, Rinden- und Harzgewinnung zur Leichtindustrie gerechnet.

8. Lebensmittelindustrie

Umfaßt Betriebe der Nahrungs- und Genußmittelindustrie

a) Nahrungsmittelindustrie

z. B. Margarinefabriken, Ölmühlen, Molkereien, Schlachthöfe, Fleischwaren-, Zucker-, Süßwaren-, Nahrungsmittel-, Stärke- und Konservenfabriken, Fischkombinate.

b) Genußmittelindustrie

z. B. Brauereien, Likörfabriken, Weinkellereien, Tabak-, Zigarren- und Zigarettenfabriken

9. Kleinindustrie

Zur Kleinindustrie gehören Betriebe mit geringen Produktionsmitteln und in der Regel nicht mehr als zehn Beschäftigten. Sie unterscheiden sich von den Handwerksbetrieben dadurch, daß der Inhaber keine Meisterprüfung ablegte, sondern nur eine Gewerbe genehmigung besitzt.

10. Handwerk

Die Betriebe des Handwerks sind gekennzeichnet durch zwerghafte Produktionsmittel, die Mitarbeit des Besitzers der Produktionsmittel und die geringe Zahl der Beschäftigten. Der Besitzer der Produktionsmittel ist bestrebt, durch seine eigene Arbeit, ergänzt durch die Arbeit der anderen bei ihm beschäftigten Handwerker, seinen Unterhalt zu sichern. Nach gesetzlicher Regelung gehört zum Handwerk ein Betrieb, dessen Inhaber durch Ablegung der Meisterprüfung den Befähigungsnachweis erbracht hat und als Handwerker zugelassen ist.

Die Beschäftigtenzahl soll in der Regel nicht mehr als 10 Personen betragen. Eine Ausnahme bilden Maurer- und Zimmereibetriebe, bei denen in der Saison eine Höchstzahl von 20 insgesamt Beschäftigten, sowie Straßenbau-, Dachdecker- und Malerbetriebe, bei denen eine Höchstzahl von 15 insgesamt Beschäftigten nicht überschritten werden darf. Zum Handwerk werden zur Zeit auch die Leistungen der handwerklichen Produktionsgenossenschaften gerechnet.

11. Produzierendes Handwerk

Zum produzierenden Handwerk gehören alle Handwerksbetriebe und handwerklichen Produktionsgenossenschaften, die Erzeugnisse aus eigenem und aus dem von Kunden gelieferten Material herstellen sowie Betriebe, die Lohnarbeiten, Reparaturen, Veredlungen und Montagen ausführen.

12. Dienstleistendes Handwerk

Umfaßt alle Handwerksbetriebe, die individuelle Wünsche der Bevölkerung, z. B. auf dem Gebiet der Hygiene und der Volksgesundheit befriedigen, ohne dadurch neue Gebrauchswerte zu schaffen.

Hierzu gehören z. B. Friseur-, Körperpfleger, Wäscher, Plätter, chemische Reiniger, Färber, Schädlingsbekämpfer, Tierausstatter und -präparatoren, Bestatter.

13. Technische Einheit

Ist eine Zusammenfassung der Produktion von gleichartigen Erzeugnissen nach Erzeugnisgruppen (Planpositionen — Plangruppen), wobei der organisatorisch verwaltungsmäßige Aufbau der die Produktion durchführenden Betriebe und deren Zuordnung zu Verwaltungsorganen ohne Bedeutung ist.

14. Örtliche Einheit

Als örtliche Einheit wird der juristisch selbständige Betrieb bezeichnet. Hierbei kann es sich um einen räumlich zusammenhängenden oder um einen aus mehreren örtlich getrennten Betriebsteilen bestehenden Betrieb handeln.

15. Industrieproduktion

Die Gesamtheit der im industriellen Produktionsprozeß erzeugten Gebrauchswerte und der industriellen Leistungen wie Reparaturen, Montagen und Lohnarbeiten.

16. Bruttoproduktion der Industrie

Ist die Summe aller im Berichtszeitraum in dem Betrieb hergestellten und zum Absatz bestimmten Fertigerzeugnisse sowie die Summe aller industriellen Leistungen einschließlich der sich aus der Abgrenzung des Berichtszeitraumes ergebenden Bestandsveränderungen an unvollendeter Produktion. Erzeugnisse, die innerhalb des Betriebes weiterverarbeitet werden, sind bis auf einige Ausnahmen nicht in die Bruttoproduktion einzubeziehen.

Sie umfaßt:

- a) alle fertiggestellten und zum Absatz bestimmten Erzeugnisse,
- b) alle betrieblichen industriellen Leistungen für Dritte (Reparaturen, Lohnarbeiten, Montagen),
- c) alle fertiggestellten Erzeugnisse und industriellen Leistungen, die für eigene Investitionen und Generalreparaturen bestimmt sind,
- d) hergestellte Erzeugnisse, die für den persönlichen Konsum der Produzenten zur Verfügung gestellt werden,
- e) eine bestimmte Auswahl von Erzeugnissen, die im eigenen Betrieb weiterverarbeitet oder verbraucht werden (innerbetrieblicher Umsatz).

(GBl. Teil I 68/1935)

17. Bruttoproduktion der Industrie und Bestandsveränderungen

Umfaßt die Bruttoproduktion der Industrie zuzüglich der Bestandsveränderungen an Halbfabrikaten aller Wirtschaftszweige und an unvollendeter Produktion im Maschinenbau.

**18. Bruttoproduktion aus der Nach-
erhebung**

Ist die Bruttoproduktion, die für den gleichen Berichtszeitraum des Vorjahres gemeldet wird.

19. Bruttoproduktion je Kopf der Bevölkerung

Wert der Bruttoproduktion zu unveränderlichen Planpreisen dividiert durch die durchschnittliche Bevölkerungszahl.

Diese Kennziffer kann auch als Naturalkennziffer gebildet werden, indem die Produktionsmenge bestimmter wichtiger Erzeugnisse (Elektroenergie, Stahl, Roheisen) je Kopf der Bevölkerung ausgewiesen wird. Diese Kennziffern sind insbesondere beim Vergleich des Entwicklungsstandes verschiedener Länder aufschlußreich.

20. Bruttoproduktion je Beschäftigten

Wert der Bruttoproduktion zu unveränderlichen Planpreisen dividiert durch die Zahl der Gesamtbeschäftigten.

21. Bruttoproduktion je Produktionsarbeiter

Wert der Bruttoproduktion zu unveränderlichen Planpreisen dividiert durch die Zahl der Produktionsarbeiter.

22. Produktion für eigene Rechnung

Produktion von Fertigerzeugnissen ganz oder überwiegend aus betriebseigenem Material.

23. Produktion für fremde Rechnung

Produktion von Fertigerzeugnissen aus ganz oder überwiegend vom Auftraggeber zur Verfügung gestelltem, nicht käuflich erworbenem Material (P 2-Produktion).

24. Warenproduktion der Industrie

Die Warenproduktion ist die Summe aller im Berichtszeitraum in den Betrieben mit industrieller Produktion fertiggestellten und zum Absatz bestimmten Erzeugnisse sowie der fertiggestellten Leistungen industrieller Art.

Sie umfaßt:

- a) alle fertiggestellten und zum Absatz bestimmten Produkte (einschließlich der Erzeugnisse, die an die Belegschaft unentgeltlich bzw. zu herabgesetzten Preisen abgegeben werden);
- b) alle materiellen Leistungen industrieller Art für fremde Auftraggeber, wie Lohnarbeiten (Veredlung, Reparaturen, Montagearbeiten usw.);
- c) die Summe der Produkte und Leistungen industrieller Art, die für eigene Investitionen und Generalreparaturen bestimmt sind.

25. Industrielle Leistungen

Ergebnis der Produktionsstätigkeit eines Betriebes, die sich auf Reparaturen, Lohnarbeiten und Montagen für fremde Rechnung erstreckt.

26. Bruttoumsatz

Umfaßt die gesamte Produktion aller Produktionsabteilungen (der Haupt- und Nebenabteilungen). Im Gegensatz zur Bruttoproduktion, deren Bildungselemente durch die gesellschaftliche Arbeitsteilung gegeben sind, wird der Bruttoumsatz durch die innerbetriebliche Arbeitsteilung bestimmt. Es wird also die gesamte Produktion erfaßt, gleichgültig, ob sie in anderen Abteilungen weiterverarbeitet wird oder für fremde Abnehmer bestimmt ist. Der Umfang des Bruttoumsatzes ist abhängig von der organisatorischen Struktur eines Betriebes.

27. Innerbetrieblicher Umsatz

Hierzu gehört die Produktion, die innerhalb des Betriebes für eigene Produktionszwecke verwendet wird, z. B. der hergestellte Guß, der in der mechanischen Abteilung des Betriebes weiterverarbeitet wird. Der innerbetriebliche Umsatz ist daher der Unterschied zwischen dem Bruttoumsatz und der Bruttoproduktion des Betriebes, sofern nicht ausnahmsweise einige Teile des innerbetrieblichen Umsatzes in der Bruttoproduktion miterfaßt werden.

28. Halbfabrikate

Erzeugnisse eigener Herstellung, deren technologischer Herstellungsprozeß innerhalb einer Werkabteilung abgeschlossen ist, die aber in einer anderen Werkabteilung oder einem anderen Betrieb ganz oder teilweise weiterverarbeitet oder montiert werden.

29. Unvollendete Produktion

Unter unvollendeter Produktion versteht man alle Arbeitsgegenstände

- a) deren physikalische bzw. chemische Veränderung zu Fertigerzeugnissen im Produktionsprozeß noch nicht abgeschlossen ist,
- b) deren technologische Fertigung zwar abgeschlossen ist, die sich aber aus bestimmten Gründen noch in den produzierenden Abteilungen befinden (zur Abnahme oder Prüfung),
- c) die sich im Rahmen der Kooperation zur Weiterverarbeitung in fremden Betrieben befinden.

- | | |
|--|---|
| 30. Teilfertigung | Bei Erzeugnissen des Maschinenbaues, deren Herstellung sich über einen längeren Planungszeitraum erstreckt, wird der Wert bestimmter fertig-gestellter Teilabschnitte oder Baugruppen in die Produktionsabrechnung einbezogen (z. B. bei großen Hochdruckkesseln, Dampfturbinen, großen Schiffen usw.). Die Teilfertigung soll möglichst in einzelnen Baubchnitten oder Bau-gruppen entsprechend ihrer technologischen Baufolge der Abrechnung zugrunde gelegt werden. Als Teilfertigung ist dann der Bau einer be-stimmten Gruppe anzusehen. |
| 31. Bestandsveränderungen | Monatliche Wertzunahme oder Wertabnahme der Bestände an Halb-fabrikaten eigener Fertigung, die zum Einbau oder Weiterverarbeitung auf Lager genommen bzw. dem Lager entnommen wurden, sowie die Veränderung an unvollendeter Produktion. |
| 32. Ausschuß | Erzeugnis, dessen Eigenschaften dem Standard oder den technischen Bedingungen nicht entsprechen.
Erzeugnisse minderer Qualität, die von der Gütekontrolle für eine mindere Qualität zugelassen werden, sind kein Ausschuß. |
| 33. Neue Arten industrieller Produktion | Erzeugnisse, die in unserer Volkswirtschaft erstmalig produziert werden, unabhängig davon, ob derartige Maschinen, Apparate, Mechanismen und Geräte in anderen Ländern bereits hergestellt werden. Zu den neuen Arten werden nur solche Maschinen und Ausrüstungen gezählt, die sich von den bisher hergestellten nach Bestimmung, Produktivität, Leistung und anderen technisch-ökonomischen Merkmalen unterscheiden, sowie Maschinen, die auf einem neuen Funktionsprinzip oder auf der An-wendung einer neuen Energiequelle beruhen. |
| 34. Kooperation | Form der Arbeitsteilung unter Berücksichtigung der technischen Aus-rüstungen und der Spezialisierung der Industriebetriebe in der socia-listischen Industrie nach dem Prinzip der kameradschaftlichen gegen-seitigen Hilfe. Durch Kooperation werden ständige Produktionsverbin-dungen zwischen Betrieben, die gemeinsam an der Fertigung eines Ob-jektes oder Auftrages teilnehmen, hergestellt.
Zulieferungen von handelsüblichen Erzeugnissen oder Normteilen sind keine Kooperationsbeziehungen. |

B 2 Bauwirtschaft

1. Bauwirtschaft

Die Hauptaufgabe der Bauwirtschaft besteht in der Herstellung von Anlagen an ihrem künftigen Einsatzort (zum Unterschied z. B. vom Maschinenbau, Schiffbau und dergleichen).
Zu ihr gehören:

1. alle volkseigenen, genossenschaftlichen und privaten Bau- und Ausbaubetriebe, ferner Projektierungsbetriebe, die die Projektierung von Objekten der Bauwirtschaft durchführen.
 - a) Baubetriebe: Umfasst Betriebe, die die Hauptarbeiten eines Baus, wie Maurer-, Putzer-, Betonier- und Zimmererarbeiten durchführen.
 - b) Ausbaubetriebe: Umfasst Betriebe, die ausschließlich den Ausbau, wie Dachdecker-, Maler-, Ofensetzer- und Glaserarbeiten durchführen.
2. alle Bauabteilungen der Ministerien und sonstigen staatlichen Organe, die im eigenen Bereich mit eigenen Arbeitskräften Bauleistungen ausführen.

2. Bauleistungen

Leistungen des Bauhaupt- und Baunebengewerbes

1. Leistungen der Baubetriebe
 - Erd-, Fels- und Gründungsarbeiten
 - Brunnenbau-, Rohr- und Wasserhaltungsarbeiten
 - Maurerarbeiten
 - Schornstein- und Feuerungsbauarbeiten
 - Beton- und Stahlbetonarbeiten
 - Stahlbau- und Montagearbeiten
 - Bauwerksabdichtungsarbeiten
 - Zimmererarbeiten
 - Putzarbeiten
 - Straßen- und Pflasterarbeiten
 - Gleisoberbauarbeiten
 - Enttrümmerungsarbeiten
 - Abbauarbeiten
 - Bauarbeiten für Sportplätze und Heimanlagen.

2. Leistungen der Ausbaubetriebe

- Bauklempnerarbeiten
- Bautischlerarbeiten
- Bauschlösserarbeiten
- Bauglaserarbeiten
- Klebearbeiten (Linoleum o. L.)
- Maler-, Anstrich- und Tapezierarbeiten
- Entrostungsarbeiten
- Ofensetzerarbeiten
- Parkettlegerarbeiten
- Stukkateurarbeiten
- Be- und Entwässerung
- Gasinstallation
- Dachdeckerarbeiten
- Fliesenlegerarbeiten
- Säurebauarbeiten
- Steinmetzarbeiten
- Steinholz- und Terrazzoarbeiten
- Wärme-, Kälte- und Schallschutzisolierungen
- Zentralheizungs-, Lüftungs- und Wasserbereitungsanlagen.

Ferner rechnet das Einrichten und Räumen der Baustellen zu den Bauleistungen.

3. Baukostenindex

Gegenüberstellung der Ist-Baukosten für einen bestimmten Bau des Berichtszeitraumes zu den Ist-Baukosten eines Vergleichszeitraumes (Basiszeitraum) (Ist-Ist-Vergleich).

B 3 Land- und Forstwirtschaft

1. Land- und Forstwirtschaft
Die Land- und Forstwirtschaft ist ein Bereich der materiellen Produktion und umfaßt den Pflanzenbau, die Viehwirtschaft einschließlich der Klein-
tierhaltung, die Pelztier-, Bienen- und Seidenraupenzucht, die Fischwirt-
schaft in Binnengewässern sowie den Anbau, die Pflege und Nutzung
der Wälder einschließlich der Rohholzaufzucht und der Jagdwirtschaft.
2. Pflanzenbau
Der Pflanzenbau ist ein Zweig der Land- und Forstwirtschaft. Zu ihm
gehören: der Getreidebau, der Anbau von Mais, von Hülsenfrüchten, von
Ölfrüchten und Faserpflanzen, von Hackfrüchten, Futterpflanzen, Gemüse,
Obst und Beerenobst, von Tabak, Heil-, Gewürz- und Zierpflanzen sowie
Gründungspflanzen und das gesamte Grünland.
3. Viehwirtschaft
Die Viehwirtschaft als Zweig der Land- und Forstwirtschaft umfaßt die
Zucht und Haltung von Zucht- und Nutztier (Pferde, Rinder, Schweine,
Schafe, Ziegen, Geflügel und Kaninchen), die Pelztier-, Bienen- und
Seidenraupenzucht sowie die Fischwirtschaft in Binnengewässern.
4. Landwirtschaftlicher Betrieb
Juristisch selbständig wirtschaftende Einheit mit einer Wirtschaftsfläche
von 0,5 ha und darüber, die ganz oder überwiegend land-, forst- oder
fischwirtschaftlich genutzt wird. Hierzu rechnen nicht die Erwerbs-
gartenbaubetriebe.
5. Erwerbsgartenbaubetrieb
Juristisch selbständig wirtschaftende Einheit ohne Berücksichtigung der
Größe der Wirtschaftsfläche, in der überwiegend gärtnerische Produkte
(Gemüse, Obst, Zierpflanzen, Sonderkulturen) für den Verkauf angebaut
werden.
6. Staatlicher Forstwirtschafts-
betrieb
Nach den Prinzipien der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeitender
volkseigener Betrieb, dem die Durchführung und Überwachung der Plan-
aufgaben in der Rohholz-, Rinden- und Harzgewinnung, der Rohholzauf-
zucht und der Waldernuerung sowie die Ausübung der Jagd obliegt.
7. Saatgut
Volkseigenes Gut, dessen Produktionschwerpunkt die Zucht von Saat-
und Pflanzgut bildet.
8. Tiergut
Volkseigenes Gut, dessen Produktionschwerpunkt die Zucht und Auf-
zucht von Rassetieren mit höchster Leistung bildet.
9. Gestüt
Selbständig wirtschaftender Betrieb zur Aufzucht und Zucht von Lei-
stungspferden.
10. Volkseigenes Gut
Volkeigener Betrieb, der land- und forstwirtschaftliche oder gärtnerische
Produktion durchführt.
Hierzu gehören nicht:
Universitäts- und Güter der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften,
landwirtschaftliche Betriebe der volkseigenen Industrie, staatliche Forst-
wirtschaftsbetriebe.
11. Gutskomplex
Vorübergehende Zusammenfassung mehrerer volkseigener Güter mit
getrennten Betriebsplänen zu einem Großgut, das zentral bewirtschaftet
wird.
12. Örtlich-landwirtschaftlicher
Betrieb (ÖLB)
Landwirtschaftlicher Betrieb, der zur Sicherung der Bewirtschaftung
freier und verlassener Flächen unter der Aufsicht der örtlichen Verwal-
tungsorgane steht. (VO vom 3. September 1953.)
13. MTS-Bereich
Unter Berücksichtigung des Sitzes der MTS festgelegtes Gebiet (Teil
eines Landkreises), in dem die MTS die politische, ökonomische und
kulturelle Basis für die sozialistische Entwicklung der Landwirtschaft ist.
Zur Erledigung dieser Aufgabe bestehen innerhalb des Bereiches bei den
LPG MTS-Stützpunkte mit stationären vollausgerüsteten Brigaden.
14. LPG Typ I
Landwirtschaftlicher Betrieb mit genossenschaftlicher Bewirtschaftung
und Nutzung des von den Mitgliedern eingebrachten Ackerlandes, jedoch
individueller Nutzung der übrigen land- und forstwirtschaftlichen
Flächen und individuellem Eigentum an Vieh, Maschinen und Geräten.

- 15. LPG Typ II** Landwirtschaftlicher Betrieb mit genossenschaftlicher Bewirtschaftung und Nutzung des von den Mitgliedern eingebrachten Ackerlandes und genossenschaftlichem Eigentum an Zugtieren, Maschinen und Geräten, jedoch individueller Nutzung der übrigen land- und forstwirtschaftlichen Flächen und individuellem Eigentum an Zucht- und Nutzvieh.
- 16. LPG Typ III** Landwirtschaftlicher Betrieb mit genossenschaftlicher Bewirtschaftung und Nutzung der von den Mitgliedern eingebrachten land- und forstwirtschaftlichen Flächen und genossenschaftlichem Eigentum an Zugtieren, Maschinen und Geräten sowie an Zucht- und Nutzvieh.
- 17. Genossenschaftliche Fonds (LPG)** Gemäß den Statuten zu bildende Fonds, die der materiellen und kulturellen Festigung und Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften dienen.
- 18. Umschlagfonds (LPG)** Umfaßt die genossenschaftseigenen Grundmittel, die Materialien, das Arbeits- und Nutzvieh und die Geldmittel für die Entwicklung der genossenschaftlichen Wirtschaft. Ferner gehören die Gebäude für kulturelle und soziale Zwecke dazu. Er wird aus 8 bis 20 Prozent der genossenschaftlichen Geldeinnahmen ständig erweitert.
- 19. Hilfsfonds (LPG)** In Höhe von 1 bis 2 Prozent der Gesamtproduktion der LPG gebildeter Fonds zur Unterstützung von Kranken, Invaliden, alten Leuten, Waisenkindern und sonstigen Bedürftigen sowie zur Unterstützung von Kindergärten und Kinderkrippen der LPG.
- 20. Individuelle Hauswirtschaft** Von jedem Familienhaushalt der Genossenschaftsmitglieder (bes. im Typ III) individuell zu nutzende Nebengewirtschaft. Sie soll in der Regel umfassen:
0,5 ha Ackerland, bis zu 2 Kühen mit Kälbern, bis zu 2 Schweinen mit Nachwuchs, eine unbegrenzte Zahl von Schafen und anderem Kleinvieh.
- 21. Innenwirtschaft landwirtschaftlicher Betrieb** Umfaßt alle landwirtschaftlichen Arbeiten bei der Hof-, Haus- und Speisewirtschaft, Viehwirtschaft, Futterwirtschaft (nur Konservierung und Zubereitung), Stallwirtschaft jeweils einschließlich aller handwerklichen Eigenleistung.
Technische Nebenbetriebe zählen nicht zur Innenwirtschaft.
- 22. Neubauern** Einzelbauern, die ihr Land in Durchführung der Bodenreform zur unentgeltlichen Nutzung und auf Lebenszeit erhalten haben.
- 23. Altbauern** Einzelbauern, die einen landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaften, der nicht durch die Bodenreform entstanden ist bzw. aufgestockt wurde.
- 24. Kleinbauern** Besitzer (Eigentümer oder Pächter) von bäuerlichen Betrieben, die in der Regel keine fremden Arbeitskräfte beschäftigen und den Betrieb überwiegend mit familieneigenen Arbeitskräften bewirtschaften.
In der Regel haben diese Betriebe eine landwirtschaftliche Nutzfläche bis 5 ha.
- 25. Mittelbauern** Besitzer (Eigentümer oder Pächter) von bäuerlichen Betrieben, die ihre Betriebe zwar vorwiegend mit familieneigenen Arbeitskräften bewirtschaften, jedoch teilweise ständig oder vorübergehend zusätzlich fremde Arbeitskräfte beschäftigen.
In der Regel beträgt die landwirtschaftliche Nutzfläche bis 20 ha.
- 26. Großbauern** Besitzer (Eigentümer oder Pächter) von bäuerlichen Betrieben, die ständig fremde Lohnarbeiter mit dem Ziel beschäftigen, nicht selbst erarbeitete Einkünfte zu erzielen.
In der Regel haben ihre Betriebe eine landwirtschaftliche Nutzfläche über 20 ha.

46.

K-12781

17. **Bruttoproduktion der Land- und Forstwirtschaft**
Der in Geld ausgedruckte Wert der pflanzlichen, tierischen und forstwirtschaftlichen Produktion.
Zur Bruttoproduktion der Land- und Forstwirtschaft zählen daher:
die Bruttoproduktion des Pflanzenbaues,
die Bruttoproduktion der Viehwirtschaft,
die Bruttoproduktion der Forstwirtschaft
sowie die Leistungen der MT-Stationen.
18. **Bruttoproduktion des Pflanzenbaues**
Der Wert der pflanzlichen Produktion, die aus der Ernte eines Jahres erzielt wird, sowie die Wertveränderung der am Ende des Jahres nicht beendeten Produktion im Vergleich zum Beginn des Jahres.
19. **Bruttoproduktion der Viehwirtschaft**
Der Wertzuwachs der Bestände an Zucht- und Nutzvieh während eines Jahres und der Wert des Aufkommens an Schlachtvieh, tierischen Erzeugnissen (Milch, Eier, Wolle, Honig) und der Erträge aus der Väterhaltung, Pelztierzucht, Seidenraupenzucht und der Fischwirtschaft der Binnengewässer.
20. **Bruttoproduktion der Forstwirtschaft**
Der Wert der gesamten Rohholz-, Rinden- und Harzgewinnung, der Leistungen in der Holzabfuhr, der Wert der unvollendeten Produktion der Forstwirtschaft und der Wert der Erträge aus der Waldnebenbenutzung. Zur unvollendeten Produktion gehört der Wert der Aufwendungen für Walderneuerung, Pflanzenzucht, Unterbau und Waldpflege.
Zur Nebenbenutzung gehören: der Wildabschuß, die Gewinnung von Wildfrüchten und Waldstreu.
21. **Warenerzeugung der Landwirtschaft (Markterzeugung)**
Der Teil der Bruttoproduktion, der nach Abzug des produktiven Verbrauches (d. h. Verbrauch von landwirtschaftlichen Erzeugnissen für die Reproduktion des eigenen Betriebes) und des individuellen Verbrauches (d. h. Verbrauch landwirtschaftlicher Produkte im Familienhaushalt der landwirtschaftlichen Betriebe und Genossenschaftsbauern) für den Markt bestimmt ist.
22. **Wertzuwachs der Viehbestände**
Die wertmäßige Zunahme des Tierbestandes unter der Berücksichtigung der natürlichen Veränderungen in den Altersgruppen innerhalb einer Berichtsperiode.
23. **Bruttoernteertrag (Rohertrag)**
Ohne Abzug etwaiger Ernteverluste, des durch Lagerung eintretenden Schwundes und sonstiger Verluste.
24. **Nettoernteertrag (Reinertrag)**
Tatsächlicher Ernteertrag nach Druck und Rodung ohne Berücksichtigung des später durch Lagerung eintretenden Schwundes und sonstiger Verluste.
25. **Neuerernteertrag (in der Landwirtschaft)**
Methoden, die auf Grund fortschrittlicher Erkenntnisse geeignet sind, die landwirtschaftlichen Erträge zu steigern bzw. die Arbeitsproduktivität zu erhöhen.
z. B. Neerpflanzverfahren bei Kartoffeln,
Engsaat- und Kreuzdrillverfahren,
Zusatzbestäubung, Anwendung von Unkrautbekämpfungsmitteln auf Hormonbasis,
Jarowisation von Sommergetreide,
Anwendung von granuliertem Superphosphat,
Gerätekopplung, Fließband-System u. a.
26. **Ertragsgebiet**
Ein nach gleichartigen natürlichen Ertragsbedingungen abgegrenztes Anbaugelände.
27. **Wirtschaftsfläche**
Die gesamte Fläche des landwirtschaftlichen Betriebes, bestehend aus landwirtschaftlicher Nutzfläche, Forsten und Holzungen, Ödland (kultivierbar), Abbauland, Unland, nutzbaren Gewässern, Gebäuden, Wegen und Hofflächen.
28. **Nutzungsarten**
Nach der Nutzungsart des Bodens wird unterschieden:
Landwirtschaftliche Nutzfläche,
forstwirtschaftlich genutzte Fläche,
nutzbare Gewässer,
Ödland,
Unland,
sonstige Flächen (wie Wege, Hofflächen, Gebäudeflächen usw.).
Die Summe der Nutzungsarten eines Betriebes ergibt seine Wirtschaftsfläche.

30. Landwirtschaftliche Nutzfläche	Die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche, bestehend aus Ackerland, Grünland einschließlich Wechseleinsatz, Gartenland und Belegungsflächen der VEG, Obstanlagen, Rebland, Baumschulen, Wiesen, Streuwiesen, Weiden, Hutungen, Korbweidenanlagen und Hopfengärten.
40. Forsten und Holungen	Flächen, die zur Holznutzung bestimmt sind sowie Flächen zur Anzucht von Forstgehölzen (Forstbaumschulen).
41. Ödland (kultivierbar)	Flächen, die nach Durchführung von Kultivierungsmaßnahmen im Rahmen normaler Aufwendungen landwirtschaftlich bzw. forstwirtschaftlich genutzt werden können.
42. Abbauland	Steinbrüche, Torfstiche, Sand-, Kies- und Lehmgruben.
43. Unland	Nicht kultivierbare Flächen sowie nicht nutzbare Gewässer.
44. Gebäude und Hofflächen	Hierzu gehören: Betriebswege, Parkanlagen, Gebäude, Hofflächen und Gräben.
45. Kulturarten	Die Kulturfläche umfasst folgende Kulturarten: Ackerland einschließlich Wechseleinsatz Dauergrünland Gartenland Daueranlagen (Obstanlagen, Korbweidenanlagen usw.) forstwirtschaftlich genutzte Flächen genutzte Gewässer.
46. Ackerland	Flächen für die Produktion von Ackerfrüchten einschließlich der Flächen mit Wechseleinsatz.
47. Geschlossene Obstanlagen	Anlagen, in denen Obst- und Beerensträucher gleicher oder verschiedener Baumformen in regelmäßigen Abständen ohne nennenswerte Unterkulturen angepflanzt sind. Geschlossene Obstanlagen sind Obstanlagen ab 1000 qm.
48. Offene Obstanlagen (Streuobstplantagen)	Obst- und Beerenobstanlagen mit weiten, auch unregelmäßigen Abständen. Die Fläche wird daneben auch ackerbaulich oder als Grünland genutzt.
49. Wiesen	Dauergrünland, das vorwiegend der Heugewinnung dient.
50. Streuwiesen	Flächen, die nur oder in der Hauptsache der Streugewinnung dienen. Ihr Ertrag kann nur durch Meliorationen größeren Ausmaßes verbessert werden.
51. Weiden	Dauergrünland, das vorwiegend der Weidenutzung dient.
52. Hutungen	Flächen geringer Ertragsfähigkeit, die nur eine geringe Weidenutzung zulassen.
53. Wechseleinsatz	Dauergrünland, das vorübergehend als Ackerland genutzt wird.
54. Brotgetreide	Getreidearten für die Brotherstellung, wie Roggen und Weizen, auch im gemischtem Anbau.
55. Futtergetreide	Getreidearten für Futterzwecke, wie Gerste, Hafer, Körnermais, Buchweizen, Hirse, Menggetreide, Mischfrucht und Hülsenfruchtgemenge.
56. Menggetreide	Verschiedene Getreidearten im Gemisch, z. B. Hafer und Gerste.
57. Bei- und Mischsaat	Getreidearten, in denen Hülsenfrüchte eingespritzt sind. Der Anteil der Beisaat darf nicht über 5 Prozent betragen.
58. Hülsenfruchtgemenge	Verschiedene Hülsenfrüchte mit Getreide. Der Hülsenfruchtanteil muß über 30 Prozent betragen.

48

59. Wicken mit Stützfrüchten Winter- und Sommerwicken zur Samengewinnung, in die Getreide als Stützfrucht eingesät wurde.
60. Futterhackfrüchte Hackfrüchte für Futterzwecke, wie Runkelrüben, Kohlrüben, Futtermöhren und Topinambur.
61. Zwischenfrüchte Feldfrüchte für Futterzwecke, die vor, mit bzw. nach den Hauptfrüchten angebaut werden.
 - a) Winterzwischenfrüchte:
Feldfutterpflanzen, die im Herbst ausgesät und im Frühjahr genutzt werden.
 - b) Untersaaten:
Feldfutterpflanzen, die in die Hauptfrüchte eingesät werden.
 - c) Stoppeisaaten:
Feldfutterpflanzen, die nach der Ernte der Hauptfrüchte als Zwischenfrüchte zur Herbstnutzung angebaut werden.
62. Zweitfrüchte Feldfrüchte, die innerhalb eines Jahres nach der Ernte einer Hauptfrucht als weitere Hauptfrucht angebaut werden.
63. Ölfrüchte Hierzu gehören:
Raps, Rübsen, Mohn, Senf, Leindotter, Sonnenblumen u. a. (ohne Samen der Faserpflanzen).
64. Faserpflanzen Hierzu gehören:
Ölfaserlein, Faserlein, Hanf.
65. Kälber Rindvieh bis 3 Monate alt.
66. Jungvieh Rindvieh über 3 Monate bis noch nicht 2 Jahre alt.
67. Färsen Rindvieh 2 Jahre alt und älter, das zur Zucht vorgesehen ist, ohne Berücksichtigung der Trächtigkeit.
68. Kühe Rindvieh nach der 1. Abkalbung.
69. Herdbuchtiere Männliche und weibliche Zuchttiere mit Abstammungs- und Leistungsnachweis.
70. A-Kühe der Milchleistungsprüfung Milchkühe, die ganzjährig unter Leistungsprüfung stehen.
71. B-Kühe der Milchleistungsprüfung Milchkühe, die nicht ganzjährig unter Leistungsprüfung stehen.
72. Saugferkel Schweine unter 2 Monate alt.
73. Absetzferkel Schweine 2 bis noch nicht 3 Monate alt.
74. Läufer Schweine 3 bis noch nicht 6 Monate alt.
75. Mastschweine Schweine 6 Monate alt und älter, die zur Schlachtung bestimmt sind.
76. Lämmer Unter 1 Jahr alte Schafe und Ziegen ohne Unterschied des Geschlechtes.
77. Eibben Weibliche Schafe unter und über 1 Jahr alt, die noch nicht Mutterschafe sind.
78. Züchter Ober 1 Jahr alte weibliche Schafe, die zur Zucht vorgesehen sind, ohne Unterschied, ob sie bereits gedeckt sind.
79. Mutterschafe Weibliche Schafe über 1 Jahr alt, die bereits gelammt haben. Eine Fehlgeburt gilt in diesem Falle als Lammung.
80. Junghennen Hennen von 6 Monaten bis noch nicht 1 Jahr alt.

81. Legehennen	Hennen von 1 Jahr alt und älter.
82. Notschlachtung	Eine im Notfall ohne vorhergehende Schlachtierbeschau vorgenommene Schlachtung, um Totalverlust zu vermeiden.
83. Großvieheinheit (GV)	Umrechnung des Bestandes in den verschiedenen Altersgruppen von Pferden, Rindvieh, Schweinen, Schafen und Ziegen auf eine festgelegte Einheit (eine Großvieheinheit = 500 kg).
84. Derbholz	Die gesamte oberirdische Holzmasse über 7 cm Durchmesser mit Rinde ausschließlich des bei der Fällung am Stock bleibenden Schaftholzes.
85. Derbnutzholz	Derbholz, das zu Nutzzwecken geeignet ist (Gegensatz zu Brennholz).
86. Nadelägeholz	Zu Nutzzwecken geeignete Nadelhölzer, die Sägewerken zur Gewinnung von Balken, Brettern, Schwellenholz usw. zugeführt werden.
87. Laubägeholz	Zu Nutzzwecken geeignete Laubbölzer, die Sägewerken zur Gewinnung von Balken, Brettern, Schwellen- und Furnierholz usw. zugeführt werden.
88. Grubenholz	Holz mit über 5 cm Durchmesser am schwächeren Ende, das entsprechend seiner Beschaffenheit und seinem Ausmaß im Bergbau verwendet werden kann. Es wird Grubenlangholz und Grubenstangenholz unterschieden.
89. Sonstiges Langnutzholz	Langnutzholz, außer Nadelägeholz, Laubägeholz und Grubenholz, wie Rammpfähle, Masten und Telegrafentangen sowie Langnutzholz zur Verwendung in rundem Zustand.
90. Faserholz	Weiß geschältes Schichtnutzholz in Längen von 1 bis 2 m und über 4 cm Durchmesser am schwächeren Ende in Rollen und Spaltstücken von Fichte, Kiefer, Buche, Birke und Pappel.
91. Sonstiges Schichtderbnutzholz	Derbnutzholz (außer Faserholz), das in Schichtmassen aufgearbeitet wird.
92. Brennenderbholz	Nicht zu Nutzzwecken geeignetes Derbholz, das in Längen von 1 m gehalten und in Schichtmassen aufgearbeitet wird.
93. Nichtderbholz	Holz mit einem Durchmesser unter 7 cm mit Rinde am stärkeren Ende.
94. Brennknüttel	Nicht zu Nutzzwecken geeignetes Nichtderbholz mit mindestens 4 cm Durchmesser mit Rinde am schwächeren Ende.
95. Waldernuerung	Sammelbegriff für alle Maßnahmen zur quantitativen und qualitativen Verbesserung der lebenden Holzvorräte, z. B. Aufforstung, Kultur-, Jungwuchs- und Waldpflege, Forstschutz usw.
96. Aufforstung	Hierzu gehören alle Maßnahmen zur Neu- und Wiederaufforstung einschließlich der Bodenvorarbeiten und Pflanzenerziehung sowie die Förderung der Naturverjüngung, die Nachbesserungen und Ergänzungen.
97. Unterbau	Die Einbringung geeigneter Holzarten in ältere Bestände zur Steigerung der Masseleistung und des Wertes zur Verbesserung des Bodenschutzes und zur Schaftpflege.
98. Combine	Erntebearbeitungsmaschine, die mehrere Arbeitsarten mechanisiert in einem Arbeitsgang durchführt, z. B. Mähdrescher, Rüben-Vollerntemaschine, Kartoffel-Vollerntemaschine.
99. Rad- und Kettenschlepper	Kraftfahrzeuge ohne Nutzraum, die als Zugkraft zum Schleppen von Anhängern bzw. Anhängergeräten dienen. Mit Hilfe von Zapfwellen ermöglichen sie außerdem den Betrieb von Anbaugeräten. <ul style="list-style-type: none"> a) Radschlepper (RS) Schlepper, der außerdem als Antriebsmaschine für Dreschmaschinen, Heupressen und Holzsägen dient. b) Kettenschlepper (KS) Besonders schwerer Ackerschlepper mit Kettenlaufwerk, das mit seiner größeren Auflagefläche einen nur geringen Flächendruck auf den Boden ausübt.

100. Einheitstraktor
Umrechnung der Traktoren mit verschiedener Zugkraft auf die Leistung eines 30 PS-Traktors nach einem festgelegten Koeffizienten.
101. Traktorenarbeiten
Mit Motorantrieb durchgeführte Arbeiten, bei denen der Traktor als Zug- bzw. Antriebsmaschine benutzt wird.
Hierzu zählen: Feldarbeiten, Druscharbeiten, Heupressen, Transporte, Holzsägen u. a.
102. Feldarbeiten
Auf der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche und in Forstkulturen durchgeführte landwirtschaftliche Arbeiten.
Hierzu zählen:
Pflügen, Drillen, Pflanzen, Kartoffellegen, Pflegearbeiten, Schädlingsbekämpfung, Düngung, Mähen, Roden und Meliorationen.
103. Arbeitseinheit (AE)
Abrechnungseinheit für die verschiedenen Tätigkeitsarten der Genossenschaftsbauern (landwirtschaftliche Arbeiten, genossenschaftliche und gesellschaftliche Funktionen, Schulbesuche), die die persönlichen Einkünfte bestimmt. Hierbei werden sowohl die Quantität als auch die Qualität der Arbeit der Genossenschaftsmitglieder sowie der erforderliche Qualifizierungsgrad berücksichtigt.
104. Arbeitskräfteeinheit (AK) in der MTS
Eine Arbeitskräfteeinheit entspricht der Leistung einer voll arbeitsfähigen männlichen oder weiblichen Person, die (männlich) mindestens 2100 bzw. (weiblich) 2000 Arbeitsstunden im Verlauf eines Jahres leistet.
105. Zugvieheinheit (ZV)
Umrechnung der Arbeitsleistung von Zugtieren auf die Arbeitsleistung eines mittelschweren Pferdes nach einem festgelegten Koeffizienten.
106. Hektar mittleres Pflügen (hm)
1 ha mittleres Pflügen entspricht dem Arbeitsaufwand für das Pflügen von 1 ha Ackerland in 20 bis 25 cm Tiefe. Auf diesen Begriff werden alle mechanischen Arbeitsleistungen der MTS und VEG nach einem festgelegten Koeffizienten umgerechnet.
107. Nutzflächenverhältnis
Prozentualer Anteil der einzelnen Kulturarten (soweit diese zur landwirtschaftlichen Nutzfläche gehören) an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche.
108. Wirtschaftflächenverhältnis (Betriebsflächenverhältnis)
Prozentualer Anteil der einzelnen Nutzungsarten an der Wirtschaftsfläche (Betriebsfläche).
109. Ackerflächenverhältnis
Prozentualer Anteil der einzelnen Kulturpflanzen (Fruchtarten) an der Ackerfläche.
110. Ackergrünlandverhältnis
Prozentualer Anteil der Ackerfläche bzw. des Grünlandes an der LNF.
111. Anbauverhältnis
Prozentualer Anteil der Halmfrucht- bzw. Blattfruchtfläche an der Ackerfläche.
112. Dauergrünlandanteil
Anteil des Dauergrünlandes an der landwirtschaftlichen Nutzfläche.
113. Pflügenproduktivität
Verhältnis der Menge oder des Wertes der landwirtschaftlichen Brutto-
produktion oder des Wertes der Nettoproduktion zur landwirtschaftlichen Nutzfläche.

51

B.4 Verkehr, Post- und Fernmeldewesen

1. Verkehr
Die Aufgabe des Verkehrs ist die Ortsveränderung von Gütern und Personen sowie die Übermittlung von Nachrichten mit Hilfe der ausschließlich für diese Zwecke konstruierten Transportmittel und Anlagen. Der Güterverkehr ist ein Zweig der materiellen Produktion, während der Personenverkehr zur dienstleistenden Wirtschaft zählt. Der Güterverkehr ist eine notwendige Existenzbedingung einer auf voll entwickelter gesellschaftlicher Arbeitsteilung beruhenden Produktionsweise.
2. Kommunaler Verkehr
Verkehrsleistungen solcher Verkehrsbetriebe, die unter kommunaler Verwaltung stehen (U-Bahn, Straßenbahn, O-Bus, Omnibus einschließlich der angeschlossenen Reparaturwerkstätten). Ferner können hierzu die volkseigenen Taxi- und Mietwagenbetriebe gehören.
Hinsichtlich der Organisationsform der Betriebe und Einrichtungen unterscheidet man zwischen den größeren Betrieben mit VEB-Plan, den Betrieben mittlerer Kapazität mit vereinfachtem Finanz- und Leistungsplan und den Kleinbetrieben und Einrichtungen, die brutto im Haushalt der Gebietskörperschaft geplant sind.
3. Eisenbahn
2. Personenverkehr (Eisenbahn)
Die Beförderung von Personen, Reisegepäck und Expressgut mittels der Fahrzeuge der Eisenbahn.
Expressgut zählt nur im deutschen Verkehr zum Personenverkehr, im internationalen zum Güterverkehr.
4. Reiseverkehr (Allgemeiner Verkehr — AV) (Eisenbahn)
Beförderung von Personen auf Strecken der Deutschen Reichsbahn, und zwar
a) zu Normaltarifen,
b) zu ermäßigten Preisen (einmalige Fahrten),
c) zu Zeitkartentarifen
mit Ausnahme der Berliner S-Bahn.
5. Berufsverkehr (Eisenbahn)
Personenverkehr der Eisenbahn, der der Beförderung von Werktätigen von und zur Arbeitsstelle dient (ohne Berliner S-Bahn-Verkehr).
Hierzu rechnen alle Fahrten, die von Inhabern von Zeitkarten (Studenten-, Schülermonats- und Arbeitsmonatskarten sowie Teilmonats-, Arbeiterwochen- und Schülerwochenkarten) durchgeführt werden.
6. Verkehr zu ermäßigten Preisen — Reiseermäßigung — (Eisenbahn)
Personenverkehr der Eisenbahn zu ermäßigten Beförderungspreisen, soweit sie als Fahrpreisermäßigungen neben den Vergünstigungen für den Berufsverkehr (Zeitkarten) noch bestehen.
7. S-Bahn-Verkehr
Personenverkehr auf Strecken der Berliner S-Bahn (elektrisch und mit Dampfkraft betriebene Strecken).
S-Bahn: Nahverkehrs- und Massenhafbeförderungsmittel für Personen auf einem Streckennetz, das die Randgebiete mit dem Stadtkern verbindet. Für dieses Streckennetz gelten als besondere Merkmale
a) Anwendung eines Zonen-Tarifs,
b) auf den einzelnen Strecken Zugfolge in kurzen regelmäßigen Zeitabständen.
8. Güterverkehr (Eisenbahn)
Der Transport von Gütern dienender Verkehr einschließlich Leichen- und Tierverkehr.
a) Öffentlicher Verkehr
Güterverkehr der auf Grund der Beförderungspflicht der DR im Rahmen der Transportpläne zu festgesetzten Tarifen für die Öffentlichkeit durchgeführt wird.
b) Dienstgutverkehr
Transport von Dienstgut der DR.
9. Gütertransport im l
Im Güterverkehr auf den Strecken der DR insgesamt beförderte Gütermenge. Dazu gehört der Versand innerhalb der DDR, nach Westdeutschland, Westberlin und dem Ausland. Ferner der Empfang aus Westdeutschland bzw. Westberlin und dem Ausland.
10. Versand (Eisenbahn)
Im Güterverkehr aufgelieferte Gütermenge zur Beförderung innerhalb der DDR, nach Westdeutschland, Westberlin und dem Ausland.

11. Empfang von außerhalb (Eisenbahn)	Über die Grenzen der DDR und über die Demarkationslinie eingehende Gütermenge.
12. Spurweite	Der lichte Abstand zwischen den Innenkanten der Schienenköpfe (Fahrkanten) eines Zweischiengleises, gemessen senkrecht zu den Schienen und 14 mm unter der Schienenoberkante.
13. Breitspur	Spurweite bei Breitspurbahnen (über 1435 mm).
14. Normalspur (N)	Spurweite 1435 mm, unzuweckmäßigerweise auch als „Vollspur“ oder „Regelspur“ bezeichnet.
15. Schmalspur (Sm)	Spurweite bei Schmalspurbahnen: 500 mm, 600 mm, 750 mm, 900 mm 1000 mm.
16. Betrieblänge	Länge der tatsächlich von der Deutschen Reichsbahn betriebenen Strecken, unabhängig von der Anzahl der auf diesen Strecken ausgelegten Gleise.
17. Gleislänge	Gesamtlänge der auf den Strecken und Bahnhöfen ausgelegten Gleise. Man unterscheidet Haupt- und Nebengleise. Hauptgleise sind Gleise, die von Zügen in regelmäßigem Betrieb befahren werden. Die Hauptgleise wiederum gliedern sich in die durchgehenden Hauptgleise der freien Strecke und deren Fortsetzung durch die Bahnhöfe; die Bahnhofsgleise; die Weichenverbindungen. Alle nicht zu den Hauptgleisen zählende Gleise sind Nebengleise.
18. Gesamtbestand	Inventurbestand an reichsbahneigenen Fahrzeugen (Betriebspark und Schadpark).
19. Betriebspark (Eisenbahn)	Für die Durchführung der Verkehrsaufgaben zur Verfügung stehende Fahrzeuge (Einsatzfähiger und in Ausbesserung befindlicher Park).
20. In Ausbesserung befindlicher Teil des Betriebsparkes (Eisenbahn)	Teil des Betriebsparkes, der sich zur Reparatur bzw. zur Vornahme der planmäßigen Untersuchungen in Reichsbahnausbesserungswerken (RAW), Bahnbetriebswerken (Bw), Betriebswagenwerken (Bww) oder auf den für zu reparierende Wagen vorgesehenen Abstellgleisen befindet.
21. Arbeitender Park (Eisenbahn)	Teil des einsatzfähigen Betriebsparkes, der tatsächlich eingesetzt wird.
22. Schadpark	Fahrzeuge, die nicht mehr betriebsfähig und zur Ausmusterung vorgesehen sind.
23. Lokomotivpark (Eisenbahn)	Gesamtzahl der reichsbahneigenen Lokomotiven; dazu gehören: Dampflokomotiven, Elektrische Lokomotiven, Lokomotiven mit Verbrennungsmotoren (Motorlok) und Kleinlokomotiven aller Baureihen und Gattungen.
24. Personenwagenpark (Eisenbahn)	Gesamtzahl aller der Personenbeförderung dienenden Wagen. Der Personenwagenpark unterteilt sich in Reisezugwagenpark und 8-Bahnwagenpark. Außerdem gehören dazu Reisezuggepäckwagen (Pw), Bahndienstwagen und Postwagen sowie die für besondere Zwecke gebundenen Personenwagen, wie Sonderwagen (Gefangenenwagen, Klubwagen, Kinowagen, Salonwagen, Operationswagen, Krankenwagen, Küchenwagen, Maschinenwagen).

25. Reisezugwagen	Zu den Reisezugwagen gehören die D-Zug-, Eilzug-, Personenzug-, Doppelstock-, Schlaf-, Speise- und Triebwagen.
26. Güterwagengesamtpark (Eisenbahn)	Gesamtzahl der reichsbahneigenen Güterwagen in Stück bzw. umgerechnet auf Zweiaxswagen (2-AW) einschließlich der Packwagen für Güterzüge (Pwg).
27. In Reserve befindliche Güterwagen (Eisenbahn)	Betriebsfähige Güterwagen, die auf Anordnung der HV Wagenwirtschaft auf bestimmten Abstellgleisen für den Spitzenverkehr oder sonstige Sonderfälle bereitgehalten werden.
28. Für besondere Zwecke gebundene Güterwagen	Güterwagen, die nicht für den Gütertransport eingesetzt werden, z.B. Wohnwagen, Arbeits- und Bauzugwagen, Kranwagen, Güterzuggepäckwagen sowie nur für den inneren Werkverkehr vermietete Güterwagen.
29. Fremdwagen (Eisenbahn)	Güterwagen fremder Eisenbahn-Verwaltungen, die sich vorübergehend im Gebiet der DDR befinden.
30. Täglich arbeitender Güterwagenpark	Der arbeitende Güterwagenpark ist der Teil des gesamten Güterwagenparks, der für die Durchführung des Gütertransports in der DDR eingesetzt ist. Dazu rechnen alle Güterwagen (reichsbahneigene wie fremde), die sich im Gebiet der DDR auf den Strecken der DR, Bahnhof- und Verschiebebahnhofsgleisen, auf Gleisen von Neben- und Anschlußbahnen, auf Industriebahnen und Werksgeleisen befinden und auf Beladung warten, in der Beladung oder bereits beladen sind, in Züge eingestellt werden oder bereits eingestellt worden sind, zur Entladung bereitgestellt werden, entladen werden oder bereits entladen sind. Ausgenommen sind Güterwagen, die sich in Reparatur befinden, die sich in Westdeutschland oder im Ausland befinden, die in Reserve stehen und die für besondere Zwecke gebunden sind.
31. Tägliche Anforderung (Eisenbahn)	Anzahl der täglich von den Versendern auf der Grundlage ihres Transportplanes bei der DR für die Beladung angeforderten Güterwagen unter Berücksichtigung der Ab- und Nachbestellungen und der für besondere Zwecke angeforderten Wagen.
32. Tägliche Beladung (Eisenbahn)	Anzahl der täglich beladenen Güterwagen in der Maßeinheit 2-AW.
33. Täglich beladener Eingang (Eisenbahn)	Anzahl der täglich über die Grenzen der DDR bzw. über die Demarkationslinie in die DDR einrollenden beladenen Güterwagen. (Gilt innerhalb der DDR sinngemäß auch für das Gebiet einer Reichsbahndirektion bzw. eines Amtsbezirkes).
34. Tägliche Arbeit (Eisenbahn)	Summe der täglich im Gebiet der DDR beladenen und der in die DDR beladen einrollenden Güterwagen.
35. Bereitstellung (Eisenbahn)	Anzahl der von der DR den Versendern auf Grund ihrer Anforderungen für die Beladung bzw. den Empfängern für die Entladung bereitgestellten Güterwagen.
36. Durchschnittliche Umlaufzeit eines zweiaxigen Güterwagens	Die in Tagen ausgedrückte Zeitspanne, die ein Güterwagen von einer Beladung bis zur nächsten umläuft (Quotient aus dem durchschnittlich täglich arbeitenden Güterwagenpark und der durchschnittlich täglichen Arbeit).
37. Mittlere Auslastung eines zweiaxigen Güterwagens	Durchschnittlich in einem Güterwagen beförderte Gütermenge in Tonnen. Sie wird berechnet für den Gütertransport nach Güterarten II Transportplanungs-nomenklatur beförderte Güter in t Anzahl der zweiaxigen Güterwagen

18. Nettolast eines Güterzuges	Durchschnittlich in einem Güterzug beförderte Gütermenge wird errechnet: $\frac{\text{Nettotonnen-km}}{\text{Zug-km}}$
19. Bruttolast eines Güterzuges	Gewicht der Ladungen und Wagen je Zug wird errechnet: $\frac{\text{Bruttotonnen-km}}{\text{Zug-km}}$
20. Durchschnittliche Laufweite (Eisenbahn)	Gibt die in einem bestimmten Zeitraum von einem Schienenfahrzeug zurückgelegte Strecke in km an.
21. Durchschnittliche Anzahl der Achsen pro Zug	Achsen aller in einem Güter- oder Personenzug laufenden Wagen wird errechnet: $\frac{\text{Achsenkilometer}}{\text{Zugkilometer}}$
22. Mittlere Versandweite (Eisenbahn)	Durchschnittliche Tarifenfernung je beförderte Tonne Gut wird errechnet: $\frac{\text{Tariftonnen-km}}{\text{Tariftonnen}}$
23. Mittlere Transportweite (Eisenbahn)	Durchschnittlich zurückgelegte tatsächliche Entfernung je beförderte Tonne Gut wird errechnet: $\frac{\text{Netto-tkm}}{\text{Nettotonnen}}$
24. Mittlere Reiseweite (Eisenbahn)	Durchschnittlich von einer Person bezahlte Strecke wird errechnet: $\frac{\text{Personen-km}}{\text{beförderte Personen}}$
25. Tariftonnen (Eisenbahn)	Frachtpflichtiges Gewicht. (Das wirkliche Gewicht der Sendung oder, soweit eine Erhöhung oder Verminderung des Gewichtes durch den Deutschen Eisenbahngütertarif vorgeschrieben ist, das erhöhte oder verminderte Gewicht).
26. Tariftonnenkilometer — Ttkm — (Eisenbahn)	Ortsveränderung der Güter — unter Berücksichtigung des Tarifgewichtes und der Tarifenfernung — zwischen dem Versand- bzw. Übergangs- ort für Importe oder Transitsendungen und dem Empfangs- bzw. Übergangs- ort für Export- oder Transitsendungen.
27. Betriebsnettleistung — Nettotonnenkilometer — Ntkm — (Eisenbahn)	Leistung der DR im Güterverkehr, die durch Ortsveränderung der Güter unter Berücksichtigung des Nettogewichtes und der tatsächlich zurückgelegten Entfernung bestimmt wird. (Ergebnis aus dem Nettogewicht der Ladung und der tatsächlich zurückgelegten Entfernung)
28. Bruttotonnenkilometer (Eisenbahn)	Eigengewicht der beladenen Güterwagen plus Gewicht der Ladung multipliziert mit der tatsächlich zurückgelegten Entfernung plus Gewicht der leeren Güterwagen multipliziert mit der Entfernung der Leerbewegung. (Bruttotonnengewicht des Zuges x zurückgelegter Entfernung).
29. Zugkilometer	Die von Zügen durchfahrene Strecke in km.
30. Achsenkilometer (Eisenbahn)	Anzahl der Achsen multipliziert mit der zurückgelegten Entfernung in km. Sie werden getrennt ermittelt für Güter-, Personen- und S-Bahnwagen
31. Güterwagen, zweifachge	Maßeinheit zur Zählung der Güterwagen. Wird errechnet: $\frac{\text{Gesamtzahl der Güterwagenachsen}}{2}$ Bezieht sich nur auf: Arbeitenden Güterwagenpark, Tägliche Arbeit, Tägliche Beladung.

- 52. Brennstoffverbrauch der Dampf-lokomotiven** Gesamtmenge der von Dampflokotiven verbrauchten Brennstoffe, die nach einem Umrechnungsschlüssel in Briketteinheiten angegeben wird.
- 53. Spezifischer Kohleverbrauch** Verbrauchte Brennstoffmenge (umgerechnet auf Briketteinheiten) je eine Million Bruttotonnenkilometer; wird errechnet:

$$\frac{\text{Gesamtkohleverbrauch (in BrZ)}}{\text{Bruttotonnenkilometer}}$$
- 54. Briketteinheiten (Briketten)** Maßeinheit für den Kohleverbrauch der Dampflok, unabhängig von der Art des verbrauchten Brennstoffs.
 Umrechnungsfaktor:
 1 t verbrauchte Brikett = 1,0 BrZ
 1 t verbrauchte Steinkohle = 1,5 BrZ
 1 t verbrauchte Rohbraunkohle = 0,4 BrZ
 1 t verbrauchter Kohlenstaub = 1,0 BrZ
- 55. Spezifischer Energieverbrauch der elektrischen Lokomotiven** Verbrauchte Energie je eine Million Bruttotonnenkilometer.
 Wird errechnet:

$$\frac{\text{kWh}}{\text{Btkm}}$$
- 56. Spezifischer Energieverbrauch der S-Bahn** Verbrauchte Energie je eine Million Achskilometer.
 Wird errechnet:

$$\frac{\text{kWh}}{\text{Achskm}}$$
- Schifffahrt**
- 57. Binnenschifffahrt** Schiffsverkehr auf den Binnengewässern der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Haff und Bodden.
- 58. Seehäfen** Bauliche Anlagen an der Küste oder an Flußmündungen, in denen Hochseeschiffe beladen und gelöscht werden.
- 59. Seehafensbetriebe** Volkseigene Umschlagsbetriebe an der Küste, die das Be- und Entladen von Hochseeschiffen ausführen und die Lagerung des Transportgutes übernehmen.
- 60. Binnenhäfen** Umschlags- oder Schutzhäfen an einem Binnengewässer.
- 61. Umschlagshäfen** Bauliche Anlagen an Wasserstraßen, die dem Güterumschlag dienen.
- 62. Schutzhäfen** Bauliche Anlagen, die dem Schutze der Schiffe bei Hochwasser, Niedrigwasser und bei Eisgang dienen.
- 63. Hafensbetriebe** Volkseigene Umschlagsbetriebe an einer Binnenwasserstraße, die sich mit dem Be- und Entladen von Schiffen und der Lagerung der Transportgüter befassen.
- 64. Lade- und Lössstellen** Umschlagsplätze, an denen gelegentlich Schiffe be- und entladen werden.
- 65. Befrachtungsteilen** Betriebsteil der Deutschen Schifffahrts- und Umschlagsbetriebe (DSU), der die Transportgüter (Fracht) auf den vorhandenen Transportraum der Binnenschifffahrtsflotte verteilt.
- 66. Reederei** Schifffahrtsbetriebe mit eigenen Fahrzeugen, die der Durchführung von Transportleistungen oder der Personenbeförderung dienen.
- 67. Fremde Flotte** Nicht in der Deutschen Demokratischen Republik registrierte Binnenschifffahrtsfahrzeuge, die die Wasserstraßen der Deutschen Demokratischen Republik befahren.
- 68. Registrierte Transport- und Personenflotte** Alle bei den Wasserstraßenämtern registrierten Binnenschifffahrts-Transport- und Personenfahrzeuge, unabhängig davon, ob sie zur Zeit einsatzfähig sind.

69. Gesamt-Transportraum
Registrierte Transport- und Personenflotte, abzüglich der sich zur Zeit ohne Genehmigung in Westdeutschland oder Westberlin befindlichen Fahrzeuge.
70. Betriebstransportraum
Alle für den Transport zugelassenen Fahrzeuge einschließlich derjenigen, die zur Zeit auf Werft liegen bzw. sich in Selbstreparatur befinden, ohne die an die Wasserstraßenämter vermieteten Fahrzeuge, Bunker- und Lagerkähne sowie die sich ohne Genehmigung in Westdeutschland oder Westberlin befindlichen Fahrzeuge.
71. Betriebliche Personenflotte
Alle registrierten, einsatzfähigen sowie zur Zeit auf Werft und in Selbstreparatur befindlichen Personenschiffe abzüglich der sich zur Zeit ohne Genehmigung in Westdeutschland oder Westberlin befindlichen Fahrzeuge.
72. Einsatzfähige Transport- und Personenflotte
Betriebliche Transport- und Personenflotte, ausschließlich der zur Zeit auf Werft liegenden und sich in Selbstreparatur befindlichen Fahrzeuge.
73. Tragfähigkeit der gesamten einsatzfähigen Transportflotte
Die Summe der einsatzfähigen Leertonnen während eines bestimmten Zeitraumes.
74. Tatsächlich eingesetzte Transport- und Personenflotte
Die während eines bestimmten Zeitraumes eingesetzten Fahrzeuge, die Beförderungsleistungen durchführen, ohne Fahrzeuge, die leer auf Order bzw. aus sonstigen Gründen warten.
75. Nicht einsatzfähige Transport- und Personenflotte
Alle Fahrzeuge ohne Attest, Klasse oder ohne bzw. nicht vollzählige Besatzung sowie abwrackreife Fahrzeuge und reparaturbedürftige Fahrzeuge, für die keine Ausbaumittel vorhanden sind bzw. keine Werfteinweisung vorliegt.
76. Wartender Transportraum
Die Tonnage der einsatzfähigen Transportflotte, die sich nicht auf Fahrt befindet.
77. Zahl der Einsätze des Laderaumes
Anzahl der Fahrten der eingesetzten Fahrzeuge während eines bestimmten Zeitraumes. Als Einsatz gilt die Zeit von einer Beladung bis zur Bereitstellung für die nächste Beladung.
78. Seebeförderleistung
Güterbeförderungsleistung der volkseigenen Transportflotte in tkm.
79. Güterumschlag
Beförderung von Gütern von einem Schiff auf das andere, von Schiff auf Waggon, Landfahrzeuge oder Lager, oder umgekehrt.
80. Landumschlag
Umschlag von Gütern zwischen Landfahrzeugen und Lager.
81. Schiffumschlag
Umschlag von Schiff auf Land, Waggon, Kraftfahrzeug, Lager, Schiff bzw. umgekehrt.
82. Bunkerherung
Versorgung der einsatzfähigen Schlepper, Selbstfahrer und Seeschiffe mit den notwendigen Brenn- und Treibstoffen.
83. Beförderung ohne Laderaum
Beförderung von Floßholz und von schwimmfähigen Hohlkörpern.
84. Transitverkehr
Binnenschiffe, die nicht in der Deutschen Demokratischen Republik registriert sind und die Binnengewässer der Deutschen Demokratischen Republik im Durchgangsverkehr durchfahren, ohne innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik zu laden oder zu löschen.
85. Sonstige Leistungen der Seeschiffe
Bebunkerung, Spedition, Lagerung, Bugsierdienst usw.
86. Sonstige Leistungen der Seeschifffahrt
Schleppleistungen.
87. Tonnage-trendweight (tdw)
Gesamttragfähigkeit des Schiffes (Ladung und Ausrüstung mit Brenn- und Treibstoffen und Lebensmitteln).
88. Bruttoregistertonnen BRT
Rauminhalt des Schiffes einschließlich der Räume für die Schiffsmannschaften, die Maschinen, Kessel, für die Schiffsführung, für den Wasserballast usw.
1 Bruttoregistertonne = 2,83 m³

89. Notteregistriertonnen NRT	Rauminhalt der Fracht- und Fahrgasträume; Rauminhalt, nach dem die Abgaben für das Schiff berechnet werden. BRT und NRT haben keinen direkten Zusammenhang mit der Wasserverdrängung und der Tragfähigkeit.
90. Leertonnen bzw. Ladefähigkeit in t	Das Fassungsvermögen eines Binnenschiffes in t.
91. Ausnutzung der Tragfähigkeit	Verhältnis der eingeladenen Gütermenge zum Fassungsvermögen des beladenen Schiffes in t.
92. Riehtonnen	Das von der Deutschen Schiffsrevision und -klassifikation festgelegte Fassungsvermögen eines Binnenschiffes in t.
93. Schleppkraft der gesamten einsatzfähigen Transportflotte	Technische Leistung der einsatzfähigen Schlepper in PS.
94. Theoretische Nennleistung der Seebagger in m³-Einheit	Summe der maximalen Leistungen der Seebagger in m³-Einheiten (Leistung eines Baggers, bezogen auf die mittlere Bodenklasse).
95. t Seemeilen	Die durch die Seeschiffe beförderten t Fracht multipliziert mit den zurückgelegten Seemeilen (1 Seemeile 1852 m).
96. tkm	Die durch die Binnen- und Seeschiffe beförderten t Fracht multipliziert mit den zurückgelegten km.
97. Fahrtgebiete der Seeschifffahrt	Aufteilung der Weltmeere in Fahrtgebiete, für die bestimmte Schiffstypen zum Einsatz kommen.
Kraftverkehr	
98. Gewerblicher Kraftverkehr	Transport und Beförderung auf Kraftfahrzeugen durch Verkehrsbetriebe.
99. Werkverkehr	Transport und Beförderung auf Kraftfahrzeugen für innerbetriebliche Zwecke durch Betriebe der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels, des Kleingewerbes usw.
100. Nahverkehr	Alle Transporte im Güterkraftverkehr, die bis zu 50 km Luftlinie vom Einsatzort entfernt durchgeführt werden.
101. Liniennahverkehr	Beförderung mit Kraftomnibussen, konzessionierten Linien innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik in regelmäßigen Zeitabständen.
102. Fernverkehr	Innerdeutscher oder internationaler Verkehr auf Entfernungen über 50 km Luftlinie vom Einsatzort.
103. Gelegenheitsverkehr	Verkehr mit Kraftomnibussen, die nicht regelmäßig, sondern in beliebigen Zeitabständen oder auf Grund von Leistungsverträgen eingesetzt sind.
104. Unechter Werkverkehr	Gelegentliche Beförderung von Gütern für fremde Rechnung auf werkeigenen Fahrzeugen, die für den innerbetrieblichen Verkehr bestimmt sind.
105. Betriebsleistung	Derjenige Teil der Betriebskapazität im Güter- und Personenkraftverkehr, der bei bestmöglicher Ausnutzung der eingesetzten Betriebsmittel in Leistung umgesetzt werden kann; wird gemessen in atkm bzw. Ptkm.
106. Verkehrsleistung	Ausgeführte Transport- oder Beförderungsleistung im Güter- bzw. Personenkraftverkehr; wird gemessen in tkm bzw. Pkm.
107. Einsatztage	Tage, an denen ein Fahrzeug gearbeitet hat, unabhängig von der Dauer des Einsatzes und der Gültigkeit des Fahrauftrages.
108. Sonstige Leistungen des gewerblichen Verkehrs	Alle Leistungen, die nicht betriebstypisch sind, z. B. Absatz von Handelsware, Umsatz in den Tankstellen, Leistungen der Fahrschulen, Verkehrsleistungen mit fremden Fahrzeugen, Ersatzteilerfertigung in Reparaturwerkstätten.

109. Last-km	Jede von Kraftfahrzeugen mit Nutzlast gefahrene Strecke.
110. Leer-km	Jede von Kraftfahrzeugen ohne Nutzlast gefahrene Strecke.
111. Nutz-km (Nkm)	Alle von Kraftfahrzeugen zur Durchführung von Transport- und Beförderungsleistungen gefahrenen km. Errechnung: Lastkm + Leerkm = Nkm.
112. Betriebs-km (Bkm)	Alle von Kraftfahrzeugen gefahrenen km, die mit der Durchführung von betriebstypischer Transport- oder Beförderungsleistung nicht in Zusammenhang stehen.
113. Platz-km (Pkm)	Angebote Beförderungsleistung im Personenverkehr mit Personenfahrzeugen (ohne Taxi). Errechnung: $\text{Nutzkm} \times \text{Platzzahl des Fahrzeuges (zugelassene Sitz- und Stehplätze des Fahrzeuges)}$
114. Angebotene Tonnen-km (atkm)	Angebote Transportleistung im Güterkraftverkehr, durch die eine Gütermenge, gemessen in Tonnen, einen km befördert werden kann. Errechnung: $\text{Nkm} \times \text{Tragfähigkeit des Fahrzeuges}$
115. Tonnen-km (tkm)	Ausgeführte Transportleistung im Güterkraftverkehr. Beförderung einer Gütermenge in Tonnen über eine Beförderungstrecke in Kilometern bei jedem Einsatz. Errechnung: $\frac{\text{Lastkm} \times \text{Last}}{\text{Zahl der Einsätze}}$
116. Ausnutzung der Leistungskapazität	Gegenüberstellung der geleisteten Tonnen-km (tkm) zu den angebotenen Tonnen-km (atkm) $\frac{\text{tkm}}{\text{atkm}}$
117. Ausnutzung der Betriebsleistung	Gegenüberstellung der geleisteten Personenkilometer (Pkm) zu den angebotenen Platz-km (Pkm). $\frac{\text{Pkm}}{\text{Pkm}}$
118. Ausnutzung der Fahrleistung	Gegenüberstellung der gefahrenen Last-km zu den gefahrenen Nutz-km (Nkm) $\frac{\text{Last-km}}{\text{Nkm}}$
119. Arbeitender Laderaum	Tragfähigkeit eines Kraftfahrzeuges, das sich im Einsatz befindet. Er wird wie folgt errechnet: $\text{Tragfähigkeit des Fahrzeuges} \times \text{Tage, an denen der LKW, das Spezialfahrzeug bzw. Anhänger oder Spezialanhänger eingesetzt waren}$
120. Mittlere Ausnutzung des Laderaumes	Gegenüberstellung der Ausnutzung der Leistungskapazität zur Ausnutzung der Fahrleistung.
121. Nutzraumauslastung	Gegenüberstellung der tatsächlich beförderten Gütermenge zum eingesetzten Laderaum.
122. Durchschnittlich beförderte Güter je t Lade-fähigkeit — t tgl.	Die im Durchschnitt täglich beförderten Güter in Tonnen, bezogen auf eine Tonne Laderaum. Errechnung: $\frac{\text{t (Jahresleistung)}}{\text{Laderaum} \times 360 \text{ Kalendertage}}$
123. Durchschnittlich geleistete tkm je t Lade-fähigkeit — tkm tgl.	Die im Durchschnitt täglich geleisteten Tonnenkilometer, bezogen auf eine Tonne Laderaum. Errechnung: $\frac{\text{tkm (Jahresleistung)}}{\text{Laderaum} \times 360 \text{ Kalendertage}}$

- 124. Ausnutzung des Planungsbedarfes** Gegenüberstellung der Ausnutzung der Betriebsleistung zur Ausnutzung der Fahrleistung.
- 125. Klassifiziertes Straßennetz** **Straßenwesen**
 Hierzu gehören Autobahnen, Fernverkehrsstraßen, Landstraßen 1. und 2. Ordnung und die klassifizierten Stadtstraßen.
 Bei den Stadtstraßen ist entsprechend ihrer Verkehrsbedeutung zu unterscheiden zwischen Hauptverkehrsstraßen, Verkehrsstraßen, Sammel- und Verteilerstraßen sowie Anliegerstraßen.
- 126. Allgemeine Leistungen in den SSUB** Alle Leistungen zur Erhaltung des Gebrauchswertes und der Verkehrssicherheit der Straße ohne Veränderung des Ausbaustandes.
 z. B.: Laufende Instandsetzung und Unterhaltung der Straßendecken und Brücken,
 Bituminöse Oberflächenbehandlung,
 Unterhaltung und Ergänzung der Verkehrszeichen und der Leitrichtungen,
 Bewirtschaftung der Straßengebälle,
 Durchführung des Straßenwintendienstes,
 Durchführung der Straßenaufsicht.
- 127. Hauptinstandsetzungen in den SSUB** Stellen den abgesunkenen, ursprünglichen Gebrauchswert der Straße wieder her und erhöhen die Lebensdauer. Sie umfassen daher den Ersatz einer Deckenart durch eine andere, Verbesserung des Untergrundes usw. Dazu gehören auch die Fahrbahnverbreiterung und der Kurvenausbau, soweit sie innerhalb des Straßenkörpers liegen und keine neuen selbständigen Fahrbahnen darstellen. Mengeneinheit 1 m²/1 tld. m je nach Leistungsart.
- 128. Post- und Fernmeldewesen** **Post- und Fernmeldewesen**
 Hauptaufgaben sind die Übermittlung von Nachrichten und die Beförderung von Kleingütern (Paketen).
 Aufgaben im einzelnen:
 Beförderung von Briefsendungen;
 Übermittlung von Telegrammen, Ferngesprächen, Funk- und Fernsachnachrichten;
 die Beförderung und der Vertrieb der demokratischen Presseerzeugnisse;
 die Kleingutbeförderung (insbesondere Pakete und Päckchen);
 die Durchführung von Geldübermittlungen (insbesondere durch den Postscheckverkehr und Postanweisungen);
 die Mitwirkung am Sparverkehr (Postsparkasse);
 die Mitwirkung bei Wettschäften (Toto und Lotto).
- 129. Postwesen** Teil des einheitlichen Post- und Fernmeldewesens.
 Dazu gehören:
 die Beförderung von Briefsendungen;
 die Beförderung und der Vertrieb von Presseerzeugnissen;
 die Kleingutbeförderung (insbesondere Pakete und Päckchen);
 die Durchführung von Geldübermittlungen (insbesondere durch den Postscheckverkehr und Postanweisungen);
 die Mitwirkung am Sparverkehr und bei Wettschäften;
 im begrenzten Umfang auch die Personenbeförderung.
- 130. Fernmeldewesen** Das Fernmeldewesen ist ein Teil des einheitlichen Post- und Fernmeldewesens. Es umfaßt das Fernsprech-, Telegraf- und Funkwesen einschließlich der industriellen Produktion des Fernmeldebaues. Seine Aufgaben bestehen
 im Fernsprechwesen
 in der Herstellung von Gesprächsverbindungen auf drahtgebundenem und drahtlosem Wege;
 im Telegrafwesen
 in der Übermittlung von Telegrammen auf drahtgebundenem und drahtlosem Wege;

- im Funkwesen
in der Durchführung des kommerziellen Funkdienstes, der technischen Abwicklung des Rundfunk- und Fernschdienstes ab Sendehaus, im Funkentstörungsdienst.
- Zum Fernmeldewesen gehört auch als Schnellnachrichtsmittel der Verwaltung und der Volkswirtschaft der **Telexverkehr**: Automatischer Fernschreibverkehr über das Fernschreib (Telex)-Netz, an das die Teilnehmer angeschlossen und durch Selbstwählämter miteinander verbunden sind.
- 131. Postzeitungsvertrieb** Vertrieb von Zeitungen im Abonnement und im Freiverkauf sowie von Handelsware — wie Broschüren, Kalender usw. — durch die posteigenen Vertriebsstellen und die Belieferung der Leserkreiskunden.
- 132. Nebenleistungen im Postwesen** Leistungen, die nicht den Hauptaufgaben des Postwesens entsprechen, aber selbständige Bedeutung erlangen können, z. B. Lohnfahrten, Mieten und Pachten.
- 133. Hilfs- und Zusatzleistungen im Postwesen** Leistungen aus sozialen Einrichtungen, wie Werkküchen, Polikliniken und dergleichen.
- 134. Kommerzieller Funk** Drahtlose Übermittlung von Telegrammen (Fernschreiben), Ferngesprächen und Bildern zwischen Landfunkstellen sowie zwischen Küstenfunkstellen und Schiffen auf See.
- 135. Sendeleistung** Leistungen eines Funkamtes in kWh entsprechend der Anzahl der Sendestunden der vorhandenen Sender.
- 136. Empfangsleistung** Leistung einer Funkempfangsstelle, gemessen nach Betriebsstunden.
- 137. AE = Anrufannahme** Vorwähler oder Klappen in den Vermittlungsstellen des Fernsprechverkehrs.
- 138. AO = Anruforgane** Vorwähler oder Klappen in den Vermittlungsstellen des Fernschreibverkehrs.
- 139. km-Linie** Länge der Linie, unabhängig von der Anzahl der in der Linie verlaufenden Leitungen.
- 140. Sendestunden** Sendezeit eines Fernsch- oder kommerziellen Senders.
- 141. Betriebsstunden** Empfangszeit einer Funkempfangsstelle.
- 142. Hauptanschlüsse im Fernsprechverkehr** Sprechstellen, die über eine Amtseitung mit einer Vermittlungsstelle unmittelbar verbunden sind. Dabei können die Sprechstellen Einzelanschlüsse oder Gemeinschafts- bzw. Zweieranschlüsse sein.
- 143. Funkstrecken** Feststehende Funkverbindungen von der Deutschen Demokratischen Republik zu anderen Staaten durch den kommerziellen Funk.
- 144. Dom-Strecken** Funkverbindungen in der Deutschen Demokratischen Republik und nach dem Ausland für Fernsch- und Fernsprechverbindungen.
- 145. Funkempfangsstellen** Stellen, die den Funkempfang wahrnehmen (z. B. im kommerziellen Funk, Funküberwachung usw.).
- 146. Fernsprechüberweisungsverkehr** Abgehende Ferngespräche zu einem Teilnehmer desselben Überweisungsbereiches.
- 147. Fernsprechverkehr** Abgehende Ferngespräche zu einem Teilnehmer eines anderen Überweisungsbereiches ohne Mitwirkung eines Zwischenamtes.
- 148. Fernsprechweitverkehr** Abgehende Ferngespräche zu einem Teilnehmer eines anderen Überweisungsbereiches unter Mitwirkung eines Zwischenamtes.

B 5 Handel (Außenhandel und Binnenhandel)**Außenhandel**

1. **Außenhandel**
Die Ausdehnung des Zirkulationsprozesses als Teil des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses über die Grenzen des Landes. Er umfaßt somit die Ware — Geldbeziehungen mit außerhalb des Wirtschaftsbereiches der DDR gelegenen Staaten.
2. **Innerdeutscher Handel (IDR)**
Warenaustausch der DDR mit Westdeutschland auf der Grundlage bestehender Abkommen. Bei der Durchführung dieser Abkommen ist eine Verrechnungseinheit (VE) der Deutschen Notenbank (DN) eine Verrechnungseinheit der Bank Deutscher Länder (BDL).
3. **Demokratischer Weltmarkt (DW)**
Märkte der demokratischen und sozialistischen Länder sowie ihre zwischenstaatlichen Ware—Geldbeziehungen. In der Außenhandelsstatistik der DDR zählen dazu die UdSSR, die europäischen Länder der Volksdemokratien, die Volksrepublik China, die volksdemokratischen Republiken Korea und Vietnam, die Mongolische Volksrepublik, die DDR und die Föderative Volksrepublik Jugoslawien.
4. **Kapitalistischer Weltmarkt (KW)**
Märkte der kapitalistischen Länder sowie ihre zwischenstaatlichen Geld-Warebeziehungen. In der Außenhandelsstatistik der DDR wird der kapitalistische Weltmarkt untergliedert in
a) kapitalistisches Ausland (KA)
b) Westdeutschland (IDH)
5. **Handelsabkommen**
Vereinbarung, die die Regierung der DDR oder ihre Institutionen (Deutsche Notenbank, Kammer für Außenhandel der DDR und VEH-DIA Kompensation) mit den Regierungen anderer Staaten oder mit den entsprechenden Organisationen bzw. Firmen in diesen Staaten abschließt.
Sie beinhalten den Austausch bestimmter Warengruppen (Warenlisten) und die für die Durchführung dieses Warenaustausches notwendigen Maßnahmen und Bestimmungen (auch Zahlungsabkommen).
Zu den Handelsabkommen zählen Regierungsabkommen, Bankabkommen, Kammer- und Kompensationsabkommen (Globalkompensationen und Handelsvereinbarungen).
6. **Exportauftrag (EA)**
Einerseits solche Verträge, welche die dem MAI unterstellten Außenhandelsorgane mit ausländischen Käufern über durchzuführende Exporte abschließen und andererseits Verträge, welche diese Organe mit Produktionsbetrieben über die dem Außenhandel zur Verfügung zu stellenden Waren abschließen. In diesem Sinne ist der Exportauftrag ein Vertrag nach den Bestimmungen des allgemeinen Vertragssystems.
7. **Importvertrag (IV)**
Alle Verträge im Rahmen des Importplanes, die von den dem MAI unterstellten Außenhandelsorganen mit ausländischen Verkäufern über durchzuführende Warenlieferungen in die DDR abgeschlossen werden.
8. **Eigengeschäft der Außenhandelsorgane**
Geschäft, das ein Außenhandelsorgan mit dem ausländischen Kunden (für Export und Import) abschließt.
9. **Industrie-Eigengeschäft (Außenhandel)**
Geschäft, das ein volkseigener, genossenschaftlicher oder Privatbetrieb mit einem ausländischen Kunden selbst anbahnt und abschließt. Er wird rechtswirksam nach der Bestätigung durch das MAI.
10. **Handelsbilanz**
Gegenüberstellung der Gesamtwerte der Wareneinfuhr und Warenausfuhr.
Die Handelsbilanz der DDR enthält nur die Planeinfuhr und die Planausfuhr. Die Handelsbilanz ist aktiv, wenn die Ausfuhr überwiegt, passiv, wenn die Einfuhr überwiegt.
Zur Handelsbilanz gehören weiterhin Lohnveredlungen, Reparaturen, Waren, die als Lohngegenwert für durchgeführte Lohnveredlungen oder Reparaturen importiert bzw. exportiert werden, Rückwaren sowie der Reexport. In der Handelsbilanz der DDR werden diese Positionen nicht erfaßt, sie gehen nur in die Zahlungsbilanz ein.

11. Export Lieferungen (Planausfuhr)

Warenausföhren aus der DDR, die im Ausland (Exporte) oder in Westdeutschland (Lieferungen) verbleiben.
Keine Exporte im Sinne des Planes sind
a) aktive und passive Lohnveredlungen und Reparaturen,
b) Reexporte,
c) Rückwaren,
d) Transit
12. Import Bezüge (Planausfuhr)

Wareneinföhren in die DDR, aus dem Ausland (Importe) oder aus Westdeutschland (Bezüge).
Keine Importe im Sinne des Planes sind
a) aktive und passive Lohnveredlungen und Reparaturen,
b) Reexporte,
c) Rückwaren,
d) Transit
13. Umsatz im Außenhandel

Die wertmäßige Zusammenfassung von Import und Export.
Nicht dazu gehören:
Aktive oder passive Lohnveredlung
Durchföhren (Transite)
Reexporte
Leihlieferungen
Rückwaren.
Diese erscheinen wertmäßig nur in der Zahlungsbilanz.
14. Umsatz im Innerdeutschen Handel

Die wertmäßige Zusammenfassung von Bezügen und Lieferungen zwischen den beiden deutschen Staaten.
15. Reexport

Weiterverkauf von außerhalb der DDR eingekauften Waren im unveränderten Zustand (ausgenommen Verpackung) nach einem anderen Land. Dabei ist es gleichgültig, ob die Waren auf dem Wege vom Lieferland zum Käuferland die DDR beröhren oder nicht. Der Reexport geht in die Zahlungsbilanz ein.
16. Lohnveredlung
 - a) Aktive Lohnveredlung:
In ausländischem oder westdeutschem Auftrag im Gebiet der DDR durchgeföhrt Be- oder Verarbeitung von vorübergehend in das Gebiet der DDR eingeföhrt Rohstoffen und Halbfabrikaten, die Eigentum des Auftraggebers bleiben, wenn dieser die vertraglich vereinbarten Lohnkosten erstattet.
 - b) Passive Lohnveredlung:
Im Ausland oder Westdeutschland durchgeföhrt Be- oder Verarbeitung von Rohstoffen oder Halbfabrikaten, die vorübergehend aus der DDR nach dem Ausland oder nach Westdeutschland ausgeföhrt wurden, deren Eigentumsrechte jedoch in der DDR verbleiben, wenn vom Auftraggeber die vertraglich vereinbarten Lohnkosten erstattet werden.
17. Lohnwert

Der Preis einer durchgeföhrt Lohnveredlung.
18. Lohngegenwert

Die Bezahlung des Lohnwertes in Form von Waren oder Valuta.
19. Kommerzielle Dienstleistungen
 - a) Eigene kommerzielle Dienstleistungen sind direkt mit der Warenbewegung verbundene Einnahmen in Devisen bzw. VE für Frachten, Ladung, Löschung, Umschlag, Lagerung, Transport-Versicherung, Vertreter-Provision, Warenrücklauf-Kosten usw. die von Organen des Außenhandels der DDR oder auf deren Veranlassung für ausländische oder westdeutsche Stellen durchgeföhrt werden. Hierunter fallen auch aktive Reparaturen.
 - b) Fremde kommerzielle Dienstleistungen sind direkt mit der Warenbewegung verbundene Ausgaben in Devisen bzw. VE für Frachten, Ladung, Löschung, Umschlag, Lagerung, Transport-Versicherung, Vertreter-Provision, Warenrücklauf-Kosten usw., die durch Einzelpersonen, Betriebe oder Organe des Auslandes oder Westdeutschlands auf Veranlassung der Organe des Außenhandels der DDR durchgeföhrt werden. Hierunter fallen auch passive Reparaturen.

- 20. Nichtkommerzielle Dienstleistungen**
- a) Eigene nichtkommerzielle Dienstleistungen sind Einnahmen in Devisen aus Kunstgewinnen, Gebühren, Montagen, Messen, Insertionen usw. Dazu gehören auch die Einnahmen für Dienstleistungen, die in den Konten des Ministeriums für Finanzen geführt werden.
- b) Fremde nichtkommerzielle Dienstleistungen sind Ausgaben in Devisen aus Kurzverlusten, Gebühren, Reisekosten, Tagelohnern, Kosten für Auslandsvertretungen, Messen, Insertionen, Montage-Kosten, Vertragsstrafen, Sanktionen usw. Dazu gehören auch die Ausgaben für Dienstleistungen, die in den Konten des Ministeriums für Finanzen geführt werden.
- 21. Messestandskontingente**
- Verpflichtung der Außenhandels-Organen der DDR zum Import von Waren in Höhe des Kontingentes des betreffenden Ausstellers (200 DM für jeden qm gedachter Fläche, 250 DM für jeden qm Freifläche, damit er aus dem Erlös dieser Verkäufe seine Messekosten bestreiten kann. (Standmiete, Ausgestaltung des Standes, Werbungskosten usw.). Messestands-Kontingente gelten nicht als Importe im Sinne des Außenhandels-Planes.
- 22. Clearing-Zahlungsvorkehr (Gemeinschaftlicher Weltmarkt)**
- Zahlungsausgleich für den Warenaustausch sowie für Dienstleistungen auf den Rubel-Verrechnungskonten, die die Staatsbank der DDR (DB) bei oder für befreundete Banken unterhält.
- 23. Clearing-Zahlungsvorkehr (Kapitalistisches Ausland)**
- Zahlungsausgleich für den Warenaustausch sowie für Dienstleistungen auf bilateralen Konten, die die Staatsbank der DDR bei oder für ausländische Banken unterhält und die in Verrechnungswährung geführt werden.
- 24. Bank-Kompensation (Clearing, zweigebunden)**
- Verrechnung des Austausches bestimmter Waren über ein Sonderkonto oder Sperrkonto, das zu diesem Zweck von den Verrechnungsbanken eröffnet wird.
- 25. Sonstige Kompensation**
- Aufrechnung des Wertes von Waren bzw. Dienstleistungen unmittelbar zwischen den Vertragspartnern, d. h. die Verrechnung erfolgt nicht durch Banken, sondern über das VEH-DIA Kompensation.
- 26. Forderungen/Verbindlichkeiten**
- Zahlungsüberhänge, die aus Warenlieferungen bzw. Beständen bzw. Dienstleistungen entstanden, jedoch zahlungsmäßig am Stichtag noch nicht verrechnet sind.
- 27. Rubel**
- Währungseinheit der UdSSR, in der auch die Wertangaben in der Außenhandels-Statistik der DDR (einschließlich innerdeutscher Handel) erfolgen.
- Die Parität der DM der Deutschen Notenbank zum Rubel und anderen ausländischen Valuten basiert auf dem Goldgehalt der DM, d. h. 1 DM = 0,200 962 gr Feingold.
- Für die einzelnen Jahre sind folgende Umrechnungskurse DM zu Rubel zu beachten:
- | | | |
|-----------|----------|--------------------------------|
| 1950 | 100 Rbl. | = 62,50 DM / 100 DM = 100 Rbl. |
| 1951—1953 | 100 Rbl. | = 83,25 DM / 100 DM = 120 Rbl. |
| 1954—1955 | 100 Rbl. | = 55,56 DM / 100 DM = 100 Rbl. |
- 28. Devisen-Zahlungsvorkehr**
- Zahlungsausgleich in US-\$ (einschließlich Noten), canad. \$, £ Sterling, freien sfr. und DM BDL (West).
- Diese Zahlungsmittel gelten als sogenannte „freie Währungen“. (Zahlungsmittel im internationalen Überweisungsverkehr in Form von Schecks, Akkreditiva, Wechseln usw., ebenso auch von Sortenzahlungen.)
- 29. Verrechnungswährungen**
- Im Gegensatz zu „freien Währungen“ im allgemeinen nicht konvertierbare ausländische Währungen, die als Maßstab für Verrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten bzw. als Zahlungsmittel mit dem ausländischen Vertragspartner im Handels-, Clearing- oder Kompensationsabkommen vereinbart werden.
- 30. Verrechnungseinheit (VE)**
- Die Parität der Verrechnungseinheit der Deutschen Notenbank zur Verrechnungseinheit der Bank Deutscher Länder ergibt sich aus ihrem Umrechnungskurs zum Rubel. Die Parität der DM-West (VE) zum Rubel ergibt sich aus dem Goldgehalt der DM der BDL und des Rubels:
- | | |
|--------------|-----------------------|
| 1 DM der BDL | 0,211 388 gr Feingold |
| 1 Rubel | 0,222 168 gr Feingold |

6 ✓

- 31. Devisenbonus** Gutschriften (Anrechte) zugunsten von Exportbetrieben der DDR für durchgeführte Exporte von bestimmten Erzeugnissen in Höhe von 0,5 bis 2 % des DM-Gegenwertes des angefallenen Devisenbetrages auf dem Devisen-Bonus-Sonderkonto der für den Betrieb zuständigen Außenhandelsbank. Dieses Anrecht kann von den betreffenden Exportbetrieben, unabhängig von der erzielten Exportwährung, für jede im Außenhandel zugelassene Währung für Importe, die der Exportsteigerung dienen, Messe-Beteiligungen, Geschäftsreisen usw. eingelöst werden. Für den Devisenbonus im IDH in VE bestehen Sonderbestimmungen.
- 32. Werkabgang (Export)** Zeitpunkt der Übergabe der Exporterzeugnisse durch den Produktionsbetrieb an den ersten Frachtführer.
- 33. Werkabgabepreis (Außenhandel)** Entspricht:
a) bei Lieferungen volkseigener Produktionsbetriebe für den Export an Organe des Außenhandels der DDR ab 1950 dem Betriebspreis;
b) bei Lieferungen privater und genossenschaftlicher Produktionsbetriebe dem Herstellerabgabepreis ohne Verbrauchsabgaben (Herstellerpreis).
- 34. Einkaufspreis der Außenhandelsorgane (Export)** Ist identisch mit dem Werkabgabepreis.
- 35. Verkaufspreis der Außenhandelsorgane (Export)** Werkabgabepreis zuzüglich Warennebenkosten innerhalb der DDR. Die Differenz zum Vertragspreis wird durch Preisausgleiche ausgeglichen.
- 36. Warennebenkosten** Kosten, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Warenbewegung entstehen.
a) Innerhalb der DDR zählen dazu: Frachtkosten und Transport-Versicherungen, Verpackungskosten und sonstige Kosten für Exportgüter, wie z.B. Umlade-, Lagerhaltungskosten in Seehäfen usw.
b) Außerhalb der DDR gelten z.B. als Warennebenkosten: Transitrachten für Importe und Exporte.
- 37. Vertragspreis (Außenhandel)** Spezifizierter Preis, der mit dem ausländischen Käufer oder Verkäufer festgelegt wird.
- 38. Devisenerlös** Eine aus den Vertragspreisen der Exporte über den Rubel in DM errechnete Einnahme, die von dem ausländischen Käufer in Valuta verrechnet oder bezahlt wird. Die Differenz zwischen Verkaufspreis und Devisenerlös wird durch Preisausgleich ausgeglichen.
- 39. Preisausgleiche** Überschüsse oder Stützungen, die sich aus positiven oder negativen Differenzen zwischen den Preisen des Inlandes und den Preisen im Außenhandel ergeben.
- 40. Devisenaufwand** Eine aus dem Vertragspreis für Importe über den Rubel in DM errechnete Ausgabe, die in ausländischer Valuta verrechnet oder bezahlt wird.
- 41. Einkaufspreis der Außenhandelsorgane (Import)** Über dem Rubel errechneter DM-Gegenwert des Devisenaufwandes für den Import einer Ware.
- 42. Abgabepreis der Außenhandelsorgane (Import)** Vom Finanzministerium für die betreffenden Importwaren genehmigter Inlandspreis. Die Differenz zwischen Einkaufspreis (Import) und Abgabepreis wird durch Preisausgleiche ausgeglichen.
- 43. Volumenwert** Zum Vergleich der dynamischen Entwicklung des Gesamt-Außenhandels für jede Warenart berechneter fiktiver (angenommener) Wert auf der Grundlage von gleichbleibenden Durchschnittswerten des betreffenden Basis-Zeitraumes. Volumenwerte zeigen im Vergleich zum Basisjahr die Veränderungen des physischen Umfanges des Außenhandels unter Verwendung von gleichbleibenden Durchschnittswerten als Bewertungsgrundlage.

- 44. Volumen-Index** Nach Volumenwerten berechnetes Verhältnis zwischen den Ergebnissen zweier Zeiträume. Dieser Index zeigt die physische (mengenmäßige) Veränderung gegenüber dem Basis-Zeitraum ohne Berücksichtigung der wertmäßigen oder preismäßigen Entwicklung.
- 45. Wertindex** Nach den effektiven, statistisch erfaßten Rubelwerten berechnete Verhältniszahl zwischen den Außenhandels-Ergebnissen zweier Zeiträume.
Dieser Index zeigt die wertmäßige Veränderung gegenüber dem Basis-Zeitraum ohne Berücksichtigung der Veränderungen in der physischen (mengenmäßigen) oder preislichen Entwicklung.
- 46. Preisindex** Verhältniszahl für die Veränderung der Durchschnittspreise für einzelne Warenarten.
Für Zusammenfassungen von Waren verschiedener Art ergibt sich der Preisindex aus dem Verhältnis von Wertindex zum Volumenindex nach der Formel

$$\frac{\text{Wertindex} \times 100}{\text{Volumenindex}} = \text{Preisindex}$$
oder direkt aus dem Verhältnis des effektiven Werts zum Volumenwert des gleichen Zeitraumes.
- 47. terms of trade** Der Index der realen Tauschverhältnisse (terms of trade) ist das Verhältnis der Devisenerlöse für den Export zu den Devisen-Aufwendungen für den Import. Dieser Index zeigt, wie sich das Verhältnis Preisindex für den Export zum Preisindex für den Import verändert hat, oder wie sich das Verhältnis der Exportpreise insgesamt gegenüber den Importpreisen insgesamt im Berichts-Zeitraum veränderte.
- Binnenhandel**
- 48. Binnenhandel** Der gewerbliche Warenaustausch durch Kauf und Verkauf von Waren innerhalb des Territoriums eines Staates. Der Binnenhandel besteht aus dem Großhandel und dem Einzelhandel.
- 49. Handelssystem** Gruppe von Handelsbetrieben innerhalb einer Eigentumsform, die unter einer gemeinsamen Leitung zusammengefaßt sind, z. B. HO-Kreisbetriebe, DHZ Kohle usw.
- 50. Industrienabsatz (Absatz)** Die gesamte von den Absatzorganen der Fachministerien gelenkte Warenbewegung, unabhängig davon, ob sie im Direktverkehr oder über die Absatz-Großhandelsbetriebe realisiert wird und ob sie für Produktions- oder Bevölkerungsbedarf oder für den Export bestimmt ist.
- 51. Direktverkehr** Die von den Absatzabteilungen der Produktionsministerien oder in deren Auftrage von den Absatz-Großhandelsorganen (DHZ) gesteuerten direkten Lieferungen der Produktionsbetriebe an industrielle Bedarfsträger und an Sonderbedarfsträger unter Ausschaltung der Großhandelsstufe.
- 52. Großhandel** Handel mit Erzeugnissen, die von Produktions- oder anderen Großhandelsbetrieben gekauft und im Lager- oder Streckengeschäft an Wiederverkäufer, Weiterverarbeiter oder an den Bereich der gesellschaftlichen Konsumtion veräußert werden.
Zu den Aufgaben des Großhandels gehört auch die Vermittlung von Handelsbeziehungen zwischen Produzenten und Wiederverkäufern oder Weiterverarbeitern.
- 53. Vertragsarten des Großhandels**
 - a) Absatzverträge:** Einkaufsseitige Verträge des Großhandels (Kaufverträge). Durch diese Verträge übernimmt der Großhandel den Absatz der Erzeugnisse der Lieferanten (z. B. der Produktionsbetriebe).
 - b) Versorgungsverträge:** Verkaufsseitige Verträge des Großhandels (Lieferverträge). Durch diese Verträge übernimmt der Großhandel die Versorgung seiner Abnehmer (z. B. der Produktionsbetriebe mit Material, der Einzelhandelsbetriebe mit Waren).
- 54. Geschäftsarten des Großhandels** Die Durchführung der Umsatzleistung des Großhandels unterscheidet sich
 - a) nach der realen Warenbewegung in Lager- und Streckengeschäfte
 - b) nach der finanzmäßigen Abwicklung in

- 1 Lager- und Streckengeschäfte mit Einsatz von eigenen Finanzmitteln
 - 2 Vermittlungs- und Vertragshändlergeschäfte ohne Einsatz von eigenen Finanzmitteln
 - c) nach den vertraglichen Beziehungen in Eigengeschäft, Vermittlungs- und Vertragshändlergeschäft.
53. Lagergeschäft
- Im Lagergeschäft werden die Waren über das Lager des Großhandels bewegt und rechnungsmäßig vom Großhandel erfasst.
54. Streckengeschäft
- Im Streckengeschäft werden die Erzeugnisse auf Veranlassung des Großhandels vom Hersteller direkt an den Einzelhandel, den Bereich der gesellschaftlichen Konsumtion (Großverbraucher) oder die Produktion gesandt. Die rechnungsmäßige Abwicklung erfolgt jedoch durch den Großhandel.
55. Vermittlungsgeschäft
- Ein Großhandelsbetrieb vermittelt auf Grund eines Vertrages und gegen Zahlung einer Vermittlungsgebühr eine Warenlieferung vom Lieferer an den Empfänger, ohne dabei die Waren auf Lager zu nehmen und ohne eigene finanzielle Mittel einzusetzen.
56. Vertragshändlergeschäft
- Der VE Großhandel kann zur verbesserten Warenstreuung im Bedarfsfalle die Kapazitäten des privaten Großhandels zur Realisierung seines Kontingentes ausnutzen. Er muß hierüber mit dem privaten Großhandel entsprechende Verträge abschließen. Der private Großhandel (Vertragshandel) arbeitet für eigene Rechnung und mit eigenem Kapitaleinsatz und erhält die volle Handelsspanne.
- Für die Einschaltung als Vertragshändler entrichtet er eine vertraglich festzulegende Gebühr an den VE-Großhandel.
58. Eigengeschäft
- Zum Eigengeschäft des Großhandels gehören die Lager- und Streckengeschäfte sowie eventuelle Produktionsleistungen (z. B. Abfüllen von Wein, Sortieren von Altstoffen usw.)
59. Fremdgeschäft
- Zu den Fremdgeschäften des Großhandels gehören die Vermittlungs- und Vertragshändlergeschäfte.
61. Großhandelsumsatz
- Die in Wertseinheiten ausgedrückte Leistung eines Großhandelsorgans durch Verkauf von Erzeugnissen. Auch die aus vermittelnder Tätigkeit eines Großhandelsorgans resultierenden Umsätze wie auch die Umsätze der Vertragshändler eines volkeigenen Großhandelsorgans sind in den Begriff „Großhandelsumsatz“ einzubeziehen.
62. Umsatz im eigenen Großhandelsnetz
- Durch regional begrenzte Aufkomsquellen und Erfordernisse der Importlenkung bedingte Warenbewegungen zwischen den Niederlassungen innerhalb eines Großhandelsorgans.
63. Direktübergang
- Lieferungen der Produktion an den Einzelhandel ohne Beteiligung des Großhandels.
64. Einzelhandel
- Tätigkeit von Handelsbetrieben, deren Aufgabe es ist, Waren des persönlichen Bedarfs direkt an den individuellen Konsumenten zu verkaufen.
65. Warengruppe
- Zusammenfassung von Warenarten gemäß dem Zweisteller der Schlüssel- liste zum Warenumsatz- und Warenbereitstellungsplan (Gegensatz zu Branche).
66. Warenhauptgruppe
- Zusammenfassung von Warengruppen gemäß dem Einsteller der Schlüssel- liste zum Warenumsatz- und Warenbereitstellungsplan (Gegensatz zur Branchengruppe).
67. Einzelhandelsnetz (Verkaufsstellennetz)
- Die Gesamtheit der Verkaufsstellen
- a) eines sozialistischen Einzelhandelsbetriebes
 - b) in einem Bereich der staatlichen Verwaltung, wie Gemeinde, Stadt, Kreis usw

- 60. Arten des Einzelhandelsnetzes**
Entsprechend der Art der Durchführung der Einzelhandeltätigkeit unterscheidet man:
a) das stationäre Handelsnetz (Verkaufsstellen, Verkaufsstände, Zelte, Kioske, Automaten usw.)
b) das bewegliche Handelsnetz (ambulanter Handel)
c) Versandhandel
- 61. Verkaufsstelle**
Eine festbegrenzte und ortgebundene räumliche Einheit, in der der Bevölkerung Ware zum Verkauf angeboten wird.
- 70. Branche (Geschäftszweig)**
Zusammenfassung von Verkaufsstellen nach warenmäßigen Gesichtspunkten entsprechend der Kaufgewohnheit der Bevölkerung. Das Schwergewicht des geführten Warenassortiments ist maßgeblich für die Zuordnung einer Verkaufsstelle zu einer Branche.
- 71. Branchengruppe**
Systematische Zusammenfassung ähnlicher bzw. gleichartiger Branchen (Geschäftszweige) des Einzelhandelsnetzes.
Zur Zeit sind in der Planmethodik folgende 9 Branchengruppen festgelegt:
Verkaufsstellen für
1. Nahrungs- und Genußmittel
2. Gemischwaren mit Lebensmitteln
3. Bekleidung und Textilien
4. Kultureller Bedarf
5. Hausrat, Wohn- und Baubedarf
6. Artikel für Körperkultur und Gesundheitspflege
7. Industriewaren aller Art
8. Sonstigen Fachhandel (Fahrzeuge, Zoologische Art., Blumen, Kleingärtnerbedarf, Brennstoffe, Sargmagazine)
9. Gaststättengewerbe
- 72. Typisierung des Einzelhandelsnetzes**
Maßnahme, um eine überflüssige Vielgestaltigkeit der Verkaufsstellen zu beseitigen und die den verschiedensten Bedingungen des Handels in Stadt und Land entsprechenden rationalsten Verkaufsstellentypen zu schaffen. Nicht nur Spezialgeschäfte, sondern auch Gemischtwarengeschäfte können typisiert werden. Die Typisierung erfolgt vor allem des Warenassortiments und die für bestimmte Warenassortimente günstigste Betriebsgröße sowie die bauliche Gestaltung und Ausstattung der Verkaufsstellen.
- 73. Verkaufsstellentyp**
Kategorie von Verkaufsstellen mit einheitlicher Struktur der Verkaufsorganisation und einheitlichem Sortiment.
- 74. Spezialisierung des Einzelhandelsnetzes**
Begrenzung der Handelsstätigkeit der einzelnen Verkaufsstellen auf bestimmte Warenarten, um ein reichhaltiges Angebot in diesen Warenarten zu ermöglichen sowie auf die Art der Durchführung der Einzelhandeltätigkeit.
- 75. Spezial-Verkaufsstelle**
Verkaufsstelle, deren Sortiment aus einer Warengruppe besteht (z. B. Fleisch, Fisch, Möbel).
- 76. Kombinierte Spezial-verkaufsstelle**
Verkaufsstelle, deren Sortiment aus mehreren infolge verbundener Nachfrage zusammengefaßten Warengruppen besteht (z. B. Tabakwaren und Spirituosen).
- 77. Fachverkaufsstelle**
Verkaufsstelle, deren Sortiment aus nur einer Untergruppe einer Warengruppe besteht (z. B. nur Herrenkonfektion, nur Damenhüte, nur wissenschaftliche Literatur).
- 78. Kombinierte Fachverkaufsstelle**
Verkaufsstelle, deren Sortiment infolge verbundener Nachfrage aus je einer Untergruppe mehrerer Warengruppen besteht (z. B. Herrenausstattungen: Hüte, Wäsche, Schirme, Stöcke usw.).
- 79. Gemischtwarenverkaufsstelle**
Verkaufsstelle mit weniger als 30 Verkaufskräften, die Nahrungsgüter und Industriewaren führt.
- 80. Kaufhaus**
Verkaufsstelle mit mindestens 30 Verkaufskräften, die Waren entweder in Nahrungs- und Genußmitteln oder in Industriewaren aus mindestens drei Warenhauptgruppen führt.

61. Warenhaus
Verkaufsstelle mit mindestens 30 Verkaufskräften, die Nahrungs- und Genußmittel und Industriewaren in getrennten Abteilungen führt.
62. Landwarenhaus
Gemischtwarenverkaufsstelle der Konsumgenossenschaft mit Nahrungsgütern und Industriewaren in getrennten Abteilungen, deren Sortiment auf die besonderen Bedürfnisse der Landbevölkerung abgestellt ist und die einen Jahresumsatz von mindestens 500 000 DM erzielt.
63. Industriezäden
Verkaufsstellen eines zentral- oder örtlich geleiteten VE Produktionsbetriebes, die eine unmittelbare Verbindung zwischen der Produktion und dem Verbraucher herstellen.
64. Imbissstube
Schnellgaststätte, in der die Bevölkerung kalte und warme Speisen, Getränke, Tabak- und Süßwaren erhält.
65. Kiosk
Überdachte Verkaufsstelle auf öffentlichen Straßen und Plätzen, Bahnhofs-, Anstalts- oder Betriebsgelände, die längere Zeit den gleichen Standort beibehält.
66. Ambulanter Handel
Einzelhandel, der seine Waren nicht an einem festen Stand anbietet, sondern sie soweit als möglich an den Konsumenten heranbringt.
67. Verkaufswagen
Fahrzeug, das Waren zum Verkauf auf das Land oder in einzelne Betriebe bringt und gleichzeitig als Verkaufsstelle dient.
68. Bauernmarkt
Freier Warenverkauf durch landwirtschaftliche Produzenten, die der gesetzlichen Ablieferungspflicht nachgekommen sind, direkt an individuelle Konsumenten oder Großverbraucher.
Der Verkauf findet in bestimmten Zeitabständen nur auf besonderen, für die Abhaltung von Bauernmärkten hergerichteten Verkaufsfächen durch die Produzenten selbst oder im Auftrage der Produzenten durch die Konsumgenossenschaften statt.
Auf dem Bauernmarkt findet zur gleichen Zeit ein Verkauf von Konsumgütern durch Einzelhandels- und Handwerksbetriebe statt.
Dieser Umsatz wird nicht in der Kennziffer „Umsatz des Bauernmarktes“ erfaßt.
69. Großverbraucher
Betriebe, Institutionen und Organisationen, die Konsumgüter zum Verbrauch für einen größeren geschlossenen Personenkreis beziehen, wie Krankenhäuser, Werkküchen usw.
70. Filialbetrieb
Privater Einzelhandelsbetrieb mit zwei oder mehreren Verkaufsstellen (Filialen).
71. Kauffonds
Die Geldmittel der Bevölkerung, die zum Kauf von Waren verausgabt werden sollen (d. h. also die Kaufkraft der Bevölkerung — siehe Lebensstandard — abzüglich der Rücklagen der Bevölkerung).
In der Geldbilanz erfaßt man hierzu die Geldmittel, die über den organisierten und unorganisierten Markt verausgabt werden.
72. Marktfonds
Marktfonds ist die Warenmenge, die zum Verkauf an die Bevölkerung bereitsteht. Er dient der Befriedigung des Bedarfs der Werktätigen und darf nicht anderen Zwecken zugeführt werden.
73. Warenbereitstellungsplan
Der Warenbereitstellungsplan ist der Bezugsplan für die den Einzelhandel durchführenden Handelsorgane. Seine Realisierung bildet zusammen mit den Beständen des Einzelhandels die materielle Deckung für den Umsatz von Konsumgütern an die Bevölkerung. Die im Warenbereitstellungsplan aufgenommenen Waren werden unterteilt in:
a) Zentralverteilter Fonds
Waren, die im Warenbereitstellungsplan (Staatsplan) als Einzelposition ausgewiesen werden oder für die eine Materialzuweisung der Staatlichen Plankommission, Materialversorgung, vorliegt.
b) Gelenkter Fonds
Hierzu zählen einzelne in Abstimmung mit der Staatlichen Plankommission ausgewählte Waren aus den Planpositionen „Sonstige Erzeugnisse der Industriezweige“, die wegen ihrer besonderen Wichtigkeit für die Versorgung der Bevölkerung hinsichtlich ihrer Streuung unter Kontrolle gehalten werden müssen.

- c) Dezentralisierter Fonds
Hierzu zählen alle nicht unter a) und b) aufgeführten Waren aus dem Planpositionen „Sonstige Erzeugnisse des Industriezweiges“. Die Waren des dezentralisierten Fonds unterliegen hinsichtlich der Abgabe durch die Produktionsbetriebe und des Aufkaufs durch alle Groß- und Einzelhandelsorgane keinerlei Beschränkungen.
94. Warenumsatz im Einzelhandel Umsätze der Betriebe des staatlichen, genossenschaftlichen, sonstigen gesellschaftlichen und privaten Einzelhandels. Hierzu gehört auch der Umsatz der Kantinen u. a. Einrichtungen in den Betrieben an Waren außer dem Werkkuchenessen (z. B. an Tabakwaren, Getränken u. ä.) und der Warenverkauf des Handwerks an Letztverbraucher (z. B. die Umsätze der Fleischer, Bäcker, Tischler, Polsterer usw. sowie die Umsätze an Fahrrad- und Nähmaschineneersatzteilen u. ä. durch Reparaturwerkstätten).
95. Einzelhandelsumsatz im eigenen Handelsnetz Warenumsatz der staatlichen oder genossenschaftlichen Einzelhandelsorgane durch eigene Verkaufsstellen (auch Gaststätten).
96. Agenturumsatz im Einzelhandel Warenumsatz des staatlichen oder genossenschaftlichen Einzelhandels außerhalb des eigenen Handelsnetzes, der auf Grund eines Agenturvertrages durch betriebsfremdes Handelspersonal in Agenturen oder Verbindungsstellen getätigt wird.
97. Reparaturumsatz Warenumsatz in Handwerksbetrieben bzw. Reparaturwerkstätten, der in Verbindung mit einer Reparatur vollzogen wird (z. B. Umsatz an Fahrrad-, Nähmaschinen-, Rundfunkgeräteersatzteilen).
98. Struktur des Warenumsatzes, des Bestandes oder der Warenbereitstellung Der prozentuale Anteil der Warenarten, Warengruppen, Warenhauptgruppen usw. am Gesamtumsatz, Bestand oder an der Warenbereitstellung.
99. Sortiment Zusammensetzung eines Warenlagers bzw. einer Warenkollektion.
100. Saisonschlußverkauf Verkauf von Saisonwaren zu herabgesetzten Preisen. Der Saisonschlußverkauf wird gegen Ende der Saison für einen begrenzten Zeitraum festgelegt und dient zur Verringerung der Bestände an solchen Waren, die sonst bis zur nächsten Saison gelagert werden müßten. Nach Ablauf des Saisonschlußverkaufs werden die Preise für diese Waren wieder auf ihre alte Höhe heraufgesetzt.
101. Inventurverkauf Ein teilweise mit einem Saisonschlußverkauf gekoppelter Raumungsverkauf von Waren zu stark reduzierten Preisen. Nach Beendigung der Aktion werden die restlichen Bestände nicht wieder heraufgezeichnet, sondern in „Sonderangeboten“ (Wühltischen u. ä.) zum Verkauf angeboten.

B 6 Sonstige volkswirtschaftliche Bereiche, soweit noch nicht aufgeführt

1. Kommunalwesen

Umfaßt Dienstleistungsbetriebe und Einrichtungen von ausgesprochen lokalem Charakter, deren Aufgabenstellung sich aus der Befriedigung der besonderen Bedürfnisse, die das Zusammenleben einer Vielzahl von Menschen in den Gemeinden bedingt, ergibt. Örtlichgeleitete Betriebe der Wirtschaftsbereiche Industrie, Bauwirtschaft, Landwirtschaft, Handel, Verkehr, Wasserwirtschaft usw. zählen nicht zum Kommunalwesen, sondern werden in den entsprechenden Wirtschaftsbereichen erfaßt.

In der Planung und statistischen Abrechnung werden ab 1957 zum Kommunalwesen gerechnet:

Betriebe und Einrichtungen

1. der volkseigenen örtlichen Wohnungs- und Grundstücksverwaltungen
2. mit sanitär-technischer und hygienischer Aufgabenstellung (Wäschereien, chemische Reinigungen, Färbereien, Bäder ohne Schwimmbadanlagen)
3. der Stadtgestaltung (Straßenreinigung, Müll- und Fäkalienabfuhr, Grünanlagen, Straßenbeleuchtung)
4. sonstige Betriebe und Einrichtungen (Ausstellungen, Ernährungsschutz, Schädlingsbekämpfung, Gebührenschlachthöfe, Markthallen, Wäschereien, Friedhöfe u.ä.)

Hinsichtlich der Organisationsform der Betriebe und Einrichtungen unterscheidet man zwischen:

- a) größeren Betrieben mit VEB-Plan
- b) Betrieben mittlerer Kapazität mit vereinfachtem Finanz- und Leistungsplan und
- c) Kleinbetrieben und Einrichtungen, die brutto im Haushalt der Gebietskörperschaft geplant sind

2. Wasserwirtschaft

Umfaßt

- a) Betriebe zur Förderung von Trink- und Brauchwasser für die Versorgung der Bevölkerung sowie der industriellen und landwirtschaftlichen Betriebe
- b) Betriebe zur Beseitigung der anfallenden Abwässer
- c) Betriebe zur Unterhaltung der Küstendeiche, der Flüsse, soweit diese nicht schiffbar sind, der Vorfluter, der Bewässerungsanlagen, der Sommerdeiche und der Löschwasseranlagen.

Hinsichtlich der Organisationsform der Betriebe und Einrichtungen unterscheidet man zwischen:

- a) größeren Betrieben mit VEB-Plan
- b) Betrieben mittlerer Kapazität mit vereinfachtem Finanz- und Leistungsplan und
- c) Kleinbetrieben und Einrichtungen, die brutto im Haushalt der Gebietskörperschaft geplant sind.

3. Maximale Tageskapazität (Wasserwirtschaft)

Maximale Wassermenge (Trinkwasser, Brauchwasser, Abwasser), die unter Berücksichtigung aller ständigen Faktoren, die die Kapazität der Gesamtanlage beeinflussen, an einem Tage den Verbrauchern zugeführt bzw. aufgenommen werden kann.

Zu den ständigen Faktoren gehören z. B. Pumpenleistungen, Speichermöglichkeiten, Leistungsquerschnitt usw.

4. Bereitgestellte Tageskapazität (Engpaßkapazität der Wasserwirtschaft)

Wassermenge, die tatsächlich an einem Tage den Verbrauchern zugeführt bzw. aufgenommen wurde. Sie wird beeinflusst durch die ständigen und wechselnden Faktoren und kann gleich der maximalen Tageskapazität sein, wird aber unter dem Einfluß der wechselnden Faktoren an einer Reihe von Tagen die maximale Tageskapazität unterschreiten.

Wechselnde Faktoren können z. B. sein:

- Klimatisch bedingte Brunnenergiebigkeit
- Zeitweiliger Ausfall von Aggregaten bei Reinigungsarbeiten oder
- Sperrung infolge größerer Reparaturen an den Aggregaten.